

# Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538

Entgelt bezahlt

Winter 2016

Nr. 194, 45. Jahrgang

Nürnberg

3,- €

**Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!**

## In Zeiten der Cholera Präsidentenwahl in den USA



*Laßt uns eine Norm schaffen, an die sich die Menschen guten Willens halten können.  
George Washington 1787*

Wer hätte sich vor ein paar Wochen vorstellen können, dass ein Donald Trump Präsident des mächtigsten Staates der Erde sein würde? Sowohl in den USA wie hierzulande war man sich ziemlich sicher, er kommt nicht durch. Man hat die untergründig treibenden Kräfte in der dortigen Gesellschaft falsch eingeschätzt und den Kandidaten Trump unterschätzt. Bekannte Vertreter der Kulturszene lagen letztendlich falsch. „Ich glaube nicht, dass ein Irrer zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wird.“ (Richard Ford) Robert de Niro wollte ihm gar eine reinhauen. Weit hin war man sich einig, Trump wäre nur eine Momentblase, er hätte einfach nicht das Zeug zum Präsidenten

mit der notwendigen staatsmännischen Balance. Vulgär und unberechenbar sei er, ein demagogischer Tabubrecher, wie er im Buche stehe. Voller Abscheu sprach man seinen

Narzißmus und seinen autoritären Schematismus an.

Trump hat diese (Vor)Urteile zwar bestätigt, aber zu seinen Guns-  
*Fortsetzung auf Seite 3*

### Inhalt

In Zeiten der Cholera	1
In eigener Sache, Impressum	2
Unsere Jahreskonferenz	6
Gruppenbericht zur 45. Jahreskonferenz	8
Zur Faschismuskonferenz	10
Überlegungen zur Revolution	19
Ist die Türkei auf dem Weg zum Faschismus?	21
Jeremy Corbyn schlägt die rechten Strandräuber	25
Zum Ausgang des Brexit-Referendums	27
Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung	34
Die Kommunalwahlen in Chile und das Abschneiden der Linken	36
Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten KPO-Genossen (Anfang 1939)	38

## In eigener Sache

Allen in der Welt, die trotz immer widriger werdender Verhältnisse am Kampf für den Sozialismus festhielten, viele der Erniedrigten und Ausgebeuteten von Lima bis Delhi, von Luanda bis Jakarta, sind nun vereint im Schmerz anlässlich des Todes ihres revolutionären Vorbildes Fidel Castro. Einen „Giganten der Geschichte“ hat ihn der bolivianische Präsident genannt. Besonders im eigenen Land und für die lateinamerikanische Linke war er ein Vorbild. Von seinem Charisma und außerordentlichem Engagement ging Ermutigung aus für den Widerstand gegen Ungerechtigkeit und gegen soziale und nationale Unterdrückung. Der Haß und die Feindschaft der kapitalistischen Welt, besonders der herrschenden Klasse in den USA, schlug sich in hunderten Mordversuchen gegen Castro nieder, in Aggressionen und im Boykott Kubas. 50 Jahre schwieriger Aufbau des Sozialismus in Kuba, die innenpolitischen Verhältnisse und die Rolle Kubas im Weltgeschehen und in Lateinamerika bedürfen einer ausführlichen Betrachtung, wie auch die Beziehungen zur Sowjetunion. Kurz vor Redaktionsschluß können wir dies nicht mehr leisten.

Das wichtigste Ereignis der letzten Zeit, den Wahlsieg des republikanischen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl in den USA, Donald Trump, behandeln wir in unserem Kopffartikel. Das schier Unglaubliche ist nun eingetreten. Ein solcher Mensch, Milliardär und Bankrotteur, wird nun zum mächtigsten Mann der Welt wird, der Atomknopf steht in Reichweite! Es bleibt für eine Analyse seiner angeblich „neuen Politik“ abzuwarten, wie

weit er gehen will oder kann. Das letzte Wort hat ja auch in den USA meist die herrschende Kapitalistenklasse, was auch Obama immer wieder erfahren mußte.

Wir berichten über unsere Jahreskonferenz und schildern die Lage der Gruppe. Diese ist momentan nicht rosig, aber unsere Ziele sind langfristig gesetzt. Wir drucken die Referate in dieser Nummer ab.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Rechtsentwicklung hatten wir das Thema Faschismus und Bürgerliche Demokratie auf die Tagesordnung gesetzt. Dazu hatten wir kein Referat, aber wir drucken dafür einen Artikel von Udo Winkel aus der Arsti Nr. 100 von 1993 über die Faschismusanalyse der KPO in der Weimarer Republik nach.

Als Kontrapunkt setzten wir die Überlegungen zur Revolution.

Das Referat über die Türkei unter Erdogan ging auf die jüngsten Entwicklungen zu immer mehr staatlicher Gewalt, zu Diktatur und Willkür, ein.

Ein Genosse aus England konnte Erfreuliches über die neue Entwicklung in der Labour Party berichten, über den Zustrom neuer Mitglieder und über die Erfolge der Linkskräfte. Trotz des Kesseltreibens aus dem Parteiapparat erhielt der Vorsitzende Corbyn mehr Zustimmung als beim ersten Mal.

Eng mit der EU-Krise und dem sozialen Niedergang Großbritanniens hängen Brexit und seine Hintergründe zusammen. Diese Betrachtung ist der Zeitschrift „Arbeiterpolitik“ entnommen.

Ein weiterer Artikel befaßt sich mit dem schwierig zustande gekom-

menen Friedensabkommen zwischen der FARC und der kolumbianischen Regierung.

Anschließend nehmen wir eine Analyse der Kommunalwahlen in Chile vor.

Wie in der letzten Nummer angekündigt, drucken wir einen Artikel aus unserem Buch „Der Spanische Bürgerkrieg“ ab. Es ist der Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten Genossen von Waldemar Bolze.

Am 19. September ist das Gründungsmitglied der „Arbeiterstimme“ und unser ehemaliges Redaktionsmitglied Kurt Aumeier im Alter von 76 Jahren verstorben.



Wir danken wieder allen Abozahlern und Spendern und hoffen auf weitere Unterstützung.

### Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg  
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org  
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

ten gewendet. Offenbar saß die Enttäuschung über das herkömmliche politische Establishment tief, der selbst ernannte Volkstribun versprach, „die da oben“ mit Hilfe der Wutbürger vom Sockel zu stoßen. Seine Wähler finden sich in allen Schichten und Gruppen, von weißen Arbeitern und Landleuten bis hin zu Wohlbetuchten, (viele) Frauen und Männern, Evangelikale, Waffenlobby, Soldaten und Veteranen, selbst bei den von ihm verhöhnten Latinos. Donald schien ihnen allen eine Stimme zu geben, den (gefühlten) Verlierern der Globalisierung infolge Produktionsverlagerung und Billigimporten. Hemdsärmelig schien er als einer der ihren, denen man nie zugehört habe, zu sprechen. Er imaginierte die US-Amerikaner zu einem durch schlaue Feinde, Bürokraten und schwache Führer gedemütigten Volk, das nur durch einen kräftigen Nationalismus gesunden könne. In der Tat wurzelte er im weißen Amerika, das zu repräsentieren er vorgab. Sein Reichtum war nicht nur kein Makel, sondern eher ein Identifikationsangebot im Sinne des „American Dream“ einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, des Aufstiegs vom Tellerwäscher zum Millionär. In diesem Sinne stellte er seine Familie als Modell vor, Biologie erweise sich stärker als alles andere.

Der Verlust von Arbeitsplätzen, niedrige Löhne, eine zerbröckelnde christliche Identität, ungesicherte Grenzen und ganz allgemein Zukunftsängste trieben Trumps Wähler um. In der Tat sind die *goldenen Tage* der Arbeiter- und Mittelklasse vorbei. Man konnte oder wollte nicht sehen, dass er sich im Grunde nur selbst bespiegelte, ein Macho und Gladiator in der politischen Arena, aufblasenes Größenich. „Es ist offensichtlich“, schrieb der Bundesrichter W.O. Douglas schon 1952, „dass das Volk stets nach einem Mann Ausschau hält, der es zu führen vermag.“ Der Kult um dessen Person sollte es richten. Es ging nicht um Argumente, wobei er hoffnungslos unterging, sondern um Emotionen. Nach dem englischen Schriftsteller D.H. Lawrence ist „die amerikanische Seele ihrem Wesen nach hart, einzügängerisch, stoisch und ein Mörder“. Trump entwarf ein Bild von sich als Gewinner im Lebenskampf, der auch der Nation dazu verhelfen würde. Er funktionierte die

Wahlen zu einem Referendum über ihn und seine *Philosophie* um, die sich bilderstürmerisch aufführte und im Habitus des Geschäftsmannes, man könne und solle ihm vertrauen, gipfelte. Niemand unter den Funktionsträgern und Bewerbern der Republikaner, die sich über ihm zerstritten und ihm jetzt aufsitzen wollen, konnte ihm das Wasser reichen.

Nichts bewegte ihn und erreichte er mehr als Medienaufmerksamkeit und günstige Einschaltquoten. Bei

Carthys Hexenjagd, die John-Birch-Society und antikatholische Affekte sind weitere Beispiele. Die politische Rechte sah und sieht sich aufgerufen, die uramerikanischen Tugenden gegen Eindringlinge zu verteidigen. Indem sie das Eigentum biologisiert, verwandelt sie die Auffassung vom Klassenkampf in eine nationalistische und völkische Ideologie. Der Feind wird als übermächtig vorgestellt und muß entsprechend bekämpft werden. In ihm erkennt sich der Paranoiker



näherem Zusehen interessieren ihn die Menschen, die er anspricht, nicht wirklich, sie sind für ihn nur Statisten im Machtroulett. Er spielt mit den Ängsten der weißen Unterschicht vor dem Welthandel und setzt ihnen nur den wohlfeilen Ruf nach mehr Jobs zu. Derartige Erscheinungen sind spätestens seit der „Jacksonian Democracy“ im 19. Jahrhundert in der amerikanischen Geschichte nicht neu. So beanspruchte der „Nativismus“, die Rechte der „eingeborenen“ Bürger gegen Zudringlinge zu verteidigen. Auch Trumps Kernideen sind dort bereits zu finden.

Richard Hofstadter diagnostizierte schon vor fünfzig Jahren den Typus des paranoiden Politikers wie Barry Goldwater oder George Wallace, der ständig übertreibend von Verrat und Verschwörungen phantasiert, was offenbar als einleuchtend bei Gleichgesinnten erscheinen kann. Solche Machinationen gab schon im 18. Jahrhundert in den USA, Mc-

selbst, tritt gerade deshalb mitleidlos auf und findet seine Anhänger.

Der Trumpschen Show gegenüber hatte Hillary Clinton von den Demokraten einen schweren Stand, obgleich das nicht von Beginn an zu sehen war. Sie trat als Verkörperung des amerikanischen Bürgersinns auf und pries dessen Tugenden. Anfangs punktete sie in den Fernsehduellen in informierter und überlegener Argumentation gegen den Rivalen. Der griff sie als Verkörperung des von ihm geschmähten Establishments an. Ihre zur Schau getragene moralische Tugendhaftigkeit stand freilich im Kontrast zu ihren e-mail-Schwindeleien und vor allem ihrer engen Verbindung zur Finanzaristokratie der Wall Street, die sie nicht leugnen konnte. Als deren Repräsentantin wird sie angesehen. „Wie konnte man glauben, dass diese eiskalte, verlogene Multimillionärin als Vorkämpferin der Proletarier im Rostgürtel Amerikas durchgehen



könnte? Zwei Jahrzehnte haben die Amerikaner mit den Clintons durchlitten.“ (H-U. Jörges, stern, 1.12.2016) Nach Umfragen trauten ihr 2/3 der Bevölkerung nicht über den Weg. Sie hatte stets die Deregulierung der Finanzmärkte und die „Reform“ des Sozialstaats vertreten, die in den Krisen der letzten Jahre Millionen in die Armut rissen.

„Amerika ist groß“, hielt sie dem Rivalen entgegen, „weil Amerika gut ist“. Derlei Platitüden rissen nicht wirklich vom Hocker. In ihrer Propaganda agierte sie defensiv und geduckt. Vor allem entfaltete sie anders als Obama keine Vision, wohin sich wie Amerika entwickeln könne und sollte. Sie betrieb den Wahlkampf als business as usual vermittels Macht und Geld, vermochte weder den Wandel noch die Hoffnung in eine Bewegung umzumünzen. Die Mechanik ihres Wahlapparats ging unter den Hufen der populistischen Rennpferde Trumps unter. Gleichwohl lag sie in der Stimmenzahl knapp vor ihrem Rivalen; nach dem amerikanischen Wahlsystem ist jedoch nicht jene, sondern die Anzahl der Wahlmänner entscheidend, bei der Trump vorne lag. „Das Volk hat die Qual der Wahl zwischen zwei unbeliebten Kandidaten“, orakelte das ZDF am 20.10. - und lag damit reichlich daneben.

Der dritte Kandidat Bernie Sanders erschien anfangs als Hoffnungsträger vor allem der jungen Generation, die für antikapitalistische Ideen aufgeschlossener ist. Sein linkspopulistisches Wettern gegen die Finanzaristokratie und das („sozialdemokratische“) Programm: 15 Dollar Mindestlohn, Gebührenfreiheit an Schulen und Colleges, höhere Steuern auf Vermögen und Kohlendioxid ausstoß, Zerschlagung der (zu großen) Banken, vom Staat getragene Krankenkosten, Reform der Strafverfol-

gung und bezahlter Familienurlaub kamen gut an und bescherten ihm überraschende Anfangserfolge. Von einer sozialistischen Klassenagenda war er jedoch weit entfernt; eine solche hat in den USA seit dem Niedergang der KP keinen Fuß mehr auf die Erde gesetzt. Sanders wußte, dass er nicht siegen konnte, aber hoffte, mit seinen Punktsiegen die Demokraten nach links zu bewegen.

Der Gedanke, aus seiner Wahlkampagne könne eine Art (links)liberaler Tea Party hervorgehen, trug jedoch nicht. Möglicherweise wirken unter den vielen Demonstrationen gegen Trump nach der Wahl seine rebellischen Positionen nach. Immerhin forderte zum ersten Mal in Jahrzehnten ein Präsidentschaftskandidat das neoliberale Kartell in Washington heraus. Das ‚andere Amerika‘ bürgerschaftlichen und antioligarchischen Bewußtseins ist sichtbar geworden. Denn auch solche revitalisierenden Schübe, auch wenn sie es schwer haben, verzeichnet die politische Geschichte des Landes. Setzten sie sich nur einen Schritt weit durch, wäre das kein grundstürzender, aber doch vorwärts weisender Vorgang.

### **Materielle und ideologische Faktoren**

Im Land der Freien und Gleichen geht es keineswegs in diesem Sinn zu, was sich insofern als Ideologie erweist, die als Schein den krass kapitalistischen Verhältnissen aufsitzt. Eine Reihe von Mängeln plagt die Gesellschaft, beginnend mit einem teilweise elenden Schulsystem über marode Infrastruktur bis zu einer stockenden Armutsbevölkerung. Trotz der sinkenden Arbeitslosenrate hinken die Löhne zurück. Sowohl in den Realeinkommen, den Bildungs-

und Gesundheitskosten sowie den Arbeitsbedingungen geht es der arbeitenden Mehrheit in den USA seit Jahren nicht besser, obwohl das Volkseinkommen steigt. Einzig die Profitrate des eingesetzten Kapitals zeigt eine, wenn auch nicht übermäßige Kurve nach oben. Kapitaleigner freut's – und haben überproportional für Trump gestimmt. Kann ja unter ihm nur noch besser werden. Sie werden alles daran setzen, den mittlerweile durchaus angewachsenen Verteilungsspielraum nicht zum Tragen kommen zu lassen.

Im bürgerlichen Wahlsystem der USA regiert nicht das Volk, sondern die Nomenklatura der Reichen und das Geld. Dieser Wahlkampf war der bisher teuerste in Höhe von ca. 2 Mrd. Dollar. Da es eine öffentliche Finanzierung der Parteien nicht gibt, werden ihre Kosten durch private Spenden von Mogulen, die natürlich dafür Gegenleistungen erwarten, gedeckt. So hat Hillary Clinton 700 Millionen Dollar eingesackt. Dass Trump trotz geringerer Einnahmen mithalten und schließlich siegen konnte, ist allerdings überraschend. Das verweist auf ideologische Faktoren, die sich in diesem Zusammenhang als wirksamer erwiesen haben denn materielle. Man kann in den Schlammschlachten des Wahlkampfes mindestens ebenso wie im Ausgang derselben eine sozialmoralische Krise der US-Demokratie erblicken. Der Respekt vor dem Amt des Präsidenten wird darunter gelitten haben. Angriffe auf den politischen Gegner unter der Gürtellinie hat es zwar bereits seit den Gründerjahren der Republik gegeben. So konnte schon mal 1828 John Adams seinen Widersacher Andrew Jackson einen „Hahnenkämpfer, Trunkenbold, Lügner und Gatten einer sehr fetten Frau“ nennen. 1844 ließ man sich über den Kandidaten Henry Clay



derart aus, dass er „seine Tage am Spieltisch und die Nächte im Bordell“ verbringe. 1960 warnte J.F. Kennedy, wer Nixon wähle, möge zur Hölle gehen. 2016 zieht Clinton Trump und seine Unterstützer als rassistisch, sexistisch, homophob, fremden- und islamfeindlich, während dieser ihr Stehvermögen in Zweifel zog.

Wir haben die Wahlrhetorik und krude ‚Philosophie‘ Trumps angeführt, seinen personalistischen und chauvinistischen Stil. Im Zeitalter der Mediendemokratie hatte er ein erfolgreiches Spiel. Sein Credo war ebenso einfach wie offensichtlich erfolgreich: Er, ein richtiger Kerl, würde es ‚denen da oben‘ schon zeigen und Amerika wieder ins richtige Fahrwasser bringen. Seine Entgleisungen erhöhten die Fließgeschwindigkeit sogar. Das hatte sich schon im „Wanderzirkus Vorwahlen“ (Bettina Gaus) erwiesen. Er gab sich als Fels in der Brandung einer sich rasch wandelnden Welt aus. Es war eine so lange nicht dagewesene Kampagne mit zahllosen Selbstüberhöhungen, Unterstellungen und Vorurteilen. Trump gewann als 45. Präsident der USA. Abgesehen vom traditionell demokratischen Nordosten und der Pazifikküste sowie Minnesota, Illinois, Colorado und New Mexico fiel ihm die Masse der Bundesstaaten mit 279 Wahlmännern gegenüber 228 für Clinton zu.

### Nach dem Pulverdampf

Der renommierte Politikwissenschaftler Timothy Garton Ash führte Trumps Wahlsieg auf den sozialen, ökonomischen und kulturellen „Anti-Globalisierungseffekt“ und das „länderübergreifende Aufbegehren gegen die vermeintlich korrupte und ferne politische Klasse“ zurück. Ausdrücklich warnte er vor seiner gefährlichen

Unberechenbarkeit. Noam Chomsky spricht von einem Desaster in der Klimapolitik, dem Atomabkommen mit dem Iran und militärischem Interventionismus. „Wenn ein Land mit der Macht der Vereinigten Staaten sich für diese politischen Strategien entscheidet, ist die Wahrscheinlichkeit des Überlebens der menschlichen Spezies auf ein Minimum reduziert.“ Traditionell können amerikanische Präsidenten Agenten des Wandels sein, sie haben aber auch die bestehende politische Ordnung aufrechtzuerhalten, wozu vor allem staatsmännisches Geschick gehört. Das hängt in dem gegebenen System vor weitgehend an ihm sowie den etwa 4000 neu zu ernennenden politischen Amtsträgern, deren einige eindeutig rechtslastig sind. Der Regierungsapparat wird umgewälzt werden.

Die Trennlinien, die Trump im Wahlkampf aufriß, werden sich nicht so leicht schließen. In vielen Städten gelobten Demonstranten, dass dies nicht ihr Präsident sei. Anderwärts, vor allem im Ausland, reagierte man in einer Art betäubter Stille, da man die Ereignisse so nicht hat kommen sehen. Mit Sicherheit gibt der neue Präsident rechtspopulistischen Bewegungen in Europa Aufwind. Doch wird man sehen, was aus seiner Rhetorik praktisch umgesetzt wird. Manche setzen ihre Hoffnung darauf, dass die Realität seine Kanten schon abschleifen wird. Soweit bisher erkennbar, wird Trump TTIP kippen, eine größere Beteiligung Europas an den NATO-Ausgaben fordern und eine protektionistische Handelspolitik betreiben wollen. Erhöhte Einfuhrzölle, die Brandmarkung Chinas als Währungsmanipulator, Neuverhandlung der NAFTA (North American Free Trade Association mit Mexiko und Kanada) stehen auf der Agenda. Wie schon so oft in der amerikanischen

Geschichte erscheint Isolationismus am Horizont. Abgesehen von der Cybersicherheit sind außenpolitische Konturen noch nicht zu erkennen. Wohl aber leugnet Trump den drohenden Klimakollaps und will sich aus dem Pariser Abkommen zurückziehen.

Man wird sehen, was daraus wird. Zwar sind die Weichen rechtsbürgerlich gestellt, aber nichts wird so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Fast im Rekordtempo ist Trump von einigen seiner Forderungen abgerückt. Der Tribun hat bereits abgespeckt. So sollen Hillary Clinton nicht mehr eingebuchtet, Obamacare nicht umstandslos eingedampft, der Klimawandel ernster genommen, die Mauer zu Mexiko durch Zäune ersetzt werden. Vom Einreisestopp für Muslime ist nicht mehr die Rede. Aber es bleibt noch genug, was nicht relativiert oder zurück gezogen wird. Die Involution (Abwicklung) der US-amerikanischen Demokratie ist geschehen und nicht leicht rückgängig zu machen. Ironischerweise führt ganz im Stil des großen Schriftstellers Ambrose Bierce die antioligarchische Pose Trumps nur dazu, dass eine Oligarchie durch eine andere ersetzt wird. Bei Bierce stellt sich im amerikanischen Bürgerkrieg heraus, dass eine Einheit im Nebel eine andere der eigenen Truppen bekämpfte. Trump gibt Gegner vor, von deren Sippschaft er selber ist. Und das ist allemal die kaum gezügelte bürgerliche Gesellschaft.

Gerhard Armanski

*Bilde dir dein eigenes Urteil, damit  
sich in dem bestimmenden Teil deines  
Wesens kein Denken einnistet, das  
der Natur und der Ausstattung eines  
vernunftbegabten Wesens widerstreitet.*

Marc Aurel

## Unsere Jahreskonferenz

Unsere diesjährige Jahreskonferenz fand am 22. und 23. Oktober traditionell in Nürnberg statt. Die Teilnehmerzahl war diesmal etwas geringer als sonst, einige Genossinnen und Genossen hatte die Grippe heimgesucht, andere fühlten sich von den vorgeschlagenen Themen nicht so angesprochen – wie wir im Nachhinein erfahren haben. Erfreulich war es, dass diesmal vier Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik an unserer Konferenz teilnahmen – einer von ihnen hatte es auch übernommen einen Beitrag mit dem Thema „Überlegungen zur Revolution“ vorzutragen.

Der Tagesordnung nach wollten wir folgende Themenbereiche bearbeiten:

- Bericht zur Lage der Gruppe
- Faschismus und Bürgerliche Demokratie
- Überlegungen zur Revolution
- Die Situation in der Türkei
- Aktuelle Entwicklungen in der Labour Party

Am Anfang stand der Bericht zur Lage der Gruppe, den unser Nürnberger Altgenosse in bewährter Manier hielt. Wir waren vor Jahren übereingekommen, den Bericht relativ kurz zu halten, um dann gleich in die Diskussion einsteigen zu können. So wirklich viel hat sich in der Gruppe im Berichtszeitraum auch nicht verändert. Das gesellschaftliche Umfeld und die Bedingungen für kommunistische Politik haben sich jedoch nicht positiv für uns entwickelt. Auch darauf ist der Genosse in seinem Bericht eingegangen.

Dem schloss sich der Kassenbericht an. Wir zahlen zwar jedes Jahr drauf, haben aber finanziell noch ein kleines Polster, so dass das Herauskommen der Zeitung aus diesem Grund nicht in Frage gestellt werden müsste. Allerdings sind wir hier weiterhin auf die Unterstützung und die Spendenbereitschaft unserer Leser angewiesen.

In der Aussprache danach wurden einige Aspekte der momentanen gesellschaftlichen Situation genauer

beleuchtet. Ein Grund für die Tatsache, dass wir keine Zugänge haben, liegt sicherlich auch am Zustand der Gewerkschaften und ihrer Entpolitisierung. Genossen wachsen nun mal in den Gewerkschaften und in den Bewegungen heran. Auch die Zustimmung zur SPD – die in weiten Kreise der Bevölkerung immer noch fälschlicherweise als eine linke Partei angesehen wird schrumpft ständig – und bei ihrer Politik auch zu Recht. Die SPD müsste sich selbstkritisch und schonungslos mit ihrer Agendapolitik auseinandersetzen – eine 180° Wendung vollziehen – das wird in der Logik der SPD natürlich nicht passieren. Vielmehr versucht sie, mit den Gesetzen zum Mindestlohn und der Rente mit 63 ihre arbeiterfeindliche Politik vergessen zu machen und sich den Anschein zu geben, weiterhin die Partei der „kleinen Leute“ zu sein. Es wird nun nur noch links geblinkt und so getan als hätte es die Agendapolitik nicht gegeben, wenn leise Kritik aufkommen sollte, dann wird diese Politik als gut und richtig verteidigt, mit dem Hinweis auf die „Erfolgsbilanz“ (und die Profite) der deutschen Wirtschaft. Man möchte also im alten Stil weiter machen. Die einzig wählbare Alternative in Form der Partei „Die Linke“ wird von den Wählern abgelehnt. Ein Genosse sprach von den kulturellen Unterschieden, denn während die Arbeiterschaft nach rechts geht, geht das Bildungsbürgertum nach links.

Als Kritik an den Inhalten der Zeitung wurde angeführt, dass einige der Artikel zu lang seien und Themen behandelten, die nicht mehr im Zentrum der Diskussionen in den Gewerkschaften und Bewegungen stehen. Als positives Beispiel wurde der Rentenartikel in der letzten Arpo angeführt, der u.a. aus der Mitarbeit und Diskussionen im Rhein-Main-Bündnis resultierte.

Als Perspektive wurde vorgeschlagen, anstehende Themen genauer voranzuplanen auch in Absprache mit der Arpo. Artikel könnten in der Gruppe gemeinsam erarbeitet und der Gruppenstandpunkt besser

herausgestellt werden. Konkret k ö n n t e das bei Einschätzungen und Artikeln zum 100.en Jahrestag der Oktoberrevolution umgesetzt werden.

Einige Genossen hielten auch mit ihren Frustrationen ob der Bedingungen die es zurzeit für linke oder gar kommunistische Politik gibt nicht hinter dem Berg.

Doch nun weiter in der Tagesordnung. Wir hatten uns für den Samstagnachmittag die Themenbereiche „Faschismus und bürgerliche Demokratie“ und „Überlegungen zur Revolution“ vorgenommen. Das Erstarken Rechter Kräfte in Europa, die Türkei auf dem Weg in eine Präsidialdiktatur und die Möglichkeit eines Kandidaten Trump im US-Wahlkampf (zu der Zeit war er noch nicht gewählt) waren der Anlass, uns wieder einmal mit dem Faschismus auseinanderzusetzen, ein Begriff, mit dem in der Linken oft zu leichtfertig umgegangen wird. Ein Genosse hatte Thesen dazu vorbereitet die dann in der Gruppe diskutiert wurden. Diese Diskussion hier wiederzugeben ist schier unmöglich. Der Genosse hat immer wieder auf Thalheimers Faschismusanalyse hingewiesen und uns ans Herz gelegt dieses Buch mal wieder zu lesen. Als Alternative zu den Thesen und zur Vertiefung dieses Themas drucken wir einen Artikel mit dem Titel „Die Faschismusanalyse der KPO in der Weimarer Republik“ nach, den ein nahestehender, nun leider bereits verstorbener, Genosse für uns verfasst hatte. Der Artikel ist in der Arsti Nummer 100 im Jahr 1993 erschienen.

Als Kontrapunkt zum Faschismus hatten wir uns die sozialistische Revolution vorgenommen. Hierzu hatte ein Genosse der Arpo den Text „Überlegungen zur Revolution“ vorbereitet und uns diese Überlegungen vorgestellt. Die Auseinandersetzung



mit diesem Thema wird uns auch in der nächsten Zeit weiterhin beschäftigen. Der Vortrag ist als Einstieg in die Einschätzung und Würdigung der Oktoberrevolution zu sehen, die sich ja bekanntlich 2017 zu hundertsten Mal jährt. Wir wollen dies in Zusammenarbeit mit der Arpo angehen und dazu Artikel zu den Aspekten und Widersprüchen in beiden Zeitungen veröffentlichen. Zu erörternde Frage dazu könnten sein: Welche Bedeutung hatte die Russische Revolution in der Geschichte und welche Bedeutung hat sie heute? Wie wichtig ist die Oktoberrevolution für alle anderen Revolutionen seither gewesen? Welche Fehler wurden gemacht? Wäre unter den Rahmenbedingungen eine andere Politik möglich gewesen? Das sind nur einige der Fragestellungen, mit denen wir uns in den nächsten Monaten beschäftigen wollen.

Die „Überlegungen zur Revolution“ drucken wir im Anschluss in leicht geänderter Form ab.

Am Sonntag hielt ein Genosse und Kenner der türkischen Verhältnisse ein Referat zur dortigen Situation. Er begann mit dem Putsch vom Juli, der nach seinen Erkenntnissen auf jeden Fall real war. Die Militärs waren unzufrieden über zahlreiche Entlassungen im Vorfeld und mit der Beteiligung der Türkei am Syrienkrieg. Allerdings scheinen die Putschpläne der Regierung vorher bekannt gewesen zu sein. Er war hauptsächlich auf die großen Städte Istanbul und Ankara beschränkt. Die Polizei, die in den letzten Jahren teilweise zu einer paramilitärisch aufgerüstet worden war, hatte keine große Mühe, die Putschisten zurückzuschlagen und den Putschversuch zu beenden. Die nachfolgenden Verhaftungen sind Säuberungsaktionen. Mitglieder von Erdoğan-„feindlichen“ Organisationen werden der Reihe nach abgeholt und zum Schweigen gebracht. Der Referent sieht die AKP auf dem Weg zu einer, wenn auch nicht faschistischen, so doch diktatorischen Partei. Zusätzlichen Anlass zur Besorgnis gibt die Zusammensetzung der Demonstranten auf den großen AKP-Demonstrationen. Hier dürfte wohl die Hälfte der Demonstranten den Grauen Wölfen zugeordnet werden.

Vor dem Hintergrund des Niedergangs des wirtschaftlichen Aufschwungs und der angespannten

ökonomischen Lage, „verscherzt“ es sich Erdoğan zurzeit mit vielen gesellschaftlichen Gruppen. Die Wirtschaft funktioniert nur noch mit geborgtem Geld. Die größeren Gewerkschaften sind immer braver geworden. Die CHP und die Kemalisten sind schwer eingeschüchtert und leisten keinen Widerstand. Der Referent sieht die Türkei auf dem Weg in eine Präsidialdiktatur.

Das Referat wird im Folgenden in leicht abgeänderter Form abgedruckt.

Das abschließende Referat der diesjährigen Jahreskonferenz hielt unser englischer Freund und Genosse. Er befasste sich mit der Labour Party nach dem Brexit. Letztes Jahr hatte er über die überraschende Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden berichtet. Im Laufe des Jahres nun hatte sich die Mehrheit der Labourparlamentarier überlegt, wie sie ihn wieder loswerden könnten. Der Genosse bezeichnete sie als Neoliberalisten, die politisch bankrott sind und für Privatisierung und Krieg stehen. Das Brexit-Referendum war für sie auch wieder eine Möglichkeit, Corbyn anzugreifen. Sie warfen ihm vor, nicht deutlich genug gegen die Austrittsbefürworter Stellung bezogen zu haben – von ihrem eigenen Engagement dagegen schweigen sie lieber. Ein „beliebter“ Vorwurf gegen die Linken in der LP ist der des Antisemitismus, weil die jungen Linken Israel als Apartheidsstaat begreifen und sich für den Boykott israelischer Produkte und Veranstaltungen einsetzen. Das Damoklesschwert des Antisemitismus schwebt immer über den Linken in der Labour Party. Auf die Frage, ob er wegen der Unversöhnlichkeit der Flügel eine Spaltung der Labour Party befürchte, antwortete der Genosse, „eine Spaltung wäre der politische Selbstmord der Abspalter. Es herrscht eher die Meinung vor: Lasst uns zusammenstehen und gemeinsam gegen die Tories kämpfen.“ Auch dieses Referat drucken wir in leicht überarbeiteter Form ab.

Die traditionelle Sammlung wurde dieses Jahr wieder für ein Projekt in Kuba durchgeführt. Es kamen 510 € zusammen.

Die Jahreskonferenz hat in diesen schwierigen Zeiten zur Klärung einiger wichtiger gesellschaftlicher und

politischer Fragen beigetragen. Auch wenn uns der Wind aufs heftigste ins Gesicht bläst, haben wir die Voraussetzungen für unsere Hauptaufgabe, die Herausgabe der Zeitschrift Arbeiterstimme, geschaffen.

Anzeige

## ROTE HILFE e.V.

Solidarität organisieren – Mitglied werden!

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z.B. das Eintreten für die Ziele der Arbeiter\_innenbewegung, die Internationale Solidarität, der antifaschistische, antiseixistische, antirassistische, demokratische und gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden.



**ROTE HILFE e.V.**

Postfach 3255, 37022 Göttingen  
bundesvorstand@rote-hilfe.de  
www.rote-hilfe.de

**Spendenkonto:** Rote Hilfe e.V.

Sparkasse Göttingen

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

## DIE ROTE HILFE

Zeitung gegen Repression

**Schwerpunkt der Ausgabe 4/2016:**

**Siegerjustiz – Verfolgung und**

**Delegitimierung eines sozialistischen**

**Versuchs seit 1990**



**DIE ROTE HILFE** erscheint

viermal im Jahr und kostet 4 Euro, im

Abonnement 20 Euro im Jahr. Für

Mitglieder der Roten Hilfe e.V.

ist der Bezug der Zeitung im

Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

**Gefangene erhalten**

**die Zeitung**

**kostenlos.**

Auch in gutsortierten  
Bahnhofsbuchhand-  
lungen

## Gruppenbericht zur 45. Jahreskonferenz der „Gruppe Arbeiterstimme“ am 22. und 23. Oktober 2016

Die letzten Male, als wir hier waren, waren wir der Meinung, den Bericht kurz zu machen, um mehr Zeit zu haben für die Referate und die dazu gehörenden Diskussionen. Die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland waren ja viele Jahre verfestigt, linke Bewegungen und die Arbeiterbewegung lagen am Boden. Die soziale Befriedung breiter Massen spiegelte sich in einer Lähmung der gewerkschaftlichen Aktivitäten. SPD, Grüne und Gewerkschaftsführung boten und bieten ein trostloses Bild der Inkompetenz und Ratlosigkeit. Die LINKE giert nach Regierungsbeteiligung und gibt sich inzwischen zufrieden mit der Rolle einer kämpferischen Sozialdemokratie.

Nun hat sich aber im politischen Leben der Bundesrepublik etwas verändert, was die Lage der wenigen übrig gebliebenen sozialistischen und kommunistischen Gruppen zusätzlich verschlechtert. Im Widerschein der von den imperialistischen Mächten angezettelten Kriege weltweit und der anhaltenden Krisen im kapitalistischen System (Wirtschaftsstagnation, Finanzkrisen, Bankenkrisen und dem gigantischen Staatsverschuldungsdebakel) sind die sich ausbreitenden Folgen immer belastender, auch in Deutschland, woanders noch mehr. Nun haben wir auch in der BRD eine neue Protestbewegung, doch nicht von links, sondern von rechts, die die Politik und die Bevölkerung massiv beeinflusst. Sie erhielt großen Aufwind aus den Folgen des Massenansturms von Kriegsflüchtlingen, die den Willkommensgruß der Kanzlerin ernst nahmen, womit ein Teil der Bevölkerung so gar nicht einverstanden war. Der Aufstieg der AfD hat nun die bisherige Parteienkonstellation in Deutschland innerhalb kurzer Zeit umgekrempelt. Es besteht in weiten, auch in bürgerlichen Kreisen eine Ignoranz, auch nur nach den Verursachern der Massenflucht zu fragen. Man hätte

dann feststellen können, dass es die Gewaltexzesse waren, die von den USA und ihren Verbündeten in den verbrecherischen Kriegen in Afghanistan, dem Irak, Libyen usw. ausgingen und dort Verderben, Zerfall und Chaos zur Folge hatten. Auch aus Syrien mussten und müssen viele Menschen fliehen, oft unter Lebensgefahr. In Deutschland sind inzwischen über eine Million Flüchtlinge angekommen, die oft vergeblich auf ein Bleiberecht hoffen. Während ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung bereit war und ist, den Flüchtlingen helfend beizuspringen, sah ein größerer Teil der Bevölkerung in den fremden und islamischen Neuankömmlingen soziale und kulturelle Konkurrenten und Nutznießer von Staatsgeldern. Die Hetze von bestimmten Medien und auch von der CSU trug ein Übriges dazu bei. Entsprechend dem Zustand zunehmender Verrohung, wie sie durch den dem kapitalistischen System eigenen Lebenskampf der unerbittlichen Konkurrenz gefördert wird, brachen sich besonders in Teilen der ehemaligen DDR der schlummernde Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit Bahn. Mit einem Mal verflogen die Tabus, die Ergebnisse der schrecklichen deutschen Vergangenheit waren und die alte Fratze des deutschen Nationalismus (und Chauvinismus) trat wieder hervor.

Die neue Rechtsbewegung Pegida (usw.) ist noch nicht durchgehend rechtsradikal, wenn auch darin die NPD und andere rechtsradikale Gruppen eine wichtige Rolle spielen. Die in Verbindung damit erstarkte neue Partei AfD, deren Wahlprognose etwa bei 15% liegt, hat das Koalitionskarussell ziemlich in Schwung gebracht und beeinflusst die Politik der anderen Parteien mit einem Ruck nach rechts. Dieser Trend nach rechts wird teilweise verstärkt durch Duldung und Kumpanei offizieller Instanzen, die Übergriffe und Anschläge auf Linke und Antifaschisten, wie auch auf

Flüchtlingsheime, weiterhin nicht gewillt sind, abzuwehren.

Auch uns als Gruppe weht nun der Wind noch stärker ins Gesicht. Es ist wohl ein Erbe der Vergangenheit, der historischen Niederlage des Sozialismus, dass viele Unzufriedene und Benachteiligte ihrer Empörung in einer rechtspopulistischen Bewegung Ausdruck geben, statt sich linkem Widerstand anzuschließen. In der Arbeiterklasse gibt es kaum mehr Reste einstigen Klassenbewusstseins, was auch in den Gewerkschaften deutlich zu spüren ist. Wir verlieren dort auch durch den Alterungsprozess immer mehr Kontakte. Solange bei der jüngeren Generation Aufstiegsperspektiven vorherrschen, bestehen im Allgemeinen keine großen Bedürfnisse für einen politischen Umbruch. Dabei ist das Ansehen des Kapitalismus durch die vermehrten Krisenerscheinungen und die „Wiederkunft“ von Kriegen stark zurückgegangen. Der Fortschrittsglaube, der Neoliberalismus und die Globalisierung haben einen schweren Dämpfer erhalten. Doch solange der Großteil der Bevölkerung noch über einen einigermaßen zufriedenstellenden Lebensstandard verfügt, wird geistige Einsicht sich nicht zu materieller Gewalt entwickeln. Die Stimmen mehren sich, besonders aus dem linksliberalen Kulturbereich, die den „Raubtierkapitalismus“ ablehnen und nun an seiner Stelle einen „menschlicheren“ Kapitalismus wollen, was aber einer Illusion gleichkommt. Mit der Beherrschung der Medien durch die herrschende besitzbürgerliche Klasse werden ständig antikommunistische Kampagnen entfacht, wie an den so genannten Gedenktagen, wo vorsätzlich Sozialismus mit Stalinismus gleichgesetzt wird. So ist es schwer für linke Parteien und Gruppen, jugendlichen Nachwuchs zu gewinnen, wo doch andererseits jetzt eine Generation abtritt, in der einige noch das Wissen und die Tradition der marxistischen Bewegung versucht hatten, weiterzugeben.

Das Ende der progressiven Ära in Lateinamerika, der Bankrott der „Bolivarischen Revolution“ in Venezuela und die bittere Niederlage der Guerillabewegung in Kolumbien sind auch nicht gerade Beispiele für hoffnungsvolle Neuansätze. In Deutschland muss erst nach anhaltender Verwirrung unter den Lohnabhängigen die Zeit reifer werden für einen politischen Durchbruch. Vielleicht ist es notwendig, wieder ganz von vorne anzufangen. Doch sozialistisches Bewusstsein und Klassenbewusstsein kommen nicht von selbst. Deshalb ist es so wichtig, dass wir zäh weitermachen mit der Aufklärungsarbeit, die wir mit der Herausgabe unserer Zeitschrift betreiben. Andererseits müssen wir, so meine ich, auch die Schädlichkeit voluntaristischen Vorgehens stets betonen.

Wir hatten personell als Gruppe zwei schwierige Jahre, tragen immer noch am Verlust von aktiven und beschlagenen Genossen wie z.B. Peter und Manfred Behrend. Der Alterungsprozess macht uns zu schaffen und die Überlastung des verbliebenen Kerns der Gruppe. Das muss man schon sehen, wenn manchmal nicht alles so klappt, wie es sein sollte. Auch im „Geschäftsbetrieb“ liegt manches im Argen; so ist es z.B. einfach nicht mehr tragbar, dass wir seit ca. 20 Jahren das ARSTI-Register nicht mehr fortgeführt haben, was u.a. die Arbeit der Redaktion erschwert. Auch werden Mahnungen nicht mehr verschickt, gibt es keine Archivierung, usw. Bisher ist es uns immer gelungen, trotz Missständen und mancher Fehler, die „Arbeiterstimme“ pünktlich herauszubringen und in einer Qualität, die immer noch neue Leser anspricht. Es sind wie immer Leserinnen und Leser durch Krankheit und Tod weggefallen.

Es gab auch etwas mehr Leserbriefe als früher und einige neue Anknüpfungspunkte. Von den Abozahlern zahlen nur wenige den vorgeschriebenen Satz von 13 €, sondern häufig erheblich mehr. Das können wir als Zustimmung zu unserer Arbeit werten.

Unsere festen Zusammenkünfte konnten wir fortsetzen: Redaktions-sitzungen in Nürnberg und München, Sommerseminar in München

und Jahreskonferenz in Nürnberg. Die Beziehungen zur Gruppe Arbeiterpolitik haben sich vertieft und wir haben mehrere Nachdrucke in der Arsti vorgenommen. Die gute Zusammenarbeit mit der Gruppe International in Dorfen ist uns wichtig. An der Linken Literaturmesse in Nürnberg werden wir uns wieder beteiligen.

Politisch gesehen, gehen wir turbulenten Zeiten entgegen. Die EU-Krise ist nicht ausgestanden, der Brexit nicht, die Finanz- und Banken Krisen sind es nicht und so weiter. Die Rechtsradikalen sammeln sich. Sie sind im Begriff, Linke und ihre Einrichtungen noch mehr anzugreifen als bisher. Ihnen entgegenzutreten, wie auch den Kriegstreibern, das kapitalistische System bloßzustellen und Widerstand gegen die sozialen Angriffe der Neoliberalen zu leisten, ist, zusammen mit Anderen, unsere Aufgabe der nächsten Zeit.

Anzeige

**August Thalheimer:**

**Einführung in den**

**dialektischen Materialismus**



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

## Arbeiterstimme

*Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis*

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

**Aus dem Inhalt der letzten Nummern:**

**Nr. 193 Herbst 2015, 36 S.**

- Abschrecken, rüsten, Krieg führen
- Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?
- Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 2
- Tschechien vor der Wahl
- Zum Spanischen Bürgerkrieg

**Nr. 192 Sommer 2016, 44 S.**

- Union-Busting – Lügen, bespitzeln zermürben...
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil III
- Unsere Frühjahrsseminar
- Die Krisen Europas
- Türkei – ein idealer Feind und Partner
- Presse, Meinungsfreiheit und die Information als Ware
- Österreich: Hofer verhindert – die FPÖ bleibt!
- Gewaltlosigkeit und Klassenkampf, Rezension

**Nr. 191 Frühjahr 2016, 44 S.**

- Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen
- Gedanken zum Syrienkonflikt
- Syrien – Geschichte und Gesellschaft
- Syrien – Religionen
- Eine andere Sicht auf die „Flüchtlingsfrage“
- Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer
- Die Parlamentswahlen in Polen
- Politische Entwicklungen in Griechenland

**Nr. 190 Winter 2015, 36 S.**

- Industrie 4.0
- Unsere Jahreskonferenz
- Türkei – Massaker und Staatsterror
- Türkei – Aufstand der Automobilarbeiter
- Pegida, AfD – Sie hetzen weiter
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil II
- Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen

**Bestellungen bitte an:**

*Gruppe Arbeiterstimme*

**T. Gradl, Postfach 910307**

**90261 Nürnberg**

**Probehefte versenden wir gratis!**

## Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

# Zur Faschismuskussion: Die Faschismusanalyse der KPO in der Weimarer Zeit

## I. Die frühe Analyse des Faschismus

1923 gab es in der kommunistischen Bewegung zwei theoretische Ansätze zur Einschätzung des deutschen Faschismus: „Die eine, vor allem von Sinowjew und seinen Anhängern vertretene, sah – in ziemlicher Analogie mit der russischen Revolutionsgeschichte – im deutschen Faschismus einen „deutschen Koltschakismus“, in General von Seect den „deutschen Koltschak“ und in „Hitler & Co.“ „Marionetten“ und „deutsche Prischkewitsch“, die wohl einige Verbindungen zum nationalistischen Kleinbürgertum besäßen, deren Programm jedoch „nicht real“ sei, während sie selbst „mehr Narren und Spaßmachern als ernsthaften Politikern der Konterrevolution“ glichen. Auf der anderen Seite versuchten Thalheimer, Brandler und teilweise auch Radek, auf der Basis der marxistischen Interpretation in den „Klassenkämpfen in Frankreich“ und im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ eine soziologisch fundierte Einschätzung des Faschismus in Deutschland zu entwickeln.<sup>1</sup>

Obwohl der Faschismus als neues Phänomen im Kapitalismus erst analysiert und auf den Begriff gebracht werden mußte – in Deutschland wurde die Faschismusproblematik 1922 mit dem konterrevolutionären Terror, den völkischen Bewegungen und den Anfängen der Hitlerbewegung akut –, gab es gerade in der frühen kommunistischen Bewegung wichtige und wertvolle Ansätze zu einer „Faschismustheorie“. (Eine Reihe dieser frühen Faschismus-Diskutanten finden sich dann später in der „Rechts“-Opposition und der KPO wieder).

A. Jacobsen zog nach einer Analyse des italienischen Faschismus „die Lehren für Deutschland“: „Trotzdem der Faschismus viele spezifisch italienische Züge aufweist, ist sein Wesen international. Anknüpfend an den bürgerlichen Nationalismus,

an den sozialen Niedergang kleinbürgerlicher Schichten und Arbeitermassen, findet er überall dort Boden, wo Massen, enttäuscht von den sozialistischen Führern, die Zusammenhänge nicht erkennend, im nationalen Rahmen ihre Lage zu verändern suchen und in einer sittlich-disziplinierten Erneuerung einen Weg gefunden zu haben vermeinen. Daß ein solcher Boden gerade Deutschland ist, wo die Korruptheit der Bourgeoisie zum Himmel stinkt, wo aber trotzdem Arbeiterführer zaudernd das Proletariat immer tiefer ins Elend führen, ... daß Deutschland ein solcher Boden ist, kann niemand leugnen. Hier findet der Faschismus Lebensbedingungen. (...) Beachte die KPD diese Anzeichen einer ideologischen Umstellung innerhalb weiter Kleinbürger- und Arbeiterschichten, sonst wird sie sich plötzlich unvorbereitet einer Bewegung gegenüber sehen, deren Gefährlichkeit man heute noch nicht abschätzen kann!“<sup>2</sup>

Hans Tittel wandte sich in seiner Analyse gegen eine „Agententheorie“: „Die Anhänger der Nationalsozialisten rekrutieren sich in erster Linie aus dem Mittelstand. Kaufleute, Studenten, Lehrer und entlassene Militärs sind die aktivsten Mitglieder dieser Richtung. Aber auch Arbeiter stoßen zu ihnen. Wenn es auch nachweislich feststeht, daß die finanziellen Träger die Groß-Agrarier und auch Groß-Industriellen sind, so wäre es



doch falsch, anzunehmen, daß die Grundlage der Organisation nur durch die reichlich fließenden Geldmittel gegeben ist. Vielmehr liegt der Bewegung ein starker idealistischer (reaktionärer) Zug zugrunde. Denn mit Geld allein ließe sich das feste Gefüge der NSDAP nicht halten. (...) Die Taktik der Nationalsozialisten läuft darauf hinaus, sich vor allen Dingen bei den wankenden Schichten des Mittelstandes und bei der indifferenten Masse populär zu machen. Man darf sich der Tatsache nicht verschließen, daß ihr entschlossenes Auftreten dazu führt, sich einen, für die Arbeiterschaft sehr gefährlichen, Anhang zu schaffen.“<sup>3</sup>

Edwin Hörnle unterschied auf dem 4. Komintern-Kongreß zwei Formen der deutschen faschistischen Bewegung: Eine süddeutsche, der besonders in Bayern verbreitete Faschis-

1– Siegfried Bahne: „Sozialfaschismus“ in Deutschland, in: *International Review of Social History*, Volume X 1965, Part 2, S. 218/19

2– A. Jacobsen: *Der Faschismus*, in: *Die Internationale*, Bd. 3, H. 10, (Berlin 1922), Reprint Efm 1971, S. 304

3– Zit. n. Theo Pirker: *Komintern und Faschismus 1920-1940*, Stuttgart 1965, S. 140 u. 141

mus (Hitler, welcher eine Verbindung der „äußersten monarchistischen Gegenrevolution“ mit „breiten, an sich demokratischen Schichten“ des Kleinbürger- und mittleren Bauertums sei, während die norddeutsche Form (z.B. die Deutschvölkische unter Führung A. von Gräfes) sich auf Teile der Landarbeiter und auf illegale Frontkämpferorganisationen stütze.<sup>4</sup>

Es wurde auch davor gewarnt, jede konterrevolutionäre und reaktionäre Politik als faschistisch zu deklarieren. Clara Zetkin z.B. verwies darauf, daß das ungarische Horthy-Regime und der Faschismus „wesensverschieden“ seien. „Träger des Faschismus [ist] ... nicht eine kleine Kaste, sondern [sind] ... breite soziale Schichten, große Massen, die selbst bis in das Proletariat hineinreichen.“<sup>5</sup>

Nach Karl Radek ist der „Faschismus ... der Sozialismus kleinbürgerlicher Massen“, der nicht nur von Kleinbürgern und Bauern, sondern auch von „unaufgeklärten proletarischen Elementen“ unterstützt wird.<sup>6</sup>

Heinrich Brandler konstatierte: „In der nationalsozialistischen Bewegung ist der Arbeiterklasse eine neue große Gefahr geworden. Die Politik der Sozialdemokratie hat den Gedanken des Sozialismus diskreditiert und Arbeiterschichten, die wegen dieser Politik das Vertrauen zum Sozialismus verloren haben, Kleinbürgerschichten, die unter der Not des Zusammenbruchs vielfach noch mehr leiden als die qualifizierten Arbeiter, fallen diesen von der Schwerindustrie ausgehaltenen Demagogen zur Beute. Die nationale Unterdrückung durch die Sieger im Weltkrieg, die Ruhrbesetzung, erscheint diesen Schichten als die einzige Ursache ihrer Not.“<sup>7</sup>

In einem Aufsatz in der „Internationale“ vom 15. Januar 1923<sup>8</sup> versuchte August Thalheimer, analog der Marx'schen Analyse im „18. Brumaire“, die Entwicklung der Konterrevolution seit der Novemberrevolution von 1918 und die Bedingungen für das Entstehen der faschistischen

Bewegung zu analysieren. (Thalheimers Auseinandersetzung mit dem Faschismus beginnt also nicht – wie vielfach noch unterstellt – erst 1928, vielmehr kann er später vertiefend und konkretisierend an seine Ansätze von 1922/23 anknüpfen.):

„Von der Novemberrevolution gilt, was Marx von der französischen Februarrevolution von 1848 sagt: Sie war ‚eine Überrumpelung, eine Überraschung der alten Gesellschaft‘.“ „Die militärische Katastrophe machte die deutsche Bourgeoisie geneigt, den veralteten und für ihre Zwecke untauglichen Herrschaftsapparat, die junkerlich-militärisch-bürokratische Kaste über Bord zu werfen.“ Aber nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat (die „Arbeiter und Soldaten“) war Träger der Revolution. Die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse proklamierten die Räterepublik. Sie war wie die „soziale Republik“ von 1848 eine Illusion; zwar war im Gegensatz zu 1848 die materielle Basis für den Sozialismus vorhanden, doch die „erreichte Bildungsstufe der Massen“ wurde zum Hindernis. „Die proletarische Masse, d.h. die große Mehrheit des Proletariats, bis dahin im Banne des Sozialpatriotismus, ... glaubte bereits in der bürgerlichen Demokratie die Gewähr für einen ruhigen kampflosen Fortschritt zum Sozialismus zu haben.“ In dieser Illusion der „Umänderung der Gesellschaft auf demokratischem Wege“, also „innerhalb der Grenzen des Kleinbürgertums“, traf sich das Proletariat mit den aktivsten Schichten des Kleinbürgertums und der „halbproletarischen Intelligenz“. „Die klassische Verkörperung dieser gemeinsamen Illusionen waren die Soldatenräte, in denen Kleinbürgertum und Intelligenz die Führung hatten.“ Diesem Bündnis unterlag die proletarische Vorhut, die die Diktatur des Proletariats anstrebte, in den Januar- und Märzämpfen 1919.

Doch die Illusionen der proletarischen – „wirtschaftliche Demokratie“, Aufstieg des Proletariats

vermittels der Demokratie – und kleinbürgerlichen Massen – „demokratischer“ Anteil am Reichtum der „Reichen“, „Aufstieg“ in den Beamtenapparat, „demokratische“ Verteilung der Steuerlasten wurden grausam enttäuscht. „Gestützt auf den Mechanismus der Geldentwertung und die mit dem Jahre 1920 einsetzende niedergehende Welle der Weltkonjunktur“ erlangte die Großbourgeoisie „eine wahre Virtuosität in der Ausnutzung der Geldentwertung, um mit einem Schlag die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu senken ... und schließlich große Teile des Kleinbürgertums sozusagen auf kaltem Wege zu enteignen und zu deklassieren.“ Kampflos eilte die kleinbürgerlich-sozialdemokratische Demokratie von Niederlage zu Niederlage. „Die ‚Sozialisierung‘ der berühmten Sozialisierungskommission endete mit einem Abortus“. Die eigenen Forderungen wurden preisgegeben, „weil jeder ernsthafte Kampf nicht nur das Band mit der Großbourgeoisie, sondern auch mit dem Kleinbürgertum zu zerreißen drohte, und weil hinter jeder breiten Massenaktion des Gespenst der proletarischen Revolution, des Kommunismus, auftauchte.“ „Aber die Ironie der Geschichte machte gerade das ständige Beherrschtsein der Sozialdemokratie von den Rücksichten auf die rückständigen Teile des Kleinbürgertums zur Ursache des Bruchs des Kleinbürgertums mit der Sozialdemokratie. Das Negative der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Politik ist die wahre Quelle des Faschismus.“

Die vollkommene Unfähigkeit der kleinbürgerlichen Demokratie, sich auch nur zu verteidigen, zeigen die Ereignisse um den Erzberger- und Rathenaumord. „Hatte die kleinbürgerliche Demokratie im Januar und März 1919 der revolutionären proletarischen Vorhut die Köpfe abgeschlagen, so wurden ihr jetzt selbst die Köpfe abgeschlagen.“

„Der deutsche Faschismus ist der Versuch des Kleinbürgertums und der mit ihm verbundenen Schichten der Intelligenz, auf seine, d.h. auf kleinbürgerliche Weise, seinen Rettungsweg zu versuchen, nachdem der demokratisch-sozialistische Rettungsweg es in die Wüste geführt hat.“ Dieser Rettungsweg ist so widersprüchlich wie die Lage des Kleinbürgertums

4– nach Bahne, ebenda, S. 218

5– Clara Zetkin: Rede, in: Protokoll der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 12-23. Juni 1923, Harnburg 1923, S. 205

6– nach Bahne, ebenda, S. 218

7– zit. n. K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition, Meisenheim am Glan 1964, S. 29. Wieder neu herausgegeben: Hannover 1983

8– August Thalheimer: Zwischen Jena und Leipzig, in: Die Internationale, Bd. 4, H. 2, Berlin 1923, Reprint 1971, S. 33-41

selbst, es will den über den Klassen stehenden Mittler spielen. „Wenn der französische Parzellenbauer für diese Mittlerrolle sich den Louis Napoleon mit seiner Dezemberbande ausersah, als den Neffen des Bauernkaisers, so hat der deutsche Kleinbürger bereits seine ‚Dezemberbande‘, die Deklassierten des Krieges und des wirtschaftlichen Zerfalls, und die Häupter, was können sie anderes sein als die deutschen Napoleone, die Götzen des Krieges?“

Der Faschismus kann sich nicht einfach dem Kommando der Großbourgeoisie unterstellen, denn sie ist ideologisch bankrott und bedrückt das Kleinbürgertum materiell. Aber der Kleinbürger ist für die bürgerliche Ordnung. Er „rettet“ sich aus diesem Dilemma, indem er „zu seinem alten Rezept des Einerseits – Andererseits, der guten Seite und der schlechten Seite“ greift. D.h., er unterscheidet zwischen dem guten „christlichen Kapitalisten“ (Industrieller) und dem schlechten „jüdischen“ (Wucherer, Parasit). Er sorgt auch für den Arbeiter: „Er wird den ‚guten Arbeiter‘ gegen den ‚schlechten Arbeiter‘ schützen. Er wird den ‚guten Unternehmer‘ belohnen, den ‚schlechten‘ strafen. Kurz, er wird die Harmonie zwischen Wolf und Lamm herstellen, vorausgesetzt, daß jeder der beiden die Rolle spielt, die ihm die Natur und der Kleinbürgerverstand zuweisen.“ Der Faschismus kann die Probleme, die er sich gestellt hat, nicht lösen – er macht „die einen revolutionsgeduldig, die anderen revolutionslustig“; er wird vielmehr die demokratischen Illusionen der politischen und wirtschaftlichen Demokratie liquidieren.

„Wenn das Aufbäumen des Faschismus den Niedergang der Sozialdemokratie und die von ihm bedingte momentane Ohnmacht der Arbeiterklasse widerspiegelt, entscheidend in die Geschichte Deutschlands einzugreifen, so wird der Kampf gegen den Faschismus in erster Linie der Kampf um die Aktivierung der Arbeiterklasse, um ihr Heranführen an ihre geschichtliche Rolle sein müssen. Sobald die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer Lähmung durch das sozialdemokratische Gift erwachen wird, wird der Spuk des Faschismus sich auflösen, werden die kleinbürgerlichen Massen eine neue Wendung zum Proletariat machen, das endlich nach Abstreifung seiner demokratischen Illusionen reif geworden sein wird für die Führerrolle, zu der es im November 1918 noch nicht reif war.“ Doch das bedeutet keineswegs eine Unterschätzung der faschistischen Gefahr: Ob er in Deutschland siegen wird, hängt davon ab, wie schnell es den Kommunisten gelingen wird, „die Massen aus der Erstarrung zu lösen“.

Aus dieser Aufgabe leitet Thalheimer die Einheitsfronttaktik ab: „Die Abstreifung der sozialdemokratischen Ideologie, und das heißt die Herstellung des subjektiven Faktors der Revolution, kann nicht das Werk bloßer Propaganda sein. Die Partei muß verstehen, diese Massen an dem Punkt, auf dem sie stehen, bei der Hand zu nehmen und in die Aktionen zu führen, für die ihre Kraft ausreicht, damit sie in der Aktion ihre Illusionen vollends abstreifen.“

An dieser Stelle ist eine notwendige Anmerkung zu machen: Der weitere Verlauf der Geschichte der KPD komplizierte sich dadurch, daß

ihre Politik immer weniger an den deutschen Bedingungen entwickelt, sondern mehr und mehr durch die dominierende Partei der Komintern, die KPdSU, bestimmt wurde. Grundlage dieser Entwicklung bildete die schwierige Lage der unterentwickelten, durch Bürgerkrieg und Intervention zerstörten und geschwächten Sowjetunion, nachdem mit der beginnenden kapitalistischen Stabilisierung die revolutionäre Situation in Westeuropa vorerst vorbei war. Mit dem Versuch, sich aus eigener Kraft aus dem Sumpf zu ziehen und der Proklamation eines „Aufbaus des Sozialismus in einem Land“ (Stalin) wurden die objektiven Widersprüche zwischen der UdSSR und der kommunistischen Weltbewegung immer stärker zugunsten der ersteren verkleistert. Schon bei der Vorbereitung des „deutschen Oktober“, der Erstellung eines „Revolutionsfahrplans“ für die deutsche Revolution 1923, hatten massive sowjetische Interessen mitgespielt. Die Zentrale der KPD wurde zum Sündenbock für die „Oktoberniederlage“ gestempelt und der Frankfurter Parteitag vom April 1924 führte zum Sieg der „Links“opposition innerhalb der Partei. Dieser Parteitag bildete die wichtigste Zäsur in der Geschichte der frühen KPD.

Die alte Brandler-Thalheimer-Zentrale interpretierte die Oktoberniederlage als „Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik“.<sup>9</sup> „Indem die Regierung der Novemberrepublik die Macht an die Militärkaste abgab und im Ermächtigungsgesetz die Axt an die Wurzeln der sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution legte, hob sie selbst ihr historisches Wesen auf. Das Wesen der Novemberrepublik bestand in dem Versuch, durch die Koalition mit der Sozialdemokratie der Arbeiterklasse vorzutäuschen, daß der Kapitalismus in Deutschland restauriert werden könne unter Beibehaltung der Demokratie und bei sorgfältiger Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Jetzt tritt die Bourgeoisie offen unter faschistisches Banner: nicht Demokratie, sondern weiße Diktatur, nicht Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, nicht lügnerische ‚Arbeitsgemeinschaft‘, sondern offene Versklavung der Arbeiterklas-

Anzeige

## Faschismus in Deutschland

Analysen und Berichte der KPD-Opposition  
1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der  
Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/M.

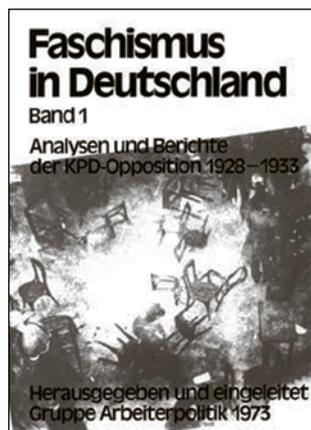
2. erweiterte Auflage 1981 mit zwei neuen  
Kapiteln, 296 Seiten, Klebebindung. 8,- €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)



9 – zit n. Pirker, ebenda, S. 145-146

se: das ist das Regierungsprogramm.“ Der Sieg des Faschismus vollzog sich in anderen Formen, als es die Arbeiterklasse erwartete: „Während die Arbeiterklasse in Bayern das Zentrum des Faschismus sah, etablierte sich in Berlin das faschistische Zentrum als die Diktatur des Generals Seeckt, hinter dem nicht nur die Reichswehr steht, sondern auch ausschlaggebende Teile der deutschen Bourgeoisie.“ Die Verantwortung für den Sieg des Faschismus fällt der Sozialdemokratie zu: „Sie haben durch ein Zugeständnis nach dem anderen eine Position des Proletariats nach der anderen dem Faschismus ausgeliefert. Sie haben trotz aller Warnungen ihrer Parteigenossen dem General Seeckt erlaubt, seine Vorbereitungen zum trockenen Staatsstreich fortzusetzen.“ Die faschistische Herrschaft bedeutet „Knebelung, Erdrosselung und Versklavung des Proletariats“, d.h. für die Arbeiterklasse Beginn des „Kampfes auf Leben und Tod“. Thalheimer korrigierte diese Beurteilung schon 1924: Es hat sich nicht gehandelt um den „Sieg des Faschismus, der bei der ersten Probe kläglich zusammensank, sondern [um den] der großen Bourgeoisie, [um die] Befestigung ihrer direkten politischen Herrschaft in Gestalt der bürgerlich-parlamentarischen Republik.“<sup>10</sup>

Der gescheiterte Hitler-Ludendorff-Putsch und die kapitalistische Stabilisierung ließ die faschistische Bewegung zu einer Sekte herabsinken. Da die neue „ultralinke“ Zentrale der KPD weiterhin an der These festhielt, daß der Faschismus bereits die Macht übernommen habe, wurde ihr Faschismusbegriff immer weiter ausgedehnt und damit immer mehr entleert. So forderte Rosenberg zum Kampf gegen den „schwarzrotgoldenen Faschismus“ auf: „Der Ludendorff-Faschismus mußte ersetzt werden durch den Marx-Stresemann-Faschismus. Die schwarzweißroten Stoßtrupps mußten ersetzt werden

durch die schwarzrotgoldenen Stoßtrupps.“<sup>11</sup> Stalin stellt im September 1924 seine berüchtigte Zwillingsthese auf, die später Grundlage für die Sozialfaschismusthese werden sollte: „Der Faschismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus (...) Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder.“<sup>12</sup>



9. November 1923, München: die Putschisten verhaften sozialistische Stadträte

## II. Grundlagen der Thalheimerschen Faschismustheorie

Auch mit dem Anwachsen des Faschismus in der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise änderte sich die Haltung der KPD zum „Sozialfaschismus“ nicht, die SPD blieb der Hauptfeind. Gripenburg hat diese Politik und ihre Implikationen knapp und treffend skizziert: „Die Auffassung der KPD-Führung, die Sozialdemokratie sei ihr ‚Hauptgegner‘, sei als ‚soziale Hauptstütze der Bourgeoisie‘ zugleich ‚sozialfaschistisch‘, versperrte ihr zugleich jeden nennenswerten Einfluß auf die sozialdemokratischen Arbeiter und nahm einer potentiellen Opposition innerhalb der SPD die Basis, weil keine andere Alternative zur Politik der SPD-Führung zuge-

lassen wurde als der Übertritt zur KPD. Die KPD trug sicherlich nicht wenig dazu bei, daß trotz der Weltwirtschaftskrise die Organisation der SPD und ihr Masseneinfluß stabil blieb und daß ihre Parteiführung nie ernsthaft gefährdet war. Nahezu selbstmörderisch wurde diese Politik der KPD mit dem Aufstieg der NSDAP. Die KPD versuchte mit ihrer ‚Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes‘ (1930), die soziale und politische Unzufriedenheit der deutschen Mittelschichten, der Wählerbasis der NSDAP, aufzufangen und zu neutralisieren, und sie bekämpfte mit ihren Massenorganisationen die Nationalsozialisten entschlossen und mit großem persönlichen Mut. Aber mit ihrer Politik gegenüber der SPD schwächte sie andererseits die einzige potentielle Macht, die eine nationalsozialistische Machteroberung mit Sicherheit hätte verhindern können: die gemeinsam handelnde Arbeiterschaft und deren Organisationen. Trotz des Aufstiegs der NSDAP blieb für die KPD (zumindest bis Sommer 1932) die Sozialde-

mokratie der Hauptgegner. Sie leugnete eine qualitative Differenz zwischen der Weimarer Republik und einem nationalsozialistischen Herrschaftssystem und bezeichnete weiterhin die SPD als ‚sozialfaschistisch‘. So waren die taktischen Folgerungen nur konsequent: Wenn die Kabinetts Brünig, Papen und Schleicher bereits faschistisch waren, gab es auch keinen Grund, die Weimarer Republik gegen ein Kabinett Hitler zu verteidigen. Wenn die SPD ‚sozialfaschistisch‘ war, war es ein Unding, mit ihr gegen die ‚nationalfaschistische‘ NSDAP effektiv kämpfen zu wollen. Mit den Gegnern dieses Kurses wurde in der Partei nicht mehr diskutiert, sie wurden ab 1928 ausgeschlossen.“<sup>13</sup> Am 30. Dezember 1928 konstituierte sich die in der KPD ausgeschaltete und aus der Partei hinausgesäuberte sog. „Rechtsopposition“ zur „Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)“ (KPO). Neben ihrer Einheitsfrontkonzeption und der Stellung zur Gewerkschaftsfrage gehört vor allem die Analyse und Einschätzung

10– zit n. Tjaden, eben da, S. 276

11– Arthur Rosenberg: Reichsbanner und Faschismus, In: Die Internationale, Bd. 5, H. 23/24, Berlin 1924, Reprint Ffm 1971, S. 681

12– zit. n. Bahne, ebenda, S. 224

13– Rüdiger Gripenburg: Kommunismus in Deutschland, in: I. Fetscher, G. Dill (Hg.): Der Kommunismus, München 1969, S. 116-117

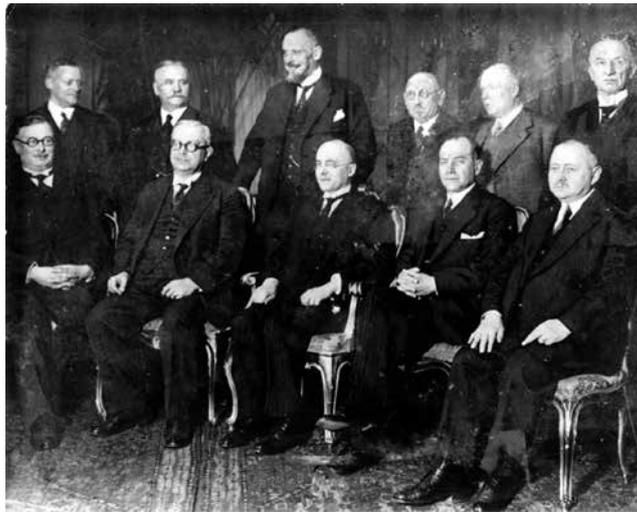
des Faschismus zu den bedeutenden Leistungen der KPO.<sup>14</sup>

Im Sommer 1928 reichte August Thalheimer eine umfangreiche programmatische Denkschrift an die Programmkommission der Komintern ein, die auch einen Abschnitt zum Faschismus enthielt. Im weiteren wurde dann durch eine intensive Diskussion der Faschismusproblematik im theoretischen Organ der KPO, „Gegen den Strom“, diese weiter differenziert und konkretisiert.<sup>15</sup>

Thalheimer geht von der Marx-schen Analyse des Bonapartismus aus. „Wohlverstanden, ich setze nicht Faschismus und Bonapartismus gleich. Aber es sind verwandte Erscheinungen mit sowohl gemeinsamen als auch mit abweichenden Zügen, die beide herauszuarbeiten sind.“<sup>16</sup> Die spezifische Form der Herrschaft des Bonapartismus erscheint als Verselbständigung der Exekutive. Seine sozialen Wurzeln liegen in den Klassenkräften Frankreichs nach der Revolution von 1848: Das Proletariat ist mit eigenen Forderungen aufgetreten und mußte in der Junischlacht blutig niedergeworfen werden. Die Bourgeoisie gibt, um ihre soziale Existenz zu retten, ihre politische Existenz auf. Die soziale Grundlage des Bonapartismus beruht auf den Parzellenbauern, die die große Masse der französischen Bevölkerung darstellen: Als isolierte kleine Warenproduzenten unfähig, ein eigenes Klassenbewußtsein zu entwickeln, brauchen sie einen Vertreter ihrer Interessen. „Ihr Vertreter muß zugleich als ein Herr, als eine Autorität über ihnen erscheinen, als eine unumschränkte Regierungsgewalt, die Sie vor den anderen Klassen beschützt und ihnen von oben Regen und Sonnenschein schickt. Der politische Einfluß der Parzellenbauern findet also darin seinen letzten Ausdruck, daß die Exekutivgewalt sich die Gesellschaft unterordnet.“ (Marx)<sup>17</sup> Bonapartes eigentliches Herrschaftsinstrument, die „Gesellschaft des 10. Dezember“, rekrutiert sich aus dem Lumpenproletariat, den deklassierten Elementen aller Klassen: „Wirtschaftlich und sozial ent wurzelt, von der unmittelbaren Produktion ausgestoßene parasitische Elemente aller Klassen sind der natür-

liche Stoff, die natürlichen Werkzeuge der ‚verselbständigten Exekutivgewalt‘. In diesem gesellschaftlichen Abhub sind die Unterscheidungsmerkmale der Klassen verwischt. Er ist frei von den ideologischen usw. Bindungen an die einzelne Klasse, deren Abfall er ist insofern kann er sich über sie erheben und zwischen ihnen lavieren.“<sup>18</sup> Bonapartismus wie Faschismus sind Formen der offenen kapitalistischen Diktatur. Wesentliche gemeinsame Züge sind: „die ‚Verselbständigung der Exekutivgewalt‘, die

wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend der ihre soziale Macht befestigt Übereinstimmung auch in der Ideologie: das Hauptmittel die ‚nationale‘ Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den ‚Helden‘ des Staatsstreichs.“<sup>19</sup> Die Unterschie-



Erste Präsidialkabinett der Weimarer Republik  
Kabinett Brüning

politische Unterwerfung aller Massenbewegungen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer. (...) Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der ‚Dezemberbande‘ Louis Bonapartes. Ihr sozialer Bestand: Deklassierte aller Klassen, des Adels, der Bourgeoisie, des städtischen Kleinbürgertums, der Bauernschaft, der Arbeiterschaft. (...) Ebenso findet sich Übereinstimmung in der Situation des Klassenkampfes, aus der hier die bonapartistische, dort die faschistische Form der Staatsmacht hervorging. Im Falle des italienischen Faschismus,

wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend der ihre soziale Macht befestigt Übereinstimmung auch in der Ideologie: das Hauptmittel die ‚nationale‘ Idee, der Scheinkampf gegen parlamentarische und bürokratische Korruption, Theaterdonner gegen das Kapital usw. Verwandte Züge schließlich bei den ‚Helden‘ des Staatsstreichs.“<sup>19</sup> Die Unterschie-

de zwischen Bonapartismus und Faschismus resultieren aus der stattgefundenen Entwicklung und Veränderung des Kapitalismus: Mussolini muß von vornherein eine imperialistische Politik treiben, der Faschismus stellt gegenüber der „Dezemberbande“ eine soziale Massenbewegung dar. „Die ‚Dezemberbande‘ von Louis Napoleon war das Gegenstück zu der kleinen revolutionären Geheimorganisation der damaligen französischen Arbeiterklasse. Die faschistische Partei ist das konterrevolutionäre Gegenstück zur kommunistischen Partei Sowjetrußlands“.<sup>20</sup>

Die Bourgeoisie des vollentwickelten Kapitalismus ist bestrebt, das parlamentarische System abzubauen, einzuschränken, stärkere politische Garantien für die eigene Herrschaft zu schaffen. Dabei ist zu beachten: „Das bewegt sich in der Richtung des Faschismus, es kann in kritischen Situationen zu Formen offener Diktatur des Kapitals führen. Aber diese müssen nicht identisch sein mit denen des Faschismus. (...) Das Noskeregiment in Deutschland war zweifellos ein Regiment offener konterrevolutionärer Gewalt. Aber die Form der Staatsmacht war nicht die faschistische. Das Noskeregiment war keine ‚Verselb-

14– Siehe hierzu Udo Winkel: Zur Bedeutung der KPD (Opposition) für die deutsche Arbeiterbewegung, in: Jahrbuch I, Demokratie und Arbeitergeschichte, hg. v. d. F. Mehring Gesellschaft, Stuttgart 1980, S. 82-91

15– Diese Diskussion wird dokumentiert in: Der Faschismus in Deutschland, Analysen der KPD (Opposition) aus den Jahren 1928-1933, eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Ffm 1973. Eine erweiterte Neuauflage erschien o. O., 1981

16– Über den Faschismus, in: Der Faschismus ... , ebenda, S. 28

17– ebenda, S. 30

18– ebenda, S. 31-32

19– ebenda, S. 39-40

20– ebenda, S. 42

ständigkeit der Exekutive'.<sup>21</sup> Thalheimer und die KPO beschränken sich bei ihrer Faschismusanalyse nicht auf eine Analogisierung zum Bonapartismus,<sup>22</sup> sondern arbeiten konkret die sozialökonomischen Bedingungen des Faschismus heraus.

Schon 1929 verweist Thalheimer darauf, daß sich allenthalben ein Widerwille der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums gegenüber der eigenen parlamentarischen Vertretung breit macht, eine Verächtlichmachung der Parteien überhaupt, ein Ruf nach größerer Selbständigkeit der Exekutive. Diese Stimmung entspricht der Lage des deutschen Kapitals, das den Krieg verloren hat, auf Kapitalimport angewiesen ist, seine Profite mit dem ausländischen Finanzkapital teilen muß und sich daher veranlaßt sieht, die Lebenshaltung der Massen besonders brutal anzugreifen. „Der Druck des Trustkapitals in Deutschland auf die Volksmassen aber wächst zusehends. Der industrielle Mittelstand wird zerrieben, das Monopolkapital hat bereits eine eigene höhere Profitrate für sich herausgebildet. Gleichzeitig Druck auf die Löhne und die Sozialleistungen. Die Folge davon: langsam aber stetig wachsender Gegendruck von unten, Radikalisierung des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse. (...) Die absinkende Konjunktur verschärft und beschleunigt diesen riesenhaften Prozeß. Die Lage des deutschen Trustkapitals auf dem Weltmarkt veranlaßt es, den Druck zu steigern. Der Kampf um den Etat ist der Kampf um die Abwälzung der Steuerlasten von der Bourgeoisie, um den Abbau der Soziallasten, um größere Bewegungsfreiheiten des Kapitals gegenüber der Arbeiterklasse und dem Bürgertum überhaupt. Was hier vor sich geht, ist die ideologische Vorbereitung des Bodens für die offene Trustdiktatur durch die bürgerlichen Parteien selbst, deren

Verwirklichung die Vernichtung dieser selben politischen Parteien und somit der politischen Existenz der Bourgeoisie voraussetzt. Die soziale Herrschaft der Bourgeoisie ist in Widerspruch geraten mit ihrer politischen Herrschaft. Sie bereitet ihre politische Abdankung vor, um ihre Klassenherrschaft zu retten und zu festigen.“<sup>23</sup>

Entsprechend ihrem Verständnis der Entstehung von Klassenbewußtsein in Klassenkämpfen, wie es in ihrer Gewerkschafts- und Einheitsfrontpolitik zu Tage trat, entwickelte die KPO eine andere Haltung zur sog. „Arbeiteraristokratie“ als der „Leninismus“ der KPD. Die KPO wußte, daß die politische Bedeutung der sog. „Arbeiteraristokratie“ abhing von der Lage der Arbeiterklasse insgesamt, vom Ausmaß der materiellen Konzessionen, die ihr das Kapital in seinen Prosperitätsphasen relativ kampflos zustehen konnte. 1929 heißt es in „Gegen den Strom“ dazu folgendermaßen: „Die Arbeiteraristokratie kann ihre besondere Rolle nur spielen, wenn sie sich auf starke Arbeiterorganisationen stützt. Deshalb bedeutet die Zusammenarbeit mit der Arbeiteraristokratie für die Bourgeoisie die Gewährung von gewissen Rechten an die gesamte Arbeiterschaft.“<sup>24</sup> Daher sah die KPO auch voraus, daß die deutschen Kapitalisten, die nach verlorenem Weltkrieg und der Inflation gezwungen waren, ihren Kapitalmangel durch Einfuhr ausländischen Kapitals zu decken und ihre Profite mit dem ausländischen Finanzkapital zu teilen, im Zuge der Weltwirtschaftskrise alle Arbeiterorganisationen und die bürgerliche Demokratie anzugreifen, also einen faschistischen Kurs zu steuern, gezwungen sein würden: „Man darf nicht vergessen, daß dem Unternehmer gar keine Gewerkschaft lieber ist als eine reformistische Gewerkschaft. Die heutigen Ziele der Kapitaloffen-

sive, der Abbau der Sozialpolitik, der Angriff auf die Löhne, der radikale Abbau der Besitzsteuern, die Erhöhung der indirekten Steuern sind gerade deshalb Nährboden für faschistische Tendenzen in der bürgerlichen Klasse, weil sie sich auf die Dauer auch gegen die Arbeiteraristokratie und die Grundlagen ihrer sozialen Stellung richten.“<sup>25</sup> Die „faschistischen Tendenzen“ in der Bourgeoisie äußern sich „in der Konzentration der erzreaktionären Kräfte im Block Hugenberg-Hitler“, stärker noch im „einmütigen Bekenntnis aller Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie zu den materiellen Zielen der Kapitaloffensive. Alle Fraktionen und Gruppen der Bourgeoisie haben sich hier mit den Interessen des Monopolkapitals identifiziert. Alle bürgerlichen Parteien vertreten heute im großen und ganzen dieselben Forderungen, die Forderungen des Monopolkapitals. Diese Parteien sind nur noch eine leere Form, denn ihnen entspricht nicht mehr der Widerstreit unter den verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie.“<sup>26</sup> Diese materielle Solidarität der gesamten bürgerlichen Klasse mit der Großbourgeoisie kann in einem bestimmten Augenblick in ein Bekenntnis zum Faschismus umschlagen, eben sobald der Rahmen der bürgerlichen Demokratie und des „parlamentarischen Parteischachers“ zur Durchsetzung dieser materiellen Ziele zu eng geworden ist.

### Exkurs: Faschismusproblematik in der Plattform der KPO (1930)

Die KPO beschloß auf ihrer dritten Reichskonferenz im Dezember 1930 in Berlin eine „Plattform“, in der auch auf die Faschismusproblematik eingegangen wird, d.h. in der sich die intensive Faschismuskonversation der KPO niederschlägt.<sup>27</sup>

„Der Faschismus tritt dort auf, wo die Bourgeoisie nicht mehr im Stande ist, größere Massen durch materielle Zugeständnisse an ihre Herrschaft zu fesseln, sondern im Gegenteil, ihre Profitwirtschaft nur noch eine radikale Herabdrückung der Lebenshaltung der Werktätigen aufrecht zu erhalten vermag; wo ferner die Bourgeoisie bereits die unmittelbare Gefahr der proletarischen Revolution vor Augen sah und deshalb einen zeitweiligen Niedergang der Arbeiterbewegung

21– ebenda, S. 45- 46

22– Neuerdings wiederholt auch Wippermann die widerlegte Behauptung in seiner ansonsten informativen Schrift. Wolfgang Wippermann: *Zur Analyse des Faschismus. Die sozialistischen und kommunistischen Faschismustheorien 1921-1945*, Ffm, Berlin, München 1981. Für eine fundierte Antikritik siehe: Stefan Schild: *Faschismustheorie im Zerrspiegel der Kritik*, in: *Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus*, H. 16 und 17, März und Mai, Berlin 1978 und Niels Kadritzke: *Faschismus und Krise*, Ffm 1976

23– *Die Krise des Parlamentarismus – das Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft*, in: *Der Faschismus ...*, ebenda, S. 52

24– *Die Wurzeln und Ziele der Kapitaloffensive*, in: ebenda, S. 61-62

25– ebenda, S. 62

26– ebenda

27– *Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)*, Reprint o.O., o.J., S. 15, 25, 26-27, 33

ausnützt zu einem Bürgerkrieg, einer gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiterklasse, die künftigen revolutionären Erhebungen vorbeugen soll.“ Der Faschismus ist die „offene, aber indirekte Diktatur der Bourgeoisie“, er ersetzt die bürgerliche Demokratie durch die „direkte Gewaltherrschaft besonderer Partei- und militärischer Organisationen von vorwiegend kleinbürgerlicher Zusammensetzung.“ Der Klasseninhalt faschistischer Politik besteht in der Verteidigung der kapitalistischen Ordnung durch Zerschlagung der proletarischen Partei und Massenorganisationen und gewaltsame Unterdrückung aller Regungen proletarischen Klassenkampfes. „Der bürgerliche Staatsapparat unter faschistischer Herrschaft beruht auf der Verselbständigung der Exekutivgewalt und der Unterordnung der gesamten gesellschaftlichen Organisation unter sie.“ „Der Faschismus ist also die zugespitzteste, gewaltsamste und ‚prostituierteste‘ Form der bürgerlichen Klassenherrschaft. Auch ihm, wie der bürgerlichen Demokratie, liegt der Widerspruch zwischen dem wirklichen Klasseninteresse der Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse, die zwangsweise oder freiwillig die Träger des Regimes bilden, und den Interessen des Großkapitals und Großgrundbesitzes zugrunde.“

Der Faschismus trifft jetzt zusammen mit der wachsenden Tendenz des Großkapitals, mit der bürgerlichen Demokratie Schluß zu machen. Die Hauptquellen seiner Anhängerschaft sind „1. Die Enttäuschung des Kleinbürgertums und von Teilen der mittleren Bourgeoisie über die Ergebnisse der Stabilisierung, ihm Bauerntum die Agrarkrise. 2. Die Enttäuschung und Entmutigung von Teilen der Arbeiterschaft über die Früchte der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und die Ergebnislosigkeit der ultralinken Taktik der Kommunistischen Partei.“ Die sozialdemokratische Führung arbeitet zwar, durch gewaltsames Vorgehen gegen den revolutionären Teil der Arbeiterklasse und seine Organisationen, durch das Gewährenlassen faschistischer Organisationen, „vor allem aber durch die Erzeugung von Passivität und Enttäuschung in der Arbeiterklasse als Folge der Koalitionspolitik“, dem Faschismus vor. Trotzdem können sich die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschafts-

organisationen nicht in faschistische Organisationen umwandeln, weil: „1. durch Preisgabe des bürgerlich-demokratischen Gedankens das letzte ideelle Band, das diese Organisationen zusammenhielt, zerreißen und somit diese Organisationen als Massenorganisationen mit proletarischem Bestand zusammenbrechen würden; 2. weil das Hauptziel des Faschismus die Zerstörung der proletarischen Massenorganisationen ist. Der sogenannte ‚Sozialfaschismus‘ war und ist ein Phantasieprodukt“.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, die „Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus zu erobern“: „Der Sieg der Kommunistischen Partei Deutschlands steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution (Programm des Spartakusbundes), d.h. die Eroberung der Mehrheit erfolgt erst in der revolutionären Krise. Sie setzt aber voraus, daß die Kommunistische Partei bereits im vorhergehenden Abschnitt verstanden hat, Massen um sich zu sammeln und sie vom Reformismus loszulösen.“ Die Hauptaufgabe im jetzigen Zeitpunkt besteht darin, „durch Führung der Tageskämpfe in Verbindung mit einer konkreten revolutionären Propaganda die Mehrheit der Arbeiterklasse für die Grundsätze und Ziele des Kommunismus zu gewinnen, sie ideologisch und organisatorisch für den Kampf um die Macht vorzubereiten und, bei vorhandenen objektiven Voraussetzungen, in den Kampf um die Macht zu führen.“

### III. Zur Problematik der Selbsterstörung der bürgerlichen Demokratie

Die Faschismuskritik in der KPO beschäftigte sich vor allem auch mit dem Phänomen einer Selbsterstörung der bürgerlichen Demokratie und verfolgte diesen Prozeß und seine Auswirkungen konkret.

Thalheimer fragte 1930: welchen Charakter hat die Regierung Brüning? Ihre Zusammensetzung wurde vom Reichspräsidenten bestimmt, sie stützt sich zwar noch auf eine Mehrheit im Parlament, aber nicht mehr auf eine parlamentarische Mehrheit, d.h. sie

wird wesentlich vom antiparlamentarischen Flügel mitgetragen. „Eine parlamentarische Mehrheit und eine Mehrheit im Parlament sind nicht dasselbe. Nichts ist gefährlicher, als sich durch den formalen parlamentarischen Schein über den bereits eingetretenen tatsächlichen Übergang zu einem Systemwechsel täuschen zu lassen, wenn auch dieser Systemwechsel sich noch in seiner ersten Etappe, in seinem Anfang befindet. Dieser Anfang vereinigt in sich widersprechende Inhalte. Die Form ist noch parlamentarisch, der Inhalt ist bereits nichtparlamentarisch. Dieser innere Widerspruch muß sich entfalten, muß entweder weitertreiben, indem die parlamentarische Form schließlich von dem nichtparlamentarischen Inhalt überwältigt wird, oder umgekehrt, die parlamentarische Form überwältigt schließlich den nichtparlamentarischen Inhalt.“<sup>28</sup> Wie sich der Widerspruch löst, hängt natürlich nicht von reiner Logik ab, sondern vom realen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, d.h. die objektive Logik führt in die faschistische Diktatur, wenn nicht die außerparlamentarische Massenaktion der Arbeiterklasse eingreift.

Zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie bestehen nicht nur formale Unterschiede. Zwar besteht der soziale Inhalt aller bürgerlichen Staatsformen in der kapitalistischen Klassenherrschaft, d.h. in der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten, doch die Staatsform hat selbst wieder eine formelle und eine materielle Seite, „... eine rechtliche und eine tatsächlich-politische Seite, die unterschieden werden müssen und gerade in Zeiten des Übergangs einer Staatsform in die andere tatsächlich unterschieden sind, ja sich geradezu widersprechen können. In diesem Widerspruch zwischen rechtlicher Form und tatsächlichem Kräfteverhältnis ist aber das letztere entscheidend und bestimmend ... nicht der juristische Schein, sondern die politische Wirklichkeit.“<sup>29</sup> Der faschistische Staatsstreich ist kein juristischer Akt, sondern ein Akt der politischen Gewalt, durch den sich die faschistische Exekutive die alleinige Macht im Staate sichert, die noch parlamentarischen Kräfte werden ausgeschaltet und zertrümmert.

28– *Grundlagen und Wege der faschistischen Entwicklung in Deutschland, in: Der Faschismus ... eben da, S. 79-80*

29– *ebenda, S. 80-81*

Es wird behauptet – Thalheimer geht hier auf eine Kritik von Schlämm ein –, die Bourgeoisie würde niemals freiwillig auf die eigene politische Herrschaft verzichten. „Es kommt aber nicht darauf an, was sie will, sondern was sie unter bestimmten Bedingungen muß, d.h. wozu ihre eigenen Zwecke und die Konsequenz der Handlungen, die sie unternimmt, um diese Zwecke durchzusetzen, sie kraft ihrer inneren Logik führen. Das braucht mit ihren ursprünglichen Absichten nicht übereinzustimmen und wird es in der Regel auch nicht.“<sup>30</sup> Die italienische Bourgeoisie wollte nicht die Herrschaft Mussolinis und der Faschisten, sondern die Einschüchterung der Arbeiter, die Zerschlagung ihrer Organisationen. Da dies nur durch systematischen Terror möglich war, mußte sie auch den Aufbau faschistischer Organisationen, ihre Bewaffnung und militärische Ausbildung in Kauf nehmen. Der faschistische Marsch auf Rom spiegelte nur das veränderte Kräfteverhältnis wieder. Die Faschisten sind der aktive vorwärtsstrebende Flügel, sie führen den „Abnutzungskrieg“ gegen den Parlamentarismus – die Macht wird ihnen nicht einfach übergeben. „Man muß sich die Entwicklung nicht so kindlich vorstellen, daß die Bourgeoisie den Nationalsozialisten ‚freiwillig‘ die Macht übergebe, weil die Faschisten eine großkapitalistisch konterrevolutionäre Partei sind. Ein Teil der Bourgeoisie unterstützt die Faschisten heute aktiv und planmäßig, ein anderer Teil kämpft noch gegen sie, führt aber diesen Kampf so, daß er objektiv wider ihre Absichten den Faschisten in die Hände arbeitet und die antifaschistischen Kräfte in der Bourgeoisie zermürbt und lähmt.“

Der Prozeß der Entwicklung zum Faschismus in Deutschland ist ein verwickelter, aber darum nicht weniger folgerichtiger. Das Kommen des Faschismus ist keine Unvermeidlichkeit in dem Sinne, daß keine gesellschaftliche Macht ihr Halt gebieten könne. Aber diese gesellschaftliche Kraft kann nur die Arbeiterklasse sein.“<sup>31</sup>

Die Grundlage des Selbstzerstörungsprozesses der bürgerlichen De-

mokratie liegt letztlich darin, daß der Parlamentarismus für das deutsche „Trustkapital“ ein „Hemmnis“, eine „Fessel“ geworden ist, weil er ein „bestimmtes Maß von Zugeständnissen an die Arbeiterklasse erfordert“, im Sinne von sozialen und demokratischen Rechten, und damit ein „wesentliches Element der Unsicherheit in die kapitalistische Politik bringt. Die bürgerliche Demokratie gibt den Boden ab für „organisierten Widerstand der Arbeiterklasse. Man kann die demokratischen Rechte der Arbeiter aber nur aufheben, indem man sie allgemein für alle Klassen aufhebt. Die Kapitalherrschaft wird dadurch aber nicht geschwächt, sondern gestärkt, an die Stelle direkter, aber verschleierte Kapitalherrschaft tritt die indirekte, aber offene Kapitaldiktatur. Sie ist eine stärkere, brutālere Form der Kapitalherrschaft. Ihre moderne Erscheinung ist der faschistische Staat.“<sup>32</sup>

Die „bereits erfolgte Vereinigung der Grundmasse der Bourgeoisie auf der Grundlage des Wirtschaftsprogramms des Trustkapitals“ bedingt die beginnende Auflösung der bürgerlich-parlamentarischen Parteien. Diese „stoßen“ ihre „demokratisch-liberal-parlamentarischen Traditionen“ „stückweise ab“, andererseits verzichten die faschistischen Organisationen sukzessive auf ihr „antikapitalistisches Programm“. „Dieser Prozeß vollzieht sich in sehr bunten Formen: teils in denen eines Konkurrenzkampfs der verschiedenen Parteien und Organisationen, teils planmäßig gefördert vom Reichspräsidenten und den außerparlamentarischen Kräften der Bourgeoisie.“<sup>33</sup>

In Verfolgung der Entwicklung von „Brüning zu Schleicher“ wird dieser Prozeß im einzelnen verfolgt und analysiert.<sup>34</sup>

„Die Regierung Brüning war nicht, wie das die tolerierende Sozialdemokratie von ihr behauptet, eine Regierung, die den Parlamentarismus, die bürgerliche Demokratie gegen den Ansturm der Nazis wahrte, vielmehr baute sie unter dem Druck der Nazis stückweise die bürgerliche Demokratie ab. Diese Regierung war als

nichtparlamentarische, in erster Linie vom Reichspräsidenten und nicht vom Parlament abhängige Regierung entstanden, wenn sie auch noch aus Mitgliedern parlamentarischer Parteien bestand und deshalb die Legitimation durch eine parlamentarische Mehrheit nicht ganz entbehren konnte; sie schaltete das Parlament bewußt und planmäßig aus, sie nahm ihm seine gesetzgeberische Funktion und machte den Artikel 48, den Diktaturparagrafen der Verfassung, zur Grundlage der Regierungstätigkeit.“ Das System Brüning errichtete eine Notverordnungsdiktatur, die durch das Votum der Parlamentsmehrheit den verfassungsmäßigen Schein erhielt und durch die Unterstützung der katholischen und reformistischen Organisationen eine Basis in den Massen hatte. Brüning war am Ende, als er dies nicht mehr liefern konnte. Seine Regierung war auch nicht imstande, ein Verbot der SA durchzuführen. „Der bürgerliche Staatsapparat ist eine Waffe zur gewaltsamen Bekämpfung der Arbeiterklasse. Mit der faschistischen Konterrevolution verbinden ihn tausend Bande. Die Generalität, die über das stärkste Machtmittel des bürgerlichen Staates in Deutschland, die Reichswehr, verfügte, meuterte offen gegen das SA-Verbot und erzwang den Rücktritt des dafür verantwortlich zeichnenden Ministers Groener. Damit war das Schicksal der Regierung besiegelt, denn die Generalität war die nächste Umgebung des Reichspräsidenten und ihre Haltung deckte sich mit der seinen.“

Die Regierung Papen kam auf der faschistischen Welle zur Macht. Sie erkaufte sich die erste Duldung der Nazis durch die Aufhebung des SA-Verbots. Doch bald kam es zur Auseinandersetzung. „Die Papen-Regierung und die Kreise, die hinter ihr standen, waren keineswegs gewillt, den Nazis die ganze Macht abzutreten, sie wollten sie als Hilfskraft benutzen. Die Papen-Regierung vertrat die obersten Kreise der zivilen und militärischen Bürokratie, das Großkapital, vor allem aber die traditionell herrschgewohnten und machtlüsternen preußischen Junker, die auf eine Restauration der Wilhelminischen Monarchie lossteuern und die die Papen-Regierung zum Werkzeug ihrer monarchistischen Pläne machten. Papen vertrat ein Programm der Verfassungsreform,

30– ebenda, S. 84

31– ebenda, S. 87-88

32– *Wirtschaftliche Voraussetzungen und politische Folgerungen, in: Der Faschismus ...*, ebenda, S. 105

33– ebenda,

34– *Von Brüning bis Schleicher, in: ebenda, S. 191-194, 196*

dessen Verwirklichung die Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt hätte. Andererseits zeigten die Nazis keine Lust, sich bloß mit dem Schein der Macht abspesen zu lassen.“ Auch die Regierung Papen mußte notwendigerweise an ihren inneren Widersprüchen scheitern: „Sie konnte sich keine eigene Massenbasis schaffen, brachte vielmehr die Stimmung der Massen gegen sich auf und stieß teilweise ... auf aktiven Widerstand der Arbeiter... Die Gegensätze innerhalb des Blocks der Großbourgeoisie und Junker, der oberen Bürokratie und Generäle, auf die sich Papen stützte, wurden insbesondere durch das Scheitern des Papenschen Wirtschaftsprogramms verschärft. Die industrielle Bourgeoisie weigerte sich, die Agrarkontingente auf sich zu nehmen, was die wirtschaftlich weit schwächeren, aber politisch in der Papen-Regierung führenden Großagrarien forderten. Die Generalität ... nahm deutlich Abstand von den Junkern, mit denen sie durch Herkunft auf das Innigste verknüpft ist und unterstützte die politischen und wirtschaftlichen Bedenken des Industrie- und Handelskapitals gegen die Junkerpolitik Papens.“

Die folgende Regierung Schleicher wurde von denselben Widersprüchen zerfressen. Schleicher versuchte sich als „Wohltäter aller Klassen“ aufzuspielen, aber die Regierung des „sozialen Generals“ ist eben keine faschistische Diktatur. „Die Schleicher-Regierung ist nicht fähig, die einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie zu zwingen, ihre Sonderinteressen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Sie kann nicht wie eine faschistische Diktatur alle politischen Organisationen des Kapitals außerhalb des Staatsapparats beseitigen; die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie haben die Möglichkeit, ihre Interessengegensätze in der Weise auszutragen, daß sie politische Organisationen gegeneinander und gegen die Regierung ausspielen, so vor allem die faschistische Partei, deren Ziel es allerdings ist, alle kapitalistischen Sonderinteressen dem kapitalistischen Gesamtinteresse ... unterzuordnen.“ Gerade dadurch unterscheidet sich der Faschismus von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft: „Eine faschistische Diktatur, die die politische Herrschaft der Bourgeoisie beseitigt hat, zwingt die

einzelnen Kapitalistengruppen, ihre Sonderinteressen dem allgemeinen Klasseninteresse des Kapitals unterzuordnen. Sie verbindet den Werktätigen gegenüber die Phrase der sozialen Demagogie mit der Praxis der rücksichtslosesten Verfechtung der Kapitalangriffe, wobei sie sich durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen davor schützt, daß die Massen ihre Versprechungen ernst nehmen, sich gegen ihre Ausbeuterpolitik zur Wehr setzen.“

Mit der Bildung der Regierung Hitler-Papen ist schließlich die faschistische Diktatur errichtet. Das Wesentliche der faschistischen Machtübernahme zeigt sich in der „Verschmelzung der faschistischen Partei mit dem offiziellen Regierungsapparat“, im Kommando der Faschisten über diesen Staatsapparat und der „Eingliederung der faschistischen Terrororganisationen“.<sup>35</sup>

u.w.

### Nachbemerkungen der Redaktion:

Die Bezeichnung „Faschismus“ wird, auch von den Linken, sehr oft mißbräuchlich für alle brutalen Diktaturen verwendet. Es kommt deshalb darauf an, den wahren Charakter des Faschismus herauszuschälen, um zu richtigen politischen Schlußfolgerungen zu kommen.

Der Artikel dient dem Verständnis des Wesens des Faschismus und den dabei zugrundeliegenden Klassenverhältnissen. Sind auch die Erkenntnisse über die Wesenszüge des Faschismus und seiner Ziele nach wie vor gültig, ist andererseits für die Anwendung auf gesellschaftliche Entwicklungen der Gegenwart eine konkrete Analyse der veränderten politischen und ökonomischen Verhältnisse unumgänglich. Die Unterschiede bezüglich der Konstellationen und Kräfteverhältnisse, auf die der Aufstieg des Faschismus in Deutschland (und anderswo) in den 30-er Jahren basierte, sind wesentlich.

Der katastrophale Niedergang des Kapitalismus in der großen Weltwirtschaftskrise der 30-er Jahre und das Bestehen einer Kommunistischen Weltbewegung, die Existenz von zwei großen Arbeiterparteien in Deutschland finden in den gegenwärtigen

Verhältnissen in Deutschland keine Parallele. Sowohl die faschistische Bedrohung und die mit ihr verbundene Kriegsgefahr, wie auch der mißlungene Versuch, beides durch Klassenkampf und Einheitsfrontpolitik abzuwehren, hatten die damaligen sozialen und politischen Niedergangsentwicklungen zur Grundlage. Die ersten Jahrzehnte nach dem II. Weltkrieg waren in den westlichen Metropolen von einem Aufschwung des Kapitalismus geprägt. Die herrschende Klasse bedurfte zur Sicherung ihrer Existenz und zur wirtschaftlichen Expansion keiner faschistischen Diktatur. Die sozialen Verbesserungen der Massen entzogen einer faschistischen Bewegung die Grundlagen. Die parlamentarische Demokratie und die „Sozialpartnerschaft“ in der BRD entsprachen den Bedürfnissen der Profitmaximierung in der Periode der Weltkonjunktur. Deren nunmehrige politische Zersetzung und der soziale Abbau entspricht dem gegenwärtigen Stand der Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland. Auch bei einer Verschärfung der Krise kann die Kapitalistenklasse mit verschiedenen Formen der Machtausübung antworten, sofern sie nicht auf entsprechenden Widerstand stößt. Eine bloße Übertragung der Weimarer Verhältnisse auf die Entwicklung der nächsten Zukunft wäre deshalb unzulässig. Die damalige Faschismusanalyse der KPO kann uns aber wertvolle Erkenntnisse und Lehren vermitteln, wenn wir es verstehen sie auf die heutigen Verhältnisse anzuwenden.

Der Faschismus war die Antwort der herrschenden Klasse auf die Katastrophe ihres kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Der Faschismus war das Mittel zur Verhinderung einer sozialistischen Revolution und der Formierung zum Krieg.

Solange es den Kapitalismus mit seinen tiefen Krisen, Widersprüchen und Kriegen gibt, bleibt grundsätzlich die Bedrohung durch den Faschismus bestehen. So wichtig der geistige und politische Kampf gegen faschistische Bestrebungen bleibt, letztlich kann der Faschismus aber nur durch einen Aufschwung des Klassenkampfes und durch die sozialistische Revolution verhindert werden.

# Überlegungen zur Revolution

Die wohl bekannteste Kurzfassung der Grundsätze der materialistischen Geschichtsauffassung hat Marx in der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie (MEW, Bd. 13, S. 8/9.) dargelegt:

*„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt. Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt.“*

*Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um: Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muss man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten.“*

*Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebenso wenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewusstsein beurteilen, sondern muss vielmehr dies Bewusstsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhan-*

*denen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.*

*Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden.*

*Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinn von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorchwachsenden Antagonismus, aber die im Schoß der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab.“*

Diese Stelle kennt jeder marxistisch einigermaßen gebildete Mensch. Es ist eine Reihung von Sätzen, von denen viele auch einzeln häufig zitiert werden. Jeder für sich genommen enthält eine so komplexe Inhaltlichkeit, dass darüber lange und intensiv diskutiert werden kann. In der prägnanten Kürze des ganzen Absatzes ist es eine geniale Konzeption materialistischer Geschichtsauffassung, die natürlich Ergebnis intensiven Forschens, Nachdenkens und Schreibens von Marx und Engels ist.

Wir nehmen uns hier nur das Basis-Überbau-Modell heraus. Ändert sich die „ökonomische Grundlage (...) wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um“. Menschen, die sich ideologisch einer „ökonomistischen“ Denkweise verpflichtet fühlen, schlie-

ßen hier gern darauf, dass die ökonomische „Basis“ den „Überbau“, also v. a. den Staatsapparat und das Denken der Menschen, unmittelbar determiniert - mit bestenfalls wenig Spielraum. Das ist weit gefehlt. Nach dem Marx'schen Modell ist von „langsamem“ oder „raschem“ Umwälzen des Überbaus die Rede. Was sagt uns das für die bestehenden Gesellschaften? Vor allem aber, was sagt uns das für die Bedeutung von Revolutionen? Wo liegt -unter der Beachtung dieses Modells- ggf. der Unterschied zwischen „bürgerlichen“ und „sozialistischen“ Revolutionen?

Von welchem Zeitraum an kann man in der Weltgeschichte von Kapitalismus als herrschender Produktionsweise sprechen? Immanuel Wallerstein gibt in seinem inzwischen vierbändigen Werk „The Modern World System“ (Das moderne Weltsystem, vgl. Arbeiterpolitik 3/4 2015, S. 29) den Beginn des Kapitalismus in der europäischen Landwirtschaft mit dem 16. Jahrhundert an. Die volle Entfaltung des Kapitalismus in der „Basis“ brauchte natürlich eine Zeit, die Umwälzung des „Überbaus“ noch länger. Es lief auch unterschiedlich in den einzelnen Regionen. Mitte des 17. Jahrhunderts hatten wir die ersten erfolgreichen bürgerlichen Revolutionen in England, wo die kapitalistischen Verhältnisse in der Basis schon sehr weit vorangekommen waren, und in den Niederlanden. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts dann ereigneten sich die Revolutionen in Nordamerika und Frankreich. Noch länger dauerte das in Deutschland: Abschaffung der Leibeigenschaft unter dem Druck der Niederlage gegen Napoleon Anfang bürgerlicher Revolutionsversuch Mitte des 19. Jahrhunderts, schließlich die Vollendung der bürgerlichen Staatsverfassung in der Novemberrevolution 1918 (die als Arbeiterrevolution begonnen hatte). Die letzten Schlacken des Feudalismus beseitigte dann jedoch erst die Bodenreform der DDR.

Der Zeitablauf macht deutlich, was diese bürgerlichen Revolutionen gemeinsam haben: Sie waren samt und sonders nicht auf Veränderungen an der ökonomischen Basis (den Produk-

tionsverhältnissen) gerichtet, sondern zielten auf die revolutionäre Anpassung („Umwälzung“) des Überbaus an die bereits kapitalistische Basis. Bürgerliche Revolutionen -so kann man jetzt folgern- endeten in der Regel mit der Eroberung der politischen Macht durch Vertreter der bereits ökonomisch herrschenden Klasse. Solche Modellskizzen sind natürlich immer eine Vereinfachung. Die Revolutionsverläufe zeigen tiefgreifende und lang anhaltende Auseinandersetzungen mit den Vertretern der alten Mächte, zwischen den Klassen, einzelnen Klassenfraktionen, Parteien unterschiedlicher politischer Auffassungen etc. Im Falle Frankreichs etwa gab es nicht nur die Konflikte und Staatsstürze in der großen Revolution von 1789 bis 1795, sondern diese zogen sich mit Rückschlägen und neuen Anläufen bis zur Pariser Kommune von 1871 hin. Aber prinzipiell gab es kein Zurück hinter die einmal erreichte Periode der bürgerlichen Herrschaft.

Die bürgerlichen Revolutionäre übernahmen gewissermaßen das politische Management einer Gesellschaft, die ökonomisch bereits nach ihren Maßstäben funktionierte. Dennoch heißt das nicht, dass die bürgerliche Revolution nicht notwendig gewesen sei. Engels: *„Diesem gewaltigen Umschwung der ökonomischen Lebensbedingungen der Gesellschaft folgte indes keineswegs sofort eine entsprechende Änderung ihrer politischen Gliederung. Die staatliche Ordnung blieb feudal, während die Gesellschaft mehr und mehr bürgerlich wurde.“* (zitiert nach: Perry Anderson, Die Entstehung des absolutistischen Staates, Frankfurt 1979, S. 26) Bei einer anderen Gelegenheit wird Engels noch grundsätzlicher; er vergleicht die *„... Grundbedingung der alten absoluten Monarchie: (das) Gleichgewicht zwischen Grundadel und Bourgeoisie (mit der) Grundbedingung des modernen Bonapartismus: das Gleichgewicht zwischen Bourgeoisie und Proletariat (ebd., S. 17).“* Die Aufgaben der bürgerlichen Revolution und der bürgerlichen Revolutionäre wurden durch die unter der feudalen Oberfläche an der Basis prozessierenden kapitalistischen Umwälzungen nicht überflüssig, sondern vorbereitet und erleichtert.

Bei der sozialistischen Revolution ist das anders. Die politische Machteroberung durch Vertreter der Arbeiterklasse ist nicht der Abschluss,

sondern erst der Anfang der Revolution. Sie betrifft zunächst nur den Überbau. Die eigentliche Aufgabe, die Umwälzung der ökonomischen Basis, kommt erst noch. Die Bolschewiki mussten das Rad neu erfinden. Das gesellschaftliche Sein bestimmt das Bewusstsein. Der Sozialismus musste mit Menschen aufgebaut werden, die noch in einer von der Basis her kapitalistisch bestimmten Gesellschaft aufgewachsen waren und deren Traditionen sie noch lange beherrschten. Das markiert einen gewaltigen qualitativen Unterschied.

Die „Basis“ hatte also nicht viel Zeit, neue Strukturen zu bilden, und der „Überbau“ nicht viel, sich „umzuwälzen“. Daher boten sie der Reaktion unendlich viele Ansatzpunkte, von außen und von innen einzugreifen. Die Bolschewiki hatten mit ihrer aus der Not geborenen Strategie prinzipiell recht: Der Weg zur Revolution musste global umfassend sein, sonst blieb am Ende nur die Durchhaltestrategie (Lenin: *„... , dass die Staatsmacht in den Händen des Proletariats bleibt und sich festigt“*).

Mit diesen Ausführungen soll nicht behauptet werden, dass ein anderer Weg bzw. eine Korrektur der Entwicklung durch eine andere Politik, eine gezieltere Bewusstseinsbildung etc. völlig unmöglich gewesen wären. Aber es sollte in der Geschichtsschreibung grundsätzlich nicht (oder nur in bestimmten Ausnahmefällen) Thema sein, was hätte sein können. Die Aufgabe besteht darin, festzustellen, was ist bzw. was war und worin dafür die Gründe lagen. Die Unterschiede zwischen bürgerlicher und sozialistischer Revolution markieren die Schwierigkeiten. Sie waren so groß, dass die Umwälzung von Basis und Überbau viel Zeit, Generationen verlangt haben.

Wann genau das Schicksal der Russischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus in Russland „besiegelt“ war -von Anfang an, in der Stalin-Zeit, den Breschnew-Jahren oder unter Gorbatschow-, ist müßig zu entscheiden. Jede dieser Phasen hatte ihre eigenen Probleme, mit den Grundvoraussetzungen fertig werden zu müssen. Diese sind von Russland aus allein nicht zu bewältigen. Es soll nicht behauptet werden, dass die Entwicklung unausweichlich war, aber sie war schwer belastet, und von daher lassen sich das Scheitern erklären und weitergehende Schlüsse ziehen.

Nehmen wir die sogenannte „Stagnation“ der Breschnew-Jahre: Immerhin gehörte damals ein Drittel der Welt zum sozialistischen Lager, wenn man die Sowjetunion und ihre Verbündeten sowie China, Vietnam und Nordkorea bei allen Differenzen und Konflikten so zusammenfasst. Isoliert war Russland also nicht mehr. Aber es blieb das Problem, dass in diesen Ländern die gleiche Grundvoraussetzung der sozialistischen Revolution bestand, dass ihre ökonomische Basis, die sozialistischen Produktionsverhältnisse, erst geschaffen werden musste. Immerhin, schaut man sich die ökonomisch-technische Entwicklung in der Sowjetunion an, dann sah das bis in die 60er Jahre gar nicht so schlecht aus. Aber sie fiel von dieser Zeit an gegenüber dem kapitalistischen Westen zurück. Zu den zentralen Gründen gehörte die Steigerung der Produktivkräfte durch die mikroelektronische Umwälzung der Produktion, die die westlichen Länder vorantrieben und die das sowjetische System nicht zu bewältigen verstand.

Theoretische Überlegungen ersetzen natürlich nicht die empirische Aufarbeitung, sondern bilden ihre Grundlage. Auch die beste Aufarbeitung ändert nichts daran, dass wir die Geschichte nicht zurückholen können, sondern nach vorn bzw. um uns herum blicken müssen. Da bleiben uns gegenwärtig nur die Analyse der Ereignisse und die Teilnahme an den Klassenkämpfen und politischen Konflikten mit den Möglichkeiten, die wir haben.

25.10.2016

Anzeige

## Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920  
Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 1,50 €.  
Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

# Ist die Türkei auf dem Weg zum Faschismus?



*Die HDP-Abgeordnete Sebahat Tuncel wird in Diyarbakir von der Polizei verhaftet.*

Die Ereignisse in der Türkei überschlagen sich. Das Land befindet sich seit Jahren im Bürgerkrieg. Das Recht auf freie Meinungsäußerung stand schon vor dem Putsch unter Vorbehalt, missliebige Äußerungen wurden mit Anklagen, Geld- und Gefängnisstrafen oder Schließung der entsprechenden Medien bekämpft, gewählte BürgermeisterInnen abgesetzt, ganze Rathäuser unter Zwangsverwaltung des Staates gestellt. Auch das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und das Streikrecht standen schon immer nur auf dem geduldigen Papier. Gerichtsurteile wurden von den Herrschenden offen ignoriert, das bekannteste Beispiel ist der Präsidentenpalast, der ein Schwarzbau ist.

Erdoğan wurde im August 2014 zum Staatspräsidenten gewählt. Bis dahin waren die Staatspräsidenten vom Parlament gewählt worden und hatten neben der repräsentativen Rolle als höchste Vertreter des Staates nur symbolische Macht, wie die Regierungsbildung zu beauftragen und das Abnicken von Gesetzen. Ein Staatspräsident musste überparteilich sein, d.h. er legte nach seiner Wahl Parteiämter nieder und ließ seine Mitgliedschaft ruhen und durfte sich nicht in die Tagespolitik einmischen.

Mit Erdoğan wurde dies alles anders. Schon zuvor war das Wahlgesetz so geändert worden, dass der Präsident direkt gewählt werden konnte. Das Ziel war klar, die Regierungsform der Türkei sollte in ein Präsidialsystem umgewandelt werden, in Erdoğans Worten „nach türkischen Art“, was das auch immer sein sollte. Die Direktwahl sollte ihm möglichst günstige Startbedingungen verschaffen, was ihm auch gelang. Er bekam 51,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. In der Folgezeit hielt er sich nicht an die Gepflogenheiten und Gesetze, die die Tätigkeit eines Staatspräsidenten beschreiben, mischte sich ins Tagesgeschäft, brüskierte den Ministerpräsidenten, machte Wahlkampf für die AKP und forderte immer lauter die Verfassungsänderung zu einem Präsidialsystem.

Nach dem gescheiterten Putsch hat Erdoğan nun endgültig alle Macht an sich gerissen und regiert das Land seitdem mit Präsidialdekreten. Die wesentlichen Tatsachen sind bekannt: zehntausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind entlassen, Tausende sitzen in U-Haft ohne Anklage, hunderte Zeitungen, Zeitschriften, Sender sind geschlossen worden; daneben Kindergärten, Schulen, Universitäten; Vereine und Gewerkschaften sind verboten worden, in der Regel ohne dass die

Betroffenen einen formellen, juristischen Beschluss bekommen hätten.

Zusätzlich wurden über 500 Betriebe, die angeblich den Putschisten/Terroristen gehören sollen, in eine Treuhandgesellschaft überführt. Alleine die beschlagnahmten 62.000 Immobilien sind vermutlich mehrere Milliarden Euro wert. Dazu kommen die Maschinen und Rohstoffe/Lagerbestände, diverse Luxusgüter, Aktienfonds, Guthaben auf den beschlagnahmten Privat- und Geschäftskonten, Bargeld, Schmuck ... Es ist zur Zeit nicht möglich das ganze Ausmaß der Enteignung in Geld auszudrücken, aber es ist eine große Ausplünderung der einen Kapitalfraktion durch die andere.

Bisher werden diese Betriebe durch den von der Regierung eingesetzten Treuhänder verwaltet, irgendwann werden sie wieder „reprivatisiert“, wer dann zum Zuge kommen wird, werden wir sehen. Das Umfeld von der Staatspräsidenten wird nicht zu kurz kommen, vermutlich werden auch die „alten Kapitalgruppen“ einiges abbekommen, damit es nicht zu sehr nach Vetternwirtschaft aussieht.

Als Grund für dieses Vorgehen wird pauschal der Putschversuch durch die „FETÖ“ genannt, die „Fettullah-Terrororganisation“. Seit sich Erdoğan mit dem Islamisten Gülen entzweit hat, lässt er das Gülen-Netzwerk nur noch so nennen.

## Der Putsch

Wir stellen nicht alle Einzelheiten dar, die wesentlichen Abläufe sind auch in den hiesigen Medien berichtet worden. Tage nach dem Putsch gab das Oberkommando der Armee bekannt, dass es am Putschtag um 12 Uhr vom MIT (Türkischer Geheimdienst) über den bevorstehenden Putsch informiert worden sei.

Hier eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse:

Am 15. Juli, gegen 22:00 Uhr besetzen in Istanbul und Ankara die Militärs mit einigen Panzern und

Fahrzeugen öffentliche Plätze und Brücken, die Kasernen der paramilitärischen Polizeieinheiten und das Parlamentsgebäude werden durch Kampfflugzeuge und Hubschrauber beschossen. Vor dem Istanbuler Flughafen fährt ein Panzer vor und einige Soldaten postieren sich davor. Alle privaten und öffentlichen Sender können weiter senden und berichten live von dem Putsch, keiner der regierenden Politiker ist festgesetzt. Erst gegen Mitternacht wird ein staatlicher Fernsehsender besetzt und die Nachrichtensprecherin muss die Erklärung der Putschisten verlesen. Ein Rat des „Friedens im Land“ hätte die Macht übernommen um die verfassungsmäßige Ordnung, die Menschenrechte, den Rechtsstaat und die öffentliche Sicherheit wiederherzustellen.

Noch in der Nacht bekommen alle Mobiltelefonbesitzer eine SMS von Erdoğan, worin er die Menschen aufruft für die „legitime Regierung und die Freiheit im Land“ einzutreten. Ab ein Uhr in der Nacht wird von den Minaretten an die Bevölkerung appelliert, sich auf den Straßen und Plätzen zu versammeln um die Demokratie zu verteidigen. Allein diese beiden Ereignisse zeigen, dass die Regierung wohl auf den Putsch vorbereitet war.

Im Morgengrauen wird klar, dass der Putsch gescheitert ist, auch wenn noch einige Schießereien fort dauern. In der Putschnacht starben nach Regierungsangaben über 260 Menschen, davon 173 Zivilisten. Unmittelbar nach dem Putschversuch kündigte Erdoğan „Säuberungen“ an und nannte den Putschversuch „ein Geschenk Gottes“.

Offiziell wird als Urheberin des Putsches die Gülen-Bewegung genannt. Sie hätte die „ruhmreiche türkische Armee infiltriert.“ Was meiner Ansicht nach Unsinn ist. Vermutlich standen einige hohe Militärs tatsächlich dieser religiösen Gemeinde nah, dass sie aber die Armee unterwandert hätte, ist weit hergeholt. Der Putschversuch scheint eher von einem informellen Bündnis aus verschiedenen Kreisen getragen worden zu sein: unzufriedene, von der Entlassung bedrohte rechtskemalistische Mili-

tärs, Gülen-Anhänger in der Verwaltung usw.

Alle politischen Kräfte und im türkischen Parlament vertretenen Parteien verurteilten den Putschversuch noch in der Nacht.

In der ersten Säuberungswelle wurden tausende Militärs – darunter ein Drittel der Generäle – , Polizisten, Richter und Staatsanwälte festgenommen. Es folgten zehntausende Entlassungen der Beschäftigten in der Verwaltung und Bildung. Diese Maßnahmen waren offensichtlich schon zuvor geplant und die „schwarze Listen“ schon angelegt gewesen, wie



Von der Polizei verwüstete HDP-Büro. Anschließend haben sie an die gesprüht: „Wir haben euch besucht, ihr ward nicht da“

verschiedene Regierungsangehörige bestätigen.

### Putsch nach dem Putsch

Waren diese ersten Repressionswellen gegen vermeintlichen Gülen-Anhänger und Putschisten gerichtet, wurden bald auch andere Oppositionelle zum Ziel – Journalistinnen und Journalisten und Mitglieder der HDP wurden festgenommen, über zehntausend Mitglieder der Bildungsgewerkschaft Eğitim-Sen aus dem Schuldienst entlassen.

Schon am nächsten Tag rief die Regierung die Bevölkerung dazu auf, allabendlich auf den öffentlichen Plätzen „Demokratie-Wachen“ zu veranstalten. Ein Dekret forderte die Kommunen auf, bis auf weiteres die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen, damit möglichst viele an diesen Kundgebungen teilnehmen können. Erst nach drei Wochen beendete Erdoğan die „Demokratie-Wachen“.

Waren in der Putschnacht, außer dem harten Kern der AKP-Anhänger, Dschihadisten und Grauen Wölfen kaum Menschen auf der Straße, konnte die Regierung jetzt auch ihre Wählerinnen und Wähler mobilisieren.

Am 21. Juli wurde der Ausnahmezustand über die ganze Türkei verhängt und Anfang Oktober für drei Monate verlängert. Seitdem regiert Erdoğan mit Verordnungen am Parlament vorbei. Alle Maßnahmen wie Verbote, Beschlagnahmungen usw. beruhen auf diesen Verordnungen mit Rechtskraft.

Die Opposition existiert faktisch nicht mehr. Die kemalistische CHP ist in sich gespalten, schwankt zwischen Verteidigung der letzten bürgerlichen Rechte in Parlament und Gesellschaft und der Unterstützung der AKP in ihrem Kriegskurs gegen die kurdische Bewegung. Die faschistische MHP ist in faktischer Koalition mit der AKP, unterstützt Erdoğan in seinem Streben nach Verfassungsänderung hin zu einem Präsidialsystem und seinem brutalen Vorgehen gegen

die Opposition.

Die HDP, geschwächt durch die Festnahmen und Zwangsverwaltung der von ihr regierten Rathäuser, ist mittlerweile gesellschaftlich isoliert. Zehn ihrer Abgeordneten und der Parteivorsitzende wurden ebenso wie hunderte Politikerinnen und Politiker der Partei ins Gefängnis geworfen. Außerdem wurde die Immunität fast aller ihrer Parlamentsabgeordneten aufgehoben, ihnen droht jederzeit eine Verhaftung.

Zu Schulbeginn waren über eine Million Schülerinnen und Schüler ohne Lehrkräfte, einige Schulen sind bis heute wegen LehrerInnenmangel geschlossen.

Eine freudige Nachricht gab es für Strafgefangene: 38.000 von ihnen sollen entlassen werden, um die durch die neuen Massenverhaftungen überfüllten Knäste etwas zu entlasten. Die Regierung scheint aber noch Schlimmeres vor zu haben: in den nächsten fünf Jahren sollen Knäste für mindesten 100.000 Gefangene gebaut werden.

## Wie kam es dazu?

Im Nachhinein kann man die AKP nur bewundern, wie sie ihr Projekt, die Durchdringung und Übernahme der Institutionen Schritt für Schritt verwirklichte. In den ersten Jahren ihrer Regierung startete sie einerseits eine neoliberale Offensive: die staatlichen und öffentlichen Betriebe und Infrastruktureinrichtungen wurden privatisiert, der Arbeitsmarkt dereguliert. Da der Widerstand dagegen, angesichts der schwachen Gewerkschaften marginal war, konnte er entweder ignoriert werden oder mit Hilfe der Repressionsorgane niedergeschlagen werden. Hilfreich war auch der Klientelismus, etwa bei der Einstellungen in den öffentlichen Dienst oder bei der Hilfe für Bedürftige unter Umgehung der offiziellen Wege.

Daneben durchsetzte die Partei mit Hilfe der Gülen-Bewegung die Verwaltung mit ihren Anhängern.

Dazu gehörte auch die Entmachtung der alten Eliten, dort wo sie durch besondere Umstände nicht einfach ausgetauscht werden konnten, z.B. in der Armee. Dass die türkische Armee nicht gerade ein Hort der Demokratie war und ist, ist allseits bekannt. So weinte auch den Generälen kaum jemand eine Träne nach, als sie teilweise mit grob gefälschten Anklagen aus dem Dienst entfernt und vor Gericht gestellt wurden. Die ganze Gesellschaft hatte unter diesen putschistischen Offizieren gelitten: die Linke, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die kurdische Bevölkerung, die Liberalen, die Kunstschaffende und, ja auch die Islamisten.

Die AKP hat aufgrund ihres islamistischen Selbstverständnisses auch kein Problem damit, die kurdische Identität anzuerkennen. Solange sie sunnitischen Glaubens sind, gehören sie zur Gemeinde, zur „Millet“. Die osmanische, islamische Gesellschaftsverfassung kannte Begriffe wie Volkszugehörigkeit und Nation nicht, das Wort „Millet“, das heute in der Türkei als Synonym für Nation verwendet wird, war die Bezeichnung für Religionsgemeinschaften.

Die strikten Sprachverbote wurden aufgelockert, es durfte in Sprachkursen kurdisch gelehrt werden, bis zu einem gewissen Grad wurde die kurdische Sprache in öffentlichen Ämtern in den kurdisch regierten

Rathäusern toleriert, sogar der staatliche Sender TRT nahm kurdische Sendungen auf. 2013 wurde bekannt, dass über den türkischen Geheimdienst Verhandlungen mit der kurdischen Seite geführt wurden.

Wann es zum Bruch zwischen Erdoğan und Gülen kam, ist nicht genau festzustellen. Da gehen die Meinungen auseinander ob die Hinwendung Erdogans zu den arabischen Ländern und seine offen zur Schau getragene Sympathie für die Muslimbrüder ursächlich war, die Verschlechterung der Beziehungen zu Israel, der „Friedensprozess“ mit der kurdischen Bewegung oder erst die Korruptionsermittlungen von Staatsanwälten in der unmittelbaren Umgebung von Erdoğan. Vermutlich war es ein „Emanzipationprozess“ von Erdoğan und seiner AKP, weil sie meinten die Gülen-Gemeinde nicht mehr zu brauchen.

Ein Problem für die AKP und Erdoğan entstand erst, als sich abzeichnete, dass die kurdische Bewegung sich nicht in die Pläne der AKP einfügen wird. Als die HDP aus den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 mit 13,1 Prozent hervorging und die AKP keine Mehrheit für eine Alleinregierung bekam, waren die Pläne von Erdoğan für ein Präsidialsystem hinfällig.

Eine große Rolle für den Erfolg der HDP spielte das weitverbreitete Unbehagen in der Bevölkerung über die zunehmende Verschmelzung der Regierungspartei AKP mit dem Staat und das immer repressivere, Gerichtsurteile ignorierende Vorgehen. Dazu kam die Unzufriedenheit über die Syrien-Politik der AKP und ihre feindliche und gehässige Haltung zu Rojova.

Da Erdoğan mit diesem Wahlergebnis seine Pläne nicht verwirklichen konnte, ließ er die für eine Regierungsbildung vorgesehenen 45 Tage verstreichen, damit durch Neuwahlen die Ergebnisse in seinem Sinne korrigiert werden würden.

Den folgenden Wahlkampf führte die AKP sehr aggressiv. Um die an die faschistische MHP verlorenen Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen, versuchte sie diese an nationalistischem und faschistischem Vokabular noch zu überbieten. Sie mobilisierte ihren Parteimob gegen HDP-Parteibüros und Kundgebungen, griff

missliebige Zeitungsredaktionen und Journalisten an und zerschlug kurzer Hand ganze Konzerne unter faden-scheinigen Argumenten („Anhänger der Terrororganisation Gülen“) um deren Zeitungen und Fernsehsender in die Hand zu bekommen. Im Verlauf des Wahlkampfes wurden hunderte HDP-Büros niedergebrannt und verwüstet. Auf Kundgebungen und Wahlkampfveranstaltungen der HDP wurden Bombenanschläge verübt, mehrere Menschen starben dabei.

Am 20. Juli wurden in Suruç an der Grenze zu Syrien durch Selbstmordattentäter 32 Mitglieder einer sozialistischen Jugendorganisation, die für den Wiederaufbau nach Kobanê reisen wollten, ermordet. Daraufhin eskalierten auch die militärischen Kämpfe zwischen der PKK und der türkischen Armee und Sondereinheiten der Polizei. Schon einige Tage später bombardierten türkische Flugzeuge zum ersten Mal seit 2011 wieder PKK-Stellungen im Nordirak.

Verschiedene Berufsverbände, Gewerkschaften und sozialistische und demokratische Parteien forderten auf Kundgebungen und Demonstrationen einen Waffenstillstand und Gespräche für die friedliche Beilegung des Konflikts. Am 10. Oktober starben auf der Auftaktkundgebung einer Friedensdemonstration unter dem Motto „Arbeit, Frieden und Demokratie“ in Ankara durch zwei Selbstmordattentäter über 100 Menschen. Unter diesen Umständen sagte die HDP alle ihre Wahlkampfveranstaltungen ab, nachdem Sicherheitskräfte gewarnt hatten, dass weitere Anschläge geplant seien. Natürlich richtete sich diese massive Gewalt nur gegen linke Organisationen und kurdische Einrichtungen.

In dieser Situation, in einer Atmosphäre von Gewalt und Angst fanden die Wahlen statt. Die AKP bekam fast 50 Prozent der Stimmen und kann die Regierung alleine stellen.

## Wie weiter?

Auch wenn es nicht den Anschein hat: der Sitz der AKP wackelt immer wieder, der Putschversuch hat gezeigt wie dünn die seidenen Fäden sind, die sie an der Macht erhalten. Deshalb versucht Erdoğan die Diktatur weiter voran zu treiben und auch

verfassungsmäßig abzusichern. Die Zufriedenheit im Land wird, wenn die Nebel des Putsches und Gegenputsches sich gelichtet haben nicht wachsen.

Die privaten Haushalte sind hoch verschuldet. Schon heute können über eine Million Bürgerinnen und Bürger ihre Kreditkarten-Schulden nicht mehr bezahlen. Die Verschuldung der Bevölkerung hat sich seit 2008 vervierfacht, das Gesamtkreditvolumen beträgt mittlerweile 45 Milliarden US-Dollar.

Auch die Immobilien-Blase wird immer größer; seit 2013 sind die Preise für Grundstücke und Wohnungen um 28 Prozent gestiegen, die ausstehenden Hypothekenkredite haben sich seit 2005 versechsfacht.

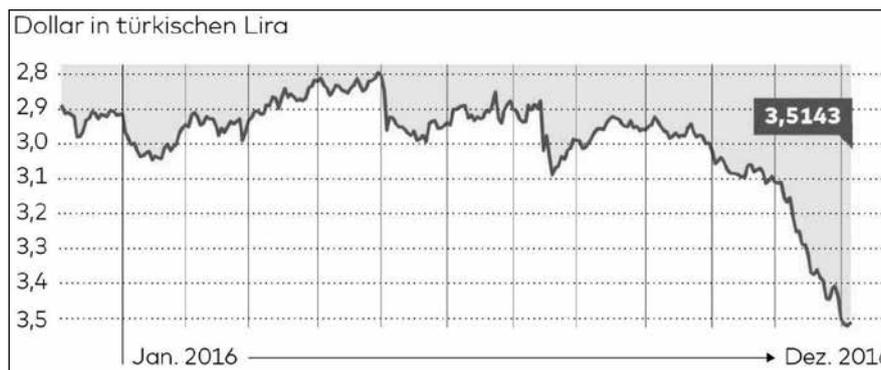
Dabei beruht „das Wirtschaftswunder“ der Türkei auf Bautätigkeit und Privatkonsum, beides auf Pump finanziert. Dass die Verschuldung des Staates im internationalen Vergleich gering ist, verschleiern die Tatsache, dass ohne stetigen Kapitalzufluss aus dem Ausland die ganze Wirtschaft zusammenbrechen würde.

Auch die Privatwirtschaft ist hoch verschuldet, braucht sie doch für ein fertiges Produkt fast 50 Prozent importierter Vorprodukte. Dafür sind Devisen nötig, doch das türkische Handelsbilanzdefizit bewegt sich seit Jahren um die 25 Prozent. Es werden also erheblich mehr Waren eingeführt als exportiert. Eine Änderung ist nicht im Sicht.

Die Lira verliert seit Jahren an Wert gegenüber Dollar und Euro, was zwar die türkischen Exporte begünstigt, aber da fast der gesamte Energiebedarf aus dem Ausland abgedeckt werden muss und die erwähnten industriellen Vorprodukte gegen Devisen gekauft werden müssen, wird sich die Handelsbilanz der Türkei weiter verschlechtern.

Von Zeit zu Zeit versucht die türkische Zentralbank durch Devisenverkäufe die Lira zu stabilisieren. Seit Anfang November hat sich der Wertverlust der Lira stark beschleunigt. Vor einigen Tagen rief Erdoğan die

Bürgerinnen und Bürger des Landes dazu auf, ihre ersparten Devisen in Lira umzutauschen. Das wäre jetzt eine „Bürgerpflicht“, um das „Spiel gewisser Leute zu durchkreuzen.“ Wer diese Leute sind, ließ er im Ungewissen. Wer könnte das aber sein? Auch wenn Erdoğan nicht immer klar ausspricht, seine AnhängerInnen wissen: entweder die gewissenlosen Gülen-Leute oder die „westlichen Mächte“ die die „Türkei nicht so mächtig sehen wollen“.



Der einzige Weg um den Kapitalzufluss aufrecht zu erhalten, sind hohe Zinsversprechen an die Anleger, was wiederum die Schuldenfalle noch mehr zuspitzt.

### Politischen Kräfte

Erdoğan versucht mit allen Mitteln die Opposition nieder zu halten. Die HDP ist – wie erwähnt – gesellschaftlich isoliert, die größte Oppositionspartei CHP schwankt zwischen Unterstützung der AKP und halbherzigen Versuchen Oppositionsarbeit zu leisten. Sie ist zerrissen zwischen ihren links- und rechtskemalistischen Flügeln. Die Anschläge der kleinen kurdischen Gruppen, wie kürzlich in Istanbul befördert nicht gerade die öffentliche Opposition im Lande. Schnell ist die AKP mit dem Landesverrat- und Terrorismus-Vorwurf zur Hand.

Mit dem eskalierenden Krieg im Osten des Landes wächst auch die von Faschisten und der Regierung angefachte Lynch-Stimmung gegen alle, die noch nicht zu eingeschüchtert sind, um auf die Straße zu gehen. Den sozialistischen und kommunistischen Gruppen und Parteien werden die Presseorgane verboten, ihre Tätigkeit eingeschränkt. Alle Versuche der

fortschrittlichen Gewerkschaften und linken Gruppen eine gemeinsame Front gegen die Diktatur aufzubauen sind bisher gescheitert. Die türkische Linke kann sich immer noch nicht auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, was angesichts der Entwicklung fatal ist. Es ist zu befürchten, dass die Regierung die Linke in die Illegalität treiben wird. Was dann kommen wird, möchte man sich nicht vorstellen.

Die Gewerkschaften verhalten sich größtenteils passiv; die Gewerkschaften, die trotzdem wagen auf die Straße zu gehen, oder die Rechte ihrer Mitglieder verteidigen werden ver- und behindert; Kundgebungen verboten, Gewerkschaftsversammlungen untersagt.

Außerdem ist die Gewerkschaftsbewegung weiterhin schwach, nur ein Bruchteil der Beschäftigten sind organisiert.

Der Unternehmerverband des Großkapitals TÜSIAD mahnt die Regierung die Pressefreiheit und das Recht auf Privateigentum zu achten. Bis auf einige Warnschüsse hat Erdoğan es bisher vermieden diese Kapitalfraktion ähnlich wie die Gülen-nahen Unternehmer direkt anzugreifen. Wobei auch die Unternehmer, auch wenn sie nicht wie ihre Kollegen enteignet werden, viel zu verlieren haben. Als die Koç-Gruppe ihm zu sehr kritisch wurde, ließ Erdoğan sie kurzerhand wissen, dass sie an der Ausschreibung für den Bau einer Reihe neuer Marineschiffe eventuell nicht teilnehmen könnten. Das ließ die Koç-Holding schnell leiser werden.

Die Lage ist düster, die Gezi-Bewegung, die spontanen großen Streiks der Metallarbeiterinnen und -arbeiter scheinen Jahrzehnte her zu sein. Doch das kann sich schnell ändern. Die Linke in der Türkei wie in Kurdistan ist stärker als hierzulande; tausende Genossinnen und Genossen machen täglich ihre „Maulwurf-Arbeit“ in Betrieben, Büros und in Stadtvierteln.

# Jeremy Corbyn schlägt die rechten Strandräuber



**O**bwohl Corbyn bei der Wahl zum neuen Vorsitzenden der Labour-Party 2015 drei Mitbewerber mit einem Anteil von 59,5% der Abstimmenden abhängte, akzeptierte das die Mehrheit der Abgeordneten von Labour in Westminster, einschließlich der alten rechtsgerichteten Blair-Anhänger von New Labour, die in Wirklichkeit pro-kapitalistische Privatisierer sind, nicht. Sie arbeiteten ständig daran, Corbyns Stellung zu unterminieren. Sie begannen, ihn zu demoralisieren, indem sie ihn in den Medien angriffen, im Parlament und in jedem Forum, in der Hoffnung, er würde irgendwann zurücktreten. Aber er hatte die Unterstützung nicht nur der meisten Parteimitglieder, sondern auch der Gewerkschaften - er nahm an Gewerkschaftstagungen teil, im Gegensatz zu den vorherigen Parteivorsitzenden, die die Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften zerbrechen wollten - und insbesondere junger Menschen, die in ihm einen Mann mit Prinzipien sehen, nicht wie die durchschnittlichen Karrierepolitiker, denen man mißtraut. So trat also Corbyn nicht zurück.

Es war eine große Kampagne im Gange, die zeigen sollte, dass Labour ein Problem mit Antisemitismus hat und dass Corbyn das toleriert. Im Oktober 2014 hatte das Parlament sich dafür ausgesprochen, einen Staat Palästina anzuerkennen. (Dieser Ent-

schluß war für die Regierung nicht bindend.) Die BDS-Kampagne (Boycott, Disinvestment & Sanctions) im Vereinigten Königreich ist sehr stark. Die Israel-Lobby wurde in den Medien, zusammen mit der Rechten in Labour, aktiv. Israel wird wegen seiner Kriege gegen den Libanon, gegen Gaza, seiner fortgesetzten Siedlungen auf palästinensischem Land, weithin als Apartheid-Staat betrachtet, wie Südafrika einer war. Der Ausdruck „Zionist“ ist jetzt ein Schimpfwort. Corbyn war natürlich lange ein Unterstützer der palästinensischen Sache. So wurde er des Antisemitismus bezichtigt, da er bei Versammlungen oder Demonstrationen neben Sprechern von Hamas auftrat.

Die nationale Studentenvereinigung (National Union of Students), die jahrzehntelang in der Hand der Rechten gewesen war, hat sich nach links bewegt. Zur neuen Präsidentin wurde eine junge Frau mit algerischen Wurzeln gewählt, die sofort als antisemitisch attackiert wurde. Naz Shah, die Labour-Abgeordnete von West Bradford, twitterte eine Landkarte der USA, auf die die Umrisse von Israel eingeblendet waren, wo es wie ein winziger Fleck aussah. Labour suspendierte sie; sie wurde des Antisemitismus beschuldigt. Ken Livingstone, der frühere Bürgermeister von London und ehemalige Parlamentsabgeordnete, ein enger Verbündeter von Corbyn, verteidigte sie, indem er darauf hinwies, dass Zionisten mit den Nazis Geschäfte gemacht haben und dass Hitler ursprünglich dafür eingetreten war, dass die Juden Deutschland verlassen und nach Palästina auswandern sollten, bevor er sich stattdessen zum Völkermord entschloss. Daraufhin wurde er suspendiert. Er wies auf historische Tatsachen hin, aber Hitler in einen Zusammenhang mit dem Zionismus zu bringen, war keine sehr kluge Taktik. Corbyn leitete eine Untersuchung über Antisemitismus in der Labour-Party ein. Sie wurde von Shami Chakrabarti geleitet, die bis vor kurzem

Leiterin der Bürgerrechtskampagnen-Gruppe Liberty war. Diese ist in den 1930er Jahren gegründet worden; in der jüngsten Vergangenheit ist sie speziell gegen Blairs Regierungen aktiv gewesen. Ihr Bericht fand keinen weit verbreiteten Antisemitismus vor, aber er betonte, dass die Leute besser über ihre Formulierungen nachdenken sollten, wenn sie Israel, Zionisten oder Ähnliches kritisierten.

Die Abwracker hatten gehofft, dass Labour bei den Regionalwahlen, den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen im Mai schlecht abschneiden würde. Das hätte ihnen die Gelegenheit gegeben, Corbyn dafür verantwortlich zu machen. Aber die Ergebnisse waren gut. So starteten sie ihren Coup also nach der Brexit-Abstimmung im Juni. Corbyn wurde die Schuld gegeben, weil er nicht besser für den Verbleib argumentiert habe. Die meisten Mitglieder seines Schattenkabinetts traten zurück. 172 Labour-Abgeordnete forderten, er solle zurücktreten; lediglich 40 blieben loyal zu ihm.

Zuerst sollte Angela Eagle, eine Blair-Anhängerin, gegen Corbyn antreten, aber dann tauchte Owen Smith auf, der betonte, er stimme politisch mit Corbyn überein, aber er glaube, dass er Labour einigen könne. Der Wahlkampf ähnelte dem von 2015. Corbyn sprach vor Massenversammlungen, z.B. vor 10.000 Menschen in Liverpool, und Smith in kleinen Zusammenkünften. Es gab einen Versuch, zu verhindern, dass Corbyn sich zur Abstimmung stellen dürfe, indem man behauptete, dass er eine Nominierung durch die Parlamentsabgeordneten brauche. Eine solche hätte er nicht zusammenbekommen. Das Nationale Exekutivkomitee (NEC) von Labour traf sich, während zwei Delegierte der Gewerkschaften, Unterstützer von Corbyn, im Urlaub waren. Beide wurden zu der Sitzung erwartet, einer war schon im Taxi aus Südwest-England unterwegs. Es wurde entschieden, dass Corbyn, als amtierender Vorsitzender, keine No-

minierung benötige. Aber nachdem Corbyn und einige seiner Anhänger das Treffen verlassen hatten, entschied das Exekutivkomitee auf Vorschlag des rechten Generalsekretärs, dass Parteimitglieder, die nach dem 12. Januar Labour beigetreten waren, nicht an der Wahl zum Parteiführer teilnehmen durften - das waren immerhin 150.000. (Die Mitgliederzahlen der Labour-Party waren von 220.000 vor Corbyn auf inzwischen über 600.000 angestiegen.) Und registrierte Unterstützer der Labour-Party, eine neue Kategorie, die Ed Miliband eingeführt hatte, um den Einfluß der Sozialisten und der Gewerkschaftsmitglieder zu schwächen, sollten jetzt 25 Pfund anstatt vorher 3 Pfund bezahlen, um abstimmen zu dürfen. Das traf arme, arbeitslose und junge Unterstützer sehr hart.

Eine kleine Gruppe auf diese Weise ihrer Rechte beraubter Mitglieder ging vor Gericht, um die Entscheidung des Nationalen Exekutivkomitees anzufechten. Dies wurde durch „crowd-funding“ finanziert, wobei eine große Anzahl von Leuten einen kleinen Betrag geben. Sie gewannen auch den Prozeß, aber der Generalsekretär ging zum Berufungsgericht und machte die Entscheidung rückgängig. Ein Richter mit Beziehungen zu Blair war daran beteiligt!

Lokale Gliederungen der Labour-Party wurden daran gehindert, sich zu treffen. Diejenigen, die ihre Abgeordneten disziplinieren wollten, weil sie Corbyn gegenüber illoyal waren, wurden suspendiert. Diejenigen, die ihre Jahreshauptversammlung abhielten und neue Delegierte, die für Corbyn waren, wurden suspendiert und die alten Funktionäre wurden wieder eingesetzt. Dann entdeckte Corbyns Stellvertreter, Tom Watson, dass Trotzisten in die Partei eingetreten waren und junge Leute überredeten, dass diese Corbyn unterstützen sollten. Sogar Lord Falconer, der unter Blair Minister gewesen war, spottete darüber, indem er sagte: „Man könnte alle Trotzisten, die heute in der Labour-Party sind, bequem in zwei Bussen unterbringen.“ Wie auch immer, die politische Säuberung von linken Parteimitgliedern nahm zu.

Die Wahlen für das künftige Nationale Exekutivkomitee waren im Gange. Rhea Wolfson, eine Gewerk-

schaftsaktivistin jüdischer Herkunft, wurde vom ehemaligen Vorsitzenden von Labour in Schottland des Antisemitismus bezichtigt wegen ihrer Mitarbeit bei der Momentum-Gruppe, der Pro-Corbyn-Bewegung, um ihre Nominierung zu verhindern. Trotzdem wurde sie in einer anderen Untergliederung der Labour-Party in Glasgow nominiert und wurde ins neue Exekutivkomitee gewählt, wo Pro-Corbyn-Kandidaten alle Plätze gewannen, die für normale Parteimitglieder reserviert waren. Beim Jahresparteitag peitschten die Rechten ein Paket mit Vorschlägen fortschrittlicher Art durch aber sie fügten einen dazu, um um Corbyns Mehrheit im neuen NEC zu sabotieren. Die Vorsitzenden von Labour in Schottland und Wales sollten ihre Vertreter einsetzen können, während die Tradition will, dass sie gewählt werden. Den Delegierten wurde keine Diskussion erlaubt und auch nicht, Punkt für Punkt abzustimmen; keinem Gegner der Vorschläge wurde erlaubt, zu sprechen.

Vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses untersuchte ein Team von Labour-Offiziellen Statements und Taten von Linken aus der Vergangenheit, um sie auszuschließen oder zu suspendieren, um auf diese Weise ihr Wahlrecht aufzuheben. Kritik an den Kriegen von Israel wurde auf diese Weise zum Beweis für „Antisemitismus“. Blair ist zutiefst diskreditiert, besonders nach der Veröffentlichung des Chilcot Reports über den Irak-Krieg. So ist „blairite“ [=Blair-Anhänger] jetzt eine Beleidigung, wie auch Zionist. Parteimitglieder von Labour, die diesen Ausdruck verwenden, um Parlamentarier zu beschreiben, werden daher suspendiert. Gegnern von Corbyn wurde erlaubt, ihn und seine Anhänger zu beleidigen, während mehr als 3.000 Linke ihr Wahlrecht verloren. (Ein Millionär wurde suspendiert, nachdem er Leute von Momentum in der Presse mit „Nazi-Sturmtruppen“ verglichen hatte.)

Schlußendlich stimmten 500.000 ab und Corbyn erhielt 62% der Stimmen. Dies war ein Anstieg gegenüber den Wahlen 2015; die rechten Abwracker verfehlten also ihr Ziel. Es war allen klar geworden, dass Corbyn gewinnen würde und mit einem größeren Vorsprung. So hat-

ten sie versucht, mit ausgewählten Tricks seinen Stimmenanteil zu vermindern und hofften, dass er auf diese Weise weniger Stimmen als 2015 erhalten würde. So hätten sie behaupten können, dass er an Unterstützung verloren habe.

Diejenigen, die ihres Stimmrechts beraubt wurden, gehen vor Gericht. Örtliche Untergliederungen der Partei fordern, dass der Generalsekretär abgelöst werden soll. 15 der Abgeordneten aus dem Schattenkabinett, die zurückgetreten waren, sind wieder in dieses eingetreten. Die Blair-Anhänger werben offen bei Abgeordneten der Tories, eine Neuwahl des Parlaments zu fordern in der Hoffnung, dass Labour diese verlieren wird und Corbyn dann zurücktreten wird. Die Strandräuber sind also immer noch am Werk.

m.j., 6.11.2016)

Anzeige



## Antifascistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

Einzelexemplar: 3,50 EUR  
Abo 17,50 EUR (5 Ausg.)  
Abo 35,00 EUR (10 Ausg.)

[www.antifainfoblatt.de](http://www.antifainfoblatt.de)

[mail@antifainfoblatt.de](mailto:mail@antifainfoblatt.de)

[facebook.com/AntifascistischesInfoblatt](https://facebook.com/AntifascistischesInfoblatt)

[twitter.com/AntifainfoBlatt](https://twitter.com/AntifainfoBlatt)

**Kostenloses Probeexemplar**

## Zum Ausgang des Brexit-Referendums

# Vergebliche Suche nach Schutz in der Nation



So, wie die Europäische Union (EU) der zurzeit noch 28 Staaten das Werk ihrer herrschenden Klassen ist, so sind auch ihre Krisen deren Werk. Die lohnabhängigen Klassen sind Beteiligte wie auch Leidtragende, selten Nutznießer, der Auseinandersetzungen ihrer Bourgeoisien. Karl Marx und Friedrich Engels benennen dies im „Kommunistischen Manifest“: „Die Bourgeoisie befindet sich in fortwährendem Kampfe: anfangs gegen die Aristokratie; später gegen die Teile der Bourgeoisie selbst, deren Interessen mit dem Fortschritt der Industrie in Widerspruch geraten; stets gegen die Bourgeoisie aller auswärtigen Länder. In allen diesen Kämpfen sieht sie sich genötigt, an das Proletariat zu appellieren, seine Hilfe in Anspruch zu nehmen und es so in die politische Bewegung hineinzureißen.“ Genau dies fand auch in der Kampagne um den Brexit statt.

Dem britischen Premierminister David Cameron wird von manchen EU-Befürwortern der Vorwurf gemacht, durch sein Versprechen eines EU-Referendums nach den Unterhauswahlen vom Mai 2015 den Brexit sozusagen fahrlässig ausgelöst zu haben. Doch welche Alternativen hätte er gehabt, wenn man berücksichtigt, dass vor dieser Wahl die Konservative Partei gespalten war, in der Bevölkerung eine deutliche Brexit-Stimmung herrschte und mit der UK Independence Party (UKIP) eine gefährliche Konkurrenz erwachsen war? Das Wahlergebnis vom 7. Mai jedenfalls schien Camerons Taktik voll zu bestätigen – die Tories erhielten mit 330 von 649 Mandaten eine komfortable absolute Mehrheit im House of Commons.

Die britische Bourgeoisie ist der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erst relativ spät beigetreten, am 1. Januar 1973. Der

ursprüngliche Beitrittsantrag unter der Labour-Regierung von Harold Wilson vom Mai 1967 scheiterte am

„Die Entscheidung der Briten für den Brexit ist nicht nur ein Veto gegen die EU, sondern auch ein Misstrauensvotum gegen die überwiegend proeuropäischen Eliten im eigenen Land. In kaum einem Industrieland hat sich die Einkommensschere zwischen Gewinnern und Verlierern so weit geöffnet wie in Großbritannien. Für den Brexit zu stimmen, das war für viele im Land auch das Ventil, um aufgestauten Frust loszuwerden – über stagnierende Löhne und einen staatlichen Sparkurs, dessen Folgen in Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Bereichen schmerzhaft zu spüren sind.“

(Marcus Theurer in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. 7. 2016)

französischen Veto. Die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union durch den Vertrag von Maastricht vom Februar 1992 (Inkrafttreten 1993), der auch von der britischen Regierung unterzeichnet wurde, war bereits damals auf der Insel umstritten, insbesondere wegen der haushaltsrechtlichen Vorgaben, den sogenannten Maastricht-Kriterien. In der überwiegenden britischen Wahrnehmung waren EG und später EU schlicht und einfach Freihandelsprojekte. Die Haltung des maßgeblichen Teils der britischen herrschenden Klassen kam in der Ablehnung jeder weiteren „Vertiefung“ der europäischen Vereinigung durch die wechselnden Regierungen in London zum Ausdruck. Damit standen sie in Gegensatz zur Haltung etwa der deutschen und französischen Regierungen in dieser Frage. Das prägte auch die Haltung der britischen Politik zur EU-Osterweiterung, die sie unterstützte, weil sie in einer größeren und vielgestaltigeren Union ein Hindernis für deren Vertiefung sah.

Die Einführung einer neuen, gemeinsamen Währung, des Euro, durch eine Reihe europäischer Länder 2002, an der Spitze Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten, befeuerte die Diskussion um ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“. Für das UK stellte sich damit die Frage, ob es Teil des „schnellen“ europäischen Zentrums mit dem Euro als Währung sein wollte, oder Teil der „langsameren Gruppe“, deren politisches Gewicht zwangsläufig im Laufe der Jahre abnehmen würde. Aus der Sicht eines Teils der herrschenden Klassen war das die Wahl zwischen Pest und Cholera; sie wollten weder das Pfund Sterling als Währung aufgeben, noch wollten sie ihre Haushaltsführung von Brüssel kontrolliert wissen und schon gar nicht wollten sie – immerhin eine der beiden westeuropäischen Atom-mächte – in der zweiten Liga der EU mitspielen.

Die deutschstämmige Labour-Abgeordnete Gisela Stuart steht für diese Überlegungen: „Die Idee der EU, sich dauerhaft zu vertiefen und zu erweitern, hat keine Zukunft. Ein Europa mit zwei Geschwindigkeiten, aber einem Ziel, und das mit 28 Mitgliedern – das funktioniert nicht.

Unser Austritt ist die logische Folge aus Maastricht 1992, als wir sagten: Wir machen weder bei Schengen mit noch beim Euro. Eine Weile konnte man das noch auf zwei Bahnen laufen lassen, aber das war mit der Einführung des Euros vorbei... Je tiefer sich die anderen, also die Euroländer, integrieren und je länger zugleich die Logik gilt, dass alle, also auch die Nichteuroländer, dasselbe Ziel haben müssen, desto schwieriger wird das mit der britischen Extrawurst. Irgendwann werden für uns die Nachteile überwiegen.“

Es ist klar, dass Stuart ihre Position vom Standpunkt der herrschenden Klassen Britanniens formuliert. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie recht hat im Hinblick auf den politischen Bedeutungsverlust des UK innerhalb der EU, egal, ob mit oder ohne Euro. Der Austritt in der Hoffnung auf eine bedeutendere politische Rolle in der Welt ist allerdings eine Wette mit höchst ungewissem Ausgang.

Mit Blick auf die wirtschaftlichen Folgen eines Austritts aus der EU geben sich die Verfechter des Brexit optimistisch: Ohne die Regulierung und die Brüsseler Bürokratie könne sich die britische Wirtschaft auf Dauer besser entwickeln, vertritt der britische Ökonom Patrick Minford. Und die bereits zitierte Gisela Stuart meint: „Dass wir von außerhalb der EU keinen Einfluss mehr nehmen können, das würde ich vielleicht akzeptieren, wenn wir Luxemburg wären oder Liechtenstein. Wir sind aber die fünftgrößte Wirtschaftsmacht mit einem Ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat.“

### Alt gegen jung?

In den ersten Tagen nach dem Referendum tauchte in der Presse der Vorwurf auf, die Älteren, die mehrheitlich für den Brexit gestimmt hatten, hätten der Jugend, die überwiegend für den Verbleib stimmte, „die Zukunft gestohlen“.

Am 28. Juni „entlarvte“ dann die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* diesen „Mythos“: „Die jungen Wähler (hätten) die alten tatsächlich überstimmen können, hätten sie nur am Referendum teilgenommen... Eine Analyse der *Financial Times* hat deut-

Hinter diesem politischen und ökonomischen Optimismus steckt aber in Wirklichkeit eine Hoffnung, die sich nur zu leicht als Illusion entpuppen könnte: Die Rolle der „besonderen Beziehungen“ zu den USA. Der britische Soziologe Colin Crouch sieht das skeptischer: „Großbritannien ist das europäische Land, das am nachdrücklichsten auf seiner Souveränität beharrt. Britische Europapolitiker treten gern in diesem nationalistischen Gewand auf. Die Realität sieht jedoch etwas anders aus. Tatsächlich versuchen die Briten, ein Stück von der Marktdominanz der Vereinigten Staaten abzubekommen... Auch wenn nur wenige britische Politiker und Banker das so sehen, wir haben zugunsten einer gewissen Beteiligung am Netzwerk der Vereinigten Staaten auf die Chance verzichtet, bei der Gestaltung eines Systems mitzuwirken – was uns bei uneingeschränkter Mitarbeit in den europäischen Institutionen möglich wäre.“

Die Anhänger der EU, die „Remainers“, im britischen Unternehmerlager waren während der Austrittskampagne aus überwiegend taktischen Gründen zurückhaltender. Die Firmenspitzen von Nissan und Toyota, wie auch andere exportorientierte Unternehmen mit Ziel Kontinentaleuropa äußerten Bedenken wegen der möglichen Austrittsfolgen, ebenso die Londoner City. Aber vor allem die Banker genießen unter den lohnabhängigen Klassen kein hohes Ansehen, und so traten sie nicht annähernd so offensiv auf, wie beispielsweise Teile der britischen

lich gezeigt: Die Wahlbeteiligung war eher in den Bezirken hoch, wo die Wähler alt waren.“ Der Sender *Sky* hatte gemeldet, dass sich von der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren nur 36 Prozent an der Wahl beteiligt hatten.

Am 14. Juli treibt das Blatt eine neue Sau durchs Dorf: Nachwahlbefragungen des Meinungsforschungsinstituts *Opinium* hätten eine Wahlbeteiligung der gleichen Altersgruppe von 64 Prozent ergeben. Die Wahlbeteiligung der über 65jährigen lag bei mehr als 90 Prozent.

Medien, für die beispielhaft Rupert Murdoch steht, Eigentümer des Massenblattes „The Sun“ (vergleichbar mit der Bild-Zeitung), aber auch der „Times“ und des TV- und Radiokonzerns „News Corporation“. Sie überließen die Propaganda für den Verbleib in der Union im Wesentlichen dem Premier David Cameron und seiner Mannschaft.

Das Vereinigte Königreich ist Nettozahler in der EU, ebenso wie Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Italien. Der ehemalige Londoner Oberbürgermeister Boris Johnson, nunmehr Außenminister unter Theresa May, versprach bei seiner Austrittskampagne, dass die eingesparten Beiträge der britischen Bevölkerung zugute kommen würden. Wer das genau sein würde, sagte er nicht. Jedenfalls werden nach dem Austritt beispielsweise etwa 930 Millionen Euro EU-Fördermittel für Forschung und Innovation wegfallen. Die britische Regierung hatte ihre eigene Forschungsförderung seit Jahren systematisch gesenkt; „die große Mehrheit britischer Forscher ist auf die EU angewiesen. Für die Wissenschaft werde ein Austritt aus der EU deshalb zu einem Desaster werden, hatte der Astrophysiker Stephen Hawking noch vor dem Referendum gewarnt.“

Auch die Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und dem

Regionalfonds werden in Zukunft entfallen.

### Die Propagandaschlacht um den Brexit

Seit dem 1. Januar 1973, dem Beitrittsdatum des Vereinigten Königreichs (UK) zur EWG, hat sich die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes wesentlich geändert. Das ließe sich wohl von allen anderen Mitgliedsstaaten ebenso sagen, aber hier ist die Feststellung mit einer deutlich negativen Note verbunden. Der englische Journalist und Politikberater Nicholas Comfort hat in einem 2012 erschienen Buch den Niedergang der britischen Industrie zwischen 1952 und 2012 nachgezeichnet. Fast alle produzierenden Branchen, in denen Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg noch eine bedeutende Rolle spielte, sind unaufhaltsam niedergegangen: Flugzeugbau, Schiffbau, Kraftwerksbau, Kraftfahrzeuge, Kohle und Stahl u. a. m. Unter den 130 größten Unternehmen der Welt nach Börsenkapitalisierung befinden sich gerade einmal zehn mit Sitz in Großbritannien (beginnend mit Platz 50). Und fünfzehn der 100 umsatzstärksten Unternehmen Europas sind dort angesiedelt, z. B. Shell, BP, Tesco (Supermarktkette), Vodafone, Unilever.

Eine wichtige Folge dieser Entwicklung war der Verlust von qualifizierten Arbeitsplätzen in Industrie und Handwerk, ein Ausbluten ganzer Industrieregionen in Mittelengland und Wales, aber auch Schottland. Neue, qualifizierte Arbeitsplätze entstanden in der Finanzbranche, die in London konzentriert ist. Handel und Dienstleistungsunternehmen schufen zwar auch neue Arbeitsplätze, allerdings häufig auf der Basis von Teilzeitbeschäftigung und auf Mindestlohn-Niveau.

Vor diesem Hintergrund wurde „Einwanderung“ zu einem Hauptthema in der Propagandaschlacht. Die herrschenden Klassen Großbritanniens stets waren nicht nur freihändlerisch und wirtschaftsliberal gesinnt, sie hatten in der Vergangenheit auch die Öffnung des Arbeitsmarktes aktiv betrieben; sowohl bei der Immigration aus dem Commonwealth, wie auch nach der EU-Osterweiterung 2004, als sie – anders als z. B. die deutsche Regierung – auf eine Karenzzeit für die Einreise von osteuropäischen Lohnabhängigen verzichteten. Dieselben wirtschaftsliberalen Kreise, die von der Einwanderung qualifizierter osteuropäischer Handwerker und Pflegefachkräfte profitierten, polemisierten nun in den Medien und im Parlament gegen die „Brüsseler Diktatur“, die den armen britischen

## Zwei Stimmen aus Großbritannien

Im folgenden dokumentieren wir in Auszügen (in eigener Übersetzung) zwei kontroverse Positionen aus der britischen Linken. Der erste Beitrag ist die offizielle Stellungnahme der Kommunistischen Partei Britanniens (CPB) vom 28. Juni 2016 zur Brexit-Entscheidung. Der zweite Text stammt vom Generalsekretär des schottischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC, Grahame Smith; er wurde am 5. Juli 2016 bei morningstaronline veröffentlicht, einem Organ der CPB. Hieran wird deutlich, wie sehr nicht nur die Meinungen sondern auch die Herangehensweise in dieser Angelegenheit sich unterscheiden.

### „Vereitelt den zweifachen Anschlag auf die Demokratie – Für einen linken Austritt aus der EU!“

Das Ergebnis des Referendums ist wahrscheinlich ein heftiger Schlag für die herrschende kapitalistische Klasse Britanniens, ihre bezahlten Politiker und ihre imperialistischen Alliierten in der EU, den USA, dem IWF und der NATO.

Ihre erste Reaktion war ein doppelter Anschlag auf die Demokratie – gegen den demokratischen Willen der Menschen in Britannien, die EU zu verlassen, und gegen die demokratische Wahl von Jeremy Corbyn zum Vorsitzenden der Labour Party.

Als Antwort darauf muss nun die Linke die Prinzipien der Demokratie verteidigen und das Ergebnis des Referendums in eine Niederlage für die EU-IWF-NATO-Achse verwandeln.

Die Entscheidung für den Brexit war in erster Linie eine Folge des Zorns und der Enttäuschung der lohnabhängigen Klassen darüber, dass die Regierung, die politischen Parteien und die Politiker sie im Hinblick auf Arbeitsstellen, Bildung, Wohnraum, öffentliche Dienstleistungen, Lebensstandard und überhaupt Lebensqualität im Stich lassen. Andere Sorgen betrafen den Verfall der staatlichen Souveränität und die tatsächlichen oder wahrgenommenen Folgen der Masseneinwanderung.

Die Mehrheit für den Ausstieg wurde nur möglich, weil bedeutende

Proletariern die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Jedes vorhandene soziale Problem wurde gegen die EU in Stellung gebracht: Wohnungsnot, steigende Hauspreise, niedrige Löhne, lange Wartezeiten in Notaufnahmen der Krankenhäuser, knappe Schulplätze.

Wie zynisch die Propaganda gegen die Einwanderung vor allem von Fachkräften ist, wird am Beispiel des National Health Service (NHS) deutlich. Zwischen 2009 und 2013 wurden in England fast ein Fünftel aller Ausbildungsplätze für Krankenpflegepersonal gestrichen – bei einer wachsenden und alternden Bevölkerung. Rund 35 Prozent der Beschäftigten des NHS sind Einwanderer. „...ohne die vielen Ärzte und Krankenschwestern aus dem Ausland droht dem NHS ein Personalnotstand. Schon jetzt sucht der Gesundheitsdienst händeringend Arbeitskräfte, die er im eigenen Land nicht findet: Ende 2015 waren in England, Wales und Nordirland 9 Prozent aller Krankenpfleger-Stellen

vakant – insgesamt mehr als 23 000 Arbeitsplätze. Die Zahl der unbesetzten Arztstellen ist in den vergangenen zwei Jahren um 60 Prozent auf knapp 4 700 Stellen gestiegen.“

Tatsächlich haben die herrschenden Klassen Großbritanniens auf die Einwerbung ausländischer Fachkräfte gesetzt, um die Ausbildungskosten im eigenen Bildungssystem einzusparen. Außerdem verdienen ausländische Pflegekräfte jährlich etwa 7 000 Euro weniger als ihre einheimischen Kollegen.

### Das Ergebnis des Referendums

Das Gesamtergebnis des Referendums ist eindeutig: 48,1 Prozent stimmten für „bleiben“, 51,9 Prozent für „verlassen“ - dies bei einer hohen Wahlbeteiligung von 72,2 Prozent. Im Vergleich: An der Unterhauswahl 2015 beteiligten sich 66,1 Prozent der Wahlberechtigten.

Allerdings gibt das Gesamtergebnis nur ein ungenaues, oberfläch-

liches Bild des Abstimmungsverhaltens der britischen Bevölkerung. Tatsächlich hat in den englischen und walisischen Regionen nur Greater London mehrheitlich für „bleiben“ votiert (59,9 Prozent). In den übrigen Regionen Englands stimmten für den Brexit bis zu 59,3 Prozent der Wähler. Dagegen stimmten 62 Prozent der schottischen und 55,8 Prozent der nordirischen Wähler für „bleiben“. Unser Augenmerk richtet sich vor allem auf die Tatsache, dass in großer Zahl die Angehörigen der lohnabhängigen Klassen für den Brexit stimmten. Auch solche, die bei Firmen beschäftigt sind, die für den Export nach Kontinentaleuropa produzieren, wie die Nissan-Werke in Washington, nahe Sunderland, die mehr als die Hälfte ihrer Autos steuerfrei ins EU-Ausland exportieren. Der Bericht wirft ein Licht auf gewisse Widersprüche in der britischen Gesellschaft: Aus Regionalförderungsmitteln erhält die Stadt Washington „... für jedes Pfund, das die öffentliche Hand investiere, im

*defeat-the-double-cup-against-democracy/ ; Wikipedia)*

Minderheiten von Labour, den Grünen, den Liberaldemokraten und Anhängern der Scottish National Party (SNP) sowie Feministinnen und asiatischstämmige Bürger gegen die EU-Mitgliedschaft waren.

...

Die einzig wirkliche demokratische Lösung ist die Abhaltung von Neuwahlen zum Unterhaus, damit die Wähler entscheiden können, wer sie bei den Austrittsverhandlungen in Brüssel vertritt.

...

Alle Demokraten innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung sollten Corbyns Forderung unterstützen, den Austritt nach Artikel 50 des EU-Vertrags zu erklären, um den Ausstiegsprozess in Gang zu setzen.

Er ist der einzige Parteiführer, dem man vertrauen kann, dass er den Austritt aus der EU im Interesse der lohnabhängigen Klassen und der Bevölkerung Britanniens verhandeln wird.

Nach dem Ausstieg sollte es keine Unterwerfung mehr geben unter den kapitalistischen „freien Markt“, mit der Freiheit für die großen Unternehmen, Kapital und Anlagen ohne

Rücksicht auf die wirtschaftlichen, sozialen oder Umweltfolgen, die Konsequenzen für die Beschäftigten, die Bevölkerung, ihre Gemeinden und die Gesellschaft als Ganzes.

Ein Wiederaufleben von Streikbewegungen und Straßenprotest gegen die Tory-Politik der Austerität, der Privatisierungen, der nuklearen Aufrüstung und imperialistischer Kriege würde die Chancen für eine links-geführte Labour-Party bei den nächsten Wahlen deutlich erhöhen. Dies wiederum würde die Umwandlung des „Brexit“ in einen „Lexit“, einen Ausstieg aus der EU nach links, möglich machen...“

(Erklärung des Generalsekretärs der Communist Party of Britain, Robert Griffiths, am 28. Juni 2016. Die CPB hatte sich 1988 von der Communist Party of Great Britain (CPGB) abgespalten; die CPGB löste sich 1991 auf. Griffiths trat bei den Unterhauswahlen 2015 in seinem walisischen Wahlkreis an und erhielt 186 Stimmen (0,6 Prozent). Der CPB gehört u. a. die Tageszeitung *Morning Star*.)

(Quellen: <http://www.comunist-party.org.uk/britain/eu/2275-griffiths->

### „Der Brexit ist ein Weckruf für die Arbeiterbewegung

Auch wenn das Ergebnis des Referendums für viele, mich eingeschlossen, eine Überraschung war, so ist im Nachhinein doch klar, dass mit diesem Resultat zu rechnen war.

Austeritätspolitik, keinerlei Fortschritte bei der Reform der Finanzinstitutionen, die für die Krise verantwortlich waren und die anhaltende Rezession, der Niedergang der Reallöhne und des Lebensstands, der Anstieg von Armut und Ungleichheit, die Herabwürdigung der Armen und der Verzicht auf eine Deckelung exzessiver Managergehälter und Boni, Steuervermeidung und -hinterziehung, dies alles zusammengenommen hat eine feste Überzeugung in großen Teilen der Bevölkerung entstehen lassen, dass ihre Belange von den Politikern und den politischen Institutionen nicht wahrgenommen werden.

Schnitt noch einmal zehn Pfund. Das meiste davon geht jedoch direkt in die Industrie, wo der Effekt für den Bürger direkt kaum wahrnehmbar ist.“ Der Haushalt der Stadtverwaltung wird nur zu zwölf Prozent aus der Gemeindesteuer finanziert, der Rest kommt aus London und aus Brüssel. Gleichwohl haben hier 61,3 Prozent der Wähler für den Brexit gestimmt. Argumente: „Es sind mittlerweile einfach zu viele Ausländer hier“; „Die Ausländer machen die Löhne und die Mietpreise kaputt“. Eine andere Stimme, Liam Dennis, 21 Jahre alt: „Früher gehörte uns die halbe Welt, niemand hätte sich damals mit uns angelegt.“ Aber heute komme die halbe Welt nach England und mache dort, was sie wolle. Der bereits zitierte Labour-Stadtrat John Kelly sagt, dass es den Wählern eigentlich gar nicht um die EU gegangen sei. Brüssel und London seien für sie Gesichter eines politischen Systems, das ihnen nichts mehr bietet.

Ein junger Mann von 26 Jahren aus der Nähe von Leeds, der für

den Brexit stimmte, argumentiert: „Wieso sollen wir mit unserem Steuergeld die Griechen retten, obwohl es hier bei uns so vielen Menschen schlecht geht?“ Auch seine Eltern und Großeltern haben für den Austritt votiert. „Ich vertraue den Älteren, denn sie wissen, wie es war, bevor Großbritannien EU-Mitglied wurde.“

Dieser Stimme stehen andere junge Menschen entgegen, die in dem offenen EU-Arbeitsmarkt für sich Chancen sehen.

Tatsächlich machen viele britische Lohnabhängige die EU für den Verfall der Sozialsysteme, für den Niedergang der Industrie und die Verarmung der Kommunen verantwortlich. Sie sind insoweit vor allem Opfer der massiven Hetze eines Teils der Massenmedien und jener Politiker, die von der Verantwortung der britischen Bourgeoisie ablenken und den Zorn der Hoffnungslosen auf eine anonyme und letztlich unangreifbare Bürokratie in Brüssel lenken; wie sich zeigt, durchaus mit Erfolg.

Gleichwohl wäre es eine Übertreibung, das Brexit-Ergebnis ausschließlich als Votum unter dem Gesichtspunkt Proletarier gegen Bourgeois zu sehen. Tatsächlich waren nach den Ergebnissen einer Umfrage kurz vor der Wahl immerhin 59 Prozent der Brexit-Befürworter Anhänger der Tories und unter den Labour-Sympathisanten wollten immerhin 68 Prozent in der EU bleiben.

Keine Frage: das Referendum hat Risse in der britischen Gesellschaft ins helle Licht gebracht. Es hat die Gräben in Nordirland zwischen Protestanten und Katholiken weiter vertieft, die Kluft zwischen Schottland und London verbreitert und die soziale Spaltung des Landes sichtbar werden lassen. Zugleich hat es die Krise in der Labour-Party verschärft, wo eine Mehrheit der Parlamentsfraktion gegen den Parteivorsitzenden Jeremy Corbyn rebelliert. Den Tories scheint es fürs erste gelungen zu sein, mit dem Abgang von David Cameron und der Wahl von Theresa May zur Premierministerin die par-

Einen entlassenen Stahlarbeiter zur Stimmabgabe für den Verbleib in der EU zu bewegen, damit die Jobs der Banker in der Londoner City gerettet werden, wird kaum gelingen.

Wenngleich es Belege dafür gibt, dass eine Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der Labour Party für „Remain“ votierten, ist es offensichtlich, dass die Drinbleiben-Position der britischen Arbeiterbewegung, der Labour Party, des TUC und der meisten der großen Gewerkschaften zu vielen Lohnabhängigen nicht durchdrang, insbesondere in England und Wales, aber nicht nur dort. Das sollte uns nachdenklich machen.

Wir mögen eine Bewegung für die Armen und Entrechteten sein – aber wir sind keine Bewegung der Armen und Entrechteten.

Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder ist unter den Angestellten höher als unter den Arbeitern, höher unter den qualifizierten Beschäftigten als unter den Hilfskräften im Handel und Dienstleistungssektor.

Das Alter spielte bei der Entscheidung der Menschen offensichtlich eine Rolle und es scheint, dass die Remain-Position der Gewerkschaft-

ten von vielen unserer Mitglieder geteilt wurde.

Nicht von allen – nicht von vielen in wenig qualifizierten, niedrig bezahlten Jobs, den Arbeitslosen und den prekär Beschäftigten.

...

Es steht außer Zweifel, dass die „Leave“-Kampagne die tatsächlichen Sorgen der Arbeiterwählerschaft skrupellos und zynisch ausgebeutet hat.

Einwanderer aus der EU wurden als Sündenböcke für die offensichtlichen wirtschaftlichen Mängel in Britannien benutzt, als Deckmäntelchen für die fehlende Bereitschaft von Leuten wie Gove und Boris Johnson, das Scheitern der neoliberalen, austeritätsgetriebenen Steuersenkungs- und Deregulierungspolitik zuzugeben, die sie unterstützen und die eine solch verheerende Wirkung auf die Arbeitergemeinden ausübt.

...

Warum dann verlief die Abstimmung in Schottland, London und Nordirland so anders? Sollen andere London und Nordirland kommentieren, ich halte mich an Schottland:

Man könnte leicht einfache, aber unüberlegte Schlüsse ziehen – bei-

spielsweise, dass Schotten einfach fortschrittlicher, toleranter und offener für Andere sind – und die dabei die Tatsache übersehen, dass die Remain-Stimmen überwiegend aus Bezirken der Mittelklassen und zum Wenigsten aus Arbeiterbezirken kamen und dass Rassismus immer noch eine Eiterbeule der schottischen Gesellschaft ist.

Was in Schottland geschah, war zum Teil eine Konsequenz aus der Aufklärungsarbeit während unserer Kampagne für das Unabhängigkeitsreferendum...

Die fortschrittlichen Themen, die im Zusammenhang mit den Vorstellungen über die Zukunftsaussichten Schottlands sowohl im Ja- wie auch im Nein-Lager diskutiert wurden, hatten maßgeblichen Einfluss auf die Haltung der Menschen quer durch die sozialen Klassen...“

*(Grahame Smith ist Generalsekretär des Scottish Trades Union Congress (STUC);*

*Quelle: <http://www.morningstaronline.co.uk/a-f858-Brexit-is-a-wake-up-call-to-the-labour-movement/> )*

te internen Konflikte zwischen Brexiteers und Remainers zu überdecken. Aber: Was werden zukünftige britische Regierungen und die bürgerlichen Demagogen tun, wenn sie die Schuld für die Zustände im eigenen Land nicht mehr Brüssel und der EU anlasten können?

### Die Folgen des Brexit

Über die wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des Brexit lässt sich gegenwärtig nur spekulieren. Das gilt selbstverständlich für die langfristigen, aber auch für die kurz- und mittelfristigen Folgen. So ist beispielsweise derzeit noch unklar, ob es zur Verschmelzung von Deutscher Börse in Frankfurt mit der London Stock Exchange (LSE) kommen wird und wo deren Hauptsitz sein wird. Auch wird sich erst noch weisen müssen, welche Schlüsse die großen, exportorientierten Unternehmen für ihre Investitionsentscheidungen aus dem Brexit ziehen werden. Klar ist auch, dass die Regierungen, die die Modalitäten des Austritts festlegen und verhandeln müssen, sich nicht in die Karten gucken lassen werden.

Eine unmittelbare Folge des Austrittsvotums war jedenfalls der Rücktritt von David Cameron. Am 4. Juli hatte sein Schatzkanzler (Finanzminister) George Osborne noch angekündigt, den Steuersatz auf Unternehmensgewinne von derzeit 20 Prozent auf unter 15 Prozent abzusenken, um mit den Niedrigsteuern Unternehmer im Lande zu halten. Im Gegenzug sollten Ausgaben gekürzt werden. Die neue Premierministerin Theresa May nahm sowohl von diesem Mann wie scheinbar auch von seinem Plan Abschied. Sie ernannte Philip Hammond zum neuen Schatzkanzler und schloss Steuererhöhungen, aber auch ein neues Kürzungsprogramm aus. Allerdings gilt Hammond als ein Politiker, der auf die Sanierung der Staatsfinanzen dringt und der die Ansichten seines Vorgängers teilt. Jedenfalls erscheinen die Tories einstweilen wieder als vereint, deren nach wie vor existierenden Widersprüche werden allerdings im Zuge der Ausstiegsverhandlungen mit der EU wahrscheinlich erneut zutage treten.

Bei der Labour-Party hat der Wahlausgang die internen Spannungen weiter erhöht. Jeremy Corbins ehemalige Schattenwirtschaftsministerin Angela Eagle kündigte am 11. Juli ihre Kampfkandidatur gegen ihn bei der Urwahl zum Parteivorsitz an. Ende Juni hatten bereits 172 Abgeordnete der Labour-Unterhausfraktion Corbyn das Misstrauen ausgesprochen – bei lediglich 40 Unterstützern. Die Urwahl durch die Parteimitglieder Ende September bestätigte gleichwohl Corbyn als Parteivorsitzenden. Trotz dieser innerparteilichen Spannungen ist eine Parteispaltung wenig wahrscheinlich und es ist zu erwarten, dass die bisherige, an der Blair-Politik orientierte Führungsschicht ihre offenen Feindseligkeiten einstweilen einstellen wird.



Eine weitere wichtige Frage muss derzeit (noch) unbeantwortet bleiben: Wie werden die Menschen reagieren, die für den Brexit gestimmt hatten, weil sie sich davon eine Hebung ihres Lebensstandards und der beruflichen Zukunftsaussichten ihrer Kinder versprochen hatten, wenn die britische Regierung wieder die Kontrolle über den Arbeitsmarkt ausüben und den Zuzug stoppen wird? Die Kommentare in der kontinentaleuropäischen Wirtschaftspresse betonen alle, dass Großbritannien den freien Marktzugang zur EU nur erhalten kann, wenn auch für die Ware Arbeitskraft keine Barrieren errichtet werden, kurz: Personenfreizügigkeit. Die EU kann

es sich nach Lage der Dinge nicht leisten, in dieser substanziellen Angelegenheit für die Briten eine Ausnahme zu machen. Boris Johnson und seine Parteifreunde wussten dies, als sie die Zuwanderung in den Mittelpunkt ihrer Brexit-Kampagne stellten, sie wussten, dass sie ein Versprechen gaben, dass sie nicht würden halten können.

Die Frage der EU-Mitgliedschaft wurde im Vereinigten Königreich nicht als Klassenfrage verhandelt und auch nicht als solche entschieden. Die „soziale Frage“ spielte mit hinein – aber auf indirekte Weise, als Protest gegen die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, fehlende individuelle Aufstiegsperspektiven und gegen die „abgehobenen Politiker“ in London.

### Wie stehen wir zur EU?

Wie halten wir, die wir uns als Kommunisten verstehen, es mit der Europäischen Union? Diese Frage lässt sich nicht einfach beantworten, aber an dem Versuch führt spätestens nach dem Brexit kein Weg vorbei.

In ihrer sozusagen embryonalen Phase war die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS-Montanunion, seit 1951) vor allem der Versuch der französischen Bourgeoisie, nach zwei Weltkriegen die deutsche Montanindustrie zu kontrollieren. In ihrer zweiten, jugendlichen Phase war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG, seit 1957) sowohl ein Wall gegen das so-

zialistische Lager auf europäischem Boden als auch ein Projekt gegen die wirtschaftliche Dominanz der Vereinigten Staaten. In ihrer gegenwärtigen jungen Erwachsenenphase mit dem Euro als Gemeinschaftswährung von 19 der 28 Mitglieder ist die EU (seit 1993) vor allem ein Projekt, das die Konkurrenzfähigkeit gegenüber den großen Märkten der USA und Chinas gewährleisten soll.

### Welche Bedeutung hat dabei die EU für die lohnabhängigen Klassen ihrer Mitgliedsländer?

Zunächst einmal lässt sich feststellen, dass die Union nichts am kapitalistischen Charakter ihrer Mitgliedsstaaten ändert. Sie ändert auch nichts an dem Konkurrenzkampf, den die herrschenden Klassen unter- und gegeneinander führen. Zum Wesen dieser Konkurrenz gehört es bekanntermaßen, dass sie fortwährend dazu tendiert, sich selbst aufzuheben, indem sie wirtschaftliche Oligopole und Monopole schafft, die durch das Niederkonkurrieren der Schwächeren entstehen. Dies führt zur Konzentration und Zentralisation der Kapitale, also der Vergrößerung der Einheiten und der Anhäufung immer größerer Kapitalmassen bei immer weniger Eigentümern. Gleichzeitig bemüht sich die große Bourgeoisie um Herstellung gleicher oder zumindest ähnlicher Produktions- und Ausbeutungsbedingungen auf dem ganzen Globus. Die schwächeren nationalen Bourgeoisien wehren sich dagegen mit Zöllen und anderen Handelshindernissen, oder sie schließen sich – wie im Falle der EU – selbst zu eigenen Konditionen zusammen, um gemeinsam an Stärke im globalen Wettbewerb zu gewinnen. Verhandlungen, wie jetzt um CETA, TPP oder TTIP sind Ausdruck solcher Prozesse.

Auch die Arbeitskraft ist im Kapitalismus bekanntlich eine Ware. Es ist naheliegend, dass mit der generellen Marktöffnung für die Mitgliedsstaaten einer Freihandelszone auch der Arbeitsmarkt durchlässig wird. Es gibt Ausnahmen, wie bei NAFTA, wo das Macht- und Wohlstandsgefälle zwischen den USA und Mexiko so groß ist, dass die Vereinigten Staaten die legale Zuwanderung aus

Mexiko begrenzen können. Und als Ware unterliegt auch die Arbeitskraft den Marktgesetzen: Bei Knappheit steigt, im Überschuss verliert ihr Preis; das gilt nicht nur für regionale, wie auch nationale und übernationale (Arbeits-)Märkte. Der Preis der Ware Arbeitskraft schwankt nicht nur zwischen den Nationen, sondern auch innerhalb der Nationalstaaten zwischen den Regionen ganz erheblich; ebenso die Preise für die Lebensmittel im weitesten Sinne (also auch Wohnung, Bildung etc.). Wer im Bayerischen Wald lebt, hat geringere Lebenshaltungskosten als jemand in München oder im Rhein-Main-Ballungsraum. Analoges gilt für fast alle Länder.

Die Union vergrößert aber den Rahmen ganz erheblich, in dem die Menschen legal nach Lohnarbeit suchen können, und sie erweitert – je nach Qualifikation und Lebensalter – das Feld, in dem die lohnabhängigen Klassen Erfahrungen sammeln können.

Die Europäischen Vereinigungen waren weit entfernt davon, ein Zeitalter weltweiten Friedens einzuläuten, aber zwischen ihren Mitgliedern gab es seit 1945 keine Kriege und auch keine Handelskriege mehr. Stattdessen gab und gibt es zunehmend Angleichungen von Regeln und Gesetzen. All dies ist erfahrungsgemäß das Werk der wirtschaftlich und politisch Starken, die gegen die schwächeren Konkurrenten ihre Regeln und ihre Gesetze durchsetzen. Kurz: Die Union verändert nichts Grundsätzliches am Kapitalismus und seinen Marktgesetzen. Aber konkret hat sie breiten Schichten der lohnabhängigen Klassen ein weiteres Feld der Mobilität und Erfahrungen eröffnet, das vor allem die Jungen und beruflich Qualifizierten zu ihrem individuellen Vorteil nutzen können. Und ferner hat sie in diesem Europa die nationalen Grenzen im Bewusstsein vieler Menschen unwichtiger werden lassen. Ein Ende dieser real existierenden Europäischen Union wäre in keiner Hinsicht ein Vorteil oder gar Fortschritt im Sinne der lohnabhängigen Klassen – nicht in ihrem gegenwärtigen Bewusstseinsstand und noch viel weniger, wenn sie in einigen Ländern wieder politische Parteien bilden, zu Klassen „für sich“ werden. Die obersten Schichten der

herrschenden Klassen sind schon seit Jahrhunderten durch geschickte Geschäfts- und Heiratspolitik untereinander international aufgestellt. Auch „das Proletariat hat kein Vaterland“, wie es im Kommunistischen Manifest heißt. Das bedeutet nicht, dass es den existierenden Nationalstaat ungestraft ignorieren könnte; aber er ist nicht das Ziel des revolutionären Proletariats, sondern die Internationale. Unsere Haltung zur Europäischen Union ist nicht durch Prinzipien bestimmt. Wenn und soweit die Bourgeoisien aus ihren eigenen Klasseninteressen heraus Grenzen schleifen, wie sie es mit dem Projekt der EU tun, dann schadet dies nicht notwendig den Interessen der lohnabhängigen Klassen. Und wenn sie die Grenzen des Nationalstaats erneut schließen, dann nützt es nicht notwendig den Lohnabhängigen. Es gibt es keinen Anlass für uns Kommunisten, uns auf die Seite der kleinbürgerlichen Demagogen von AfD, UKIP, Front National oder Vlaamse Belang und Ähnlichem zu stellen.

10. 08. 2016

Anzeige

### Immer noch Kommunist?

Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband 5,00 €.

Bestelladresse:  
T. Gradl, Postfach 910307  
90261 Nürnberg  
oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

# Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung



Besuch bei Fidel vor 25 Jahren: Alfonso Cano (Farc, 2011 gefallen), Francisco Galan (ELN), Ivan Marquez (Farc, seit 2012 Verhandlungsführer), Antonio Garcia (ELN)

Eigentlich sollte es in trockenen Tüchern sein. Nach vier Jahren komplizierter Verhandlungen, die nicht nur einmal knapp vor dem Abbruch standen und dann doch wieder Fahrt aufnahmen, trafen sich der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos und der Oberkommandierende der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (Farc), Rodrigo Londoño alias Timoleón Jiménez, in der Küstenstadt Cartagena de Indias im Norden des Landes, um den Friedensvertrag feierlich zu unterzeichnen. Aus diesem Anlass waren am 26. September auch Vertreter\*innen verschiedener gesellschaftlicher Organisationen und internationale Gäste anwesend. Allein über 1000 Pressevertreter\*innen übermittelten das Ereignis in die ganze Welt.

Vorausgegangen war Ende August die Unterzeichnung eines 297 Seiten umfassenden Friedensabkommens in Havanna. Erst anschließend war die Regierung in Bogota bereit, einem bilateralen Waffenstillstand zuzustimmen. Bis dahin war für Regierung und Militär die physische Eliminierung von Guerillagruppen trotz der Fortschritte bei den Verhandlungen in Havanna Routine. Nach der Unterzeichnung des Abkommens konnte der Verhandlungsführer der Regierung, Humberto de la Calle, bekannt geben: "Der Krieg ist vorbei".

52 Jahre hatten die beiden größten Guerillaorganisationen FARC und ELN (Nationales Befreiungsheer) die Interessen der unteren Klassen bewaffnet gegen das Militär und paramilitärische Banden verteidigt. Nach offiziellen Angaben sind 6,8 Millionen Menschen Opfer des internen Konflikts geworden, an dem auch andere Guerillaorganisationen beteiligt waren. 86 Prozent der Betroffenen wurden aus ihren Gemeinden vertrieben, 14 Prozent wurden Opfer von Morden, Entführungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, Folter und Vergewaltigung. Mindestens 220.000 Menschen wurden getötet. Eine schreckliche Bilanz, die erwarten ließ, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dem Abkommen mit Sympathie begegnen würde. Von dieser Einschätzung ging das Regierungslager aus. Deshalb bestand Präsident Santos von Anfang an darauf, das Abkommen durch ein Referendum abzusichern. Am 2. Oktober fand die Abstimmung statt und nichts mehr war in trockenen Tüchern. Bei geringer Wahlbeteiligung (37,4 Prozent der Wahlberechtigten) und einem knappen Vorsprung von 50 000 Stimmen konnte das Lager der vom früheren Präsidenten Alvaro Uribe angeführten Gegner des Abkommens den Friedensbefürwortern eine unerwartete Niederlage zufügen. Wie ist diese Niederlage zu erklären? Bei genauerer Betrachtung gibt es eine Reihe von Gründen. So hatte ein heftiger Sturm am Tag der Abstimmung dafür gesorgt, dass in der Küstenregion in manchen Gemeinden keine ordnungsgemäße Abstimmung durchgeführt werden konnte. In Gebieten mit paramilitärischer Präsenz dürfte Druck zugunsten eines "Nein" aus-

geübt worden sein. Relevante Teile der katholischen Hierarchie und ultrakonservative evangelikale Sekten unter nordamerikanischem Einfluss mokieren sich über einen Passus im Abkommen, der eine gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft betont. Ebenso befürchteten sie die Unterwanderung der "traditionellen Familie" durch die -wie sie es nennen - Gender-Ideologie. Es gab vor dem Referendum in den sozialen Netzwerken eine Stimmungsmache, die antikommunistische, homophobe und demokratiefeindliche Ressentiments beförderte. Nicht ausbleiben konnte aus dem Uribelager der Hinweis, durch das Abkommen würde Kolumbien in ein zweites Venezuela mit "castro-chavistischen Verhältnissen" verwandelt. Manche blieben auch der Abstimmung fern, weil sie eine berechtigte Abneigung gegen den Präsidenten Santos haben. War er doch unter Uribe als Verteidigungsminister u.a. für die sog. falsos positivos verantwortlich. Damals wurden Jugendliche eingefangen, in Uniformen von Guerilleros gesteckt und erschossen. Santos steht auch für eine neoliberale Politik, die die soziale Ungleichheit im Lande verschärft. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte auch gespielt haben, dass vor allem die bevölkerungsreichen Kerngebiete mit den größten Städten seit Jahren nicht mehr unmittelbar vom Krieg betroffen sind.

## Das Wirtschaftsmodell – ein Tabuthema bei den Verhandlungen

Natürlich wollten die Verhandlungsführer\*innen der Farc nicht nur über die Beendigung des Krieges verhandeln. Für sie ging es um gesellschaftliche Veränderungen, um eine sozial gerechtere Gesellschaft. Santos jedoch war in erster Linie an der Entwaffnung der Guerilla interessiert. Der Krieg im Land sollte beendet werden ohne das neoliberale Wirtschaftsmodell der Regierung anzutasten. Teile der nationa-

len Bourgeoisie und internationale Konzerne versprachen sich von der Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen den ungehinderten Zugang zu Gebieten, die bisher unter Kontrolle der Farc stehen. Juan Carlos Echeverry, Präsident des halbstaatlichen Ölkonzerns Ecopetrol erklärte: "Der Frieden wird es uns ermöglichen, mehr Öl aus den Konfliktgebieten herauszuholen." Die Farc waren zum Beispiel in den südlichen Departamentos Caqueta und Putumayo seit jeher stark präsent. Und gerade in diesen beiden Regionen soll die Ölförderung in Zukunft ihren Schwerpunkt haben

Die Farc hatten 2012 die Verhandlungen nicht aus einer Position der Stärke heraus begonnen. Sie waren militärisch geschwächt. In den Jahren vorher war es den staatlichen Repressionskräften gelungen, in die Führungsstruktur der Farc einzudringen und wichtige Kader auszuschalten. Nichts deutete darauf hin, dass es der Guerilla gelingen könnte, in absehbarer Zeit in die Offensive zu kommen. Langjährige Kämpfer\*innen ergaben sich immer häufiger der Armee. Trotz dieser insgesamt negativen Aussicht hätten sich die Fronten der Farc weiterhin in ihren traditionellen Gebieten halten können. Aber mit welcher Perspektive? In den Städten sind sie politisch isoliert. Wie auch bei anderen lateinamerikanischen bewaffneten linken Gruppen waren Verrohungserscheinungen nicht zu verhindern. Gründe genug, den Verhandlungsweg einzuschlagen, um aus der Sackgasse herauszukommen.

### Weitere Zugeständnisse der Farc

Die Woche nach dem Referendum war geprägt von Hektik. Die Gegner des Abkommens wurden vom Ergebnis ebenso überrascht wie die Befürworter. Santos hatte keinen Plan B und kontaktierte sofort Uribe, seinen Amtsvorgänger. Uribe brachte eine Verschärfung der Strafverfahren gegen die Farc-Kommandanten ins Gespräch und wollte die Militärs vor Strafverfahren geschützt sehen. Empörung im Lager der Befürworter löste das Geständnis des Wahlkampfleiters der NO-Kampagne aus, als er eine durch

verschiedene Firmen verdeckte Finanzierung zugab und einräumte, das Abkommen bewusst falsch dargestellt zu haben. Im ganzen Land gingen Menschen für den Frieden auf die Straße. Die Woche endete mit der Bekanntgabe der Verleihung des Friedensnobelpreises an Juan Manuel Santos. Während diverse Spekulationen über das weitere Procedere in der Öffentlichkeit die Runde machten, trafen sich in Havanna die Delegationen von Regierung und Farc zur Nacharbeit. Die Regierungsdelegation unter Humberto de la Calle war bestrebt, möglichst viele Änderungsvorschläge in das bestehende Abkommen einzuarbeiten - für die Farc-Delegation eine unerfreuliche Angelegenheit - handelte es sich doch zumeist um substantielle Verschlechterungen. Mitte November war es dann so weit. Eine neue Fassung des Friedensabkommens war unter Dach und Fach. Am 24. November setzten Präsident Santos und Farc-Oberkommandierender Jimenez noch einmal ihre Unterschrift unter das - jetzt überarbeitete - Friedensabkommen. Die Farc mussten erhebliche Kröten schlucken. Die Folgen werden sich in der Phase der Umsetzung zeigen. Betroffen sind schwerpunktmäßig die Regelungen einer Sondergerichtsbarkeit, die die im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt begangenen Verbrechen ahnden soll. Ausgeschlossen wird die bisher vorgesehene Beteiligung ausländischer Richter. Die FARC wollten eine Internationalisierung der Gerichtsbarkeit. Alle Vermögenswerte und Güter der Farc können zur Entschädigung der Opfer herangezogen werden. Uribes Großgrundbesitzerfreunde erhalten Garantien, die sie vor Enteignung schützen. Die Interessen des Kapitals werden (noch) stärker berücksichtigt, indem z.B. bei der Umsetzung der Vereinbarungen. Großprojekte nicht tangiert werden dürfen. Besonders gefährlich ist ein Passus, der es einer künftigen Regierung ermöglichen soll, die eingegangenen Verpflichtungen rückgängig zu machen. Das Friedensabkommen wird nämlich nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, in der Verfassung verankert. Die Guerilla hofft (!) nun auf eine möglichst schnelle Umsetzung der Vereinbarungen

und ist nach Abgabe der Waffen auf den Schutz durch die internationale Beobachtungsmission der Vereinten Nationen angewiesen. Skepsis ist angebracht. Zu viele kriminelle Banden und ultrarechte Paramilitärs sind im Lande unterwegs. Seit dem Beginn der Friedensverhandlungen wurden allein 120 Mitglieder der linken Bewegung Marcha Patriótica ermordet, allein in diesem Jahr 70. Zwei Angehörige der Farc wurden am 15. November auf dem Weg zur Sammelstelle von einer Einheit des Militärs angegriffen und erschossen. Außerdem geht der Krieg zwischen dem Militär und der zweitgrößten Guerillaorganisation ELN vorerst weiter trotz der begonnenen Verhandlungen. Als die Armee nach Abschluss der Verhandlungen mit den Farc einen Kommandanten des ELN erschoss, gratulierte Präsident Santos der Militärführung. Diese Aktionen und eine Welle der bisher ungeahndeten Gewalttaten gegen soziale Aktivist\*innen lassen für die nähere Zukunft keine optimistische Prognose für den weiteren Friedensprozess zu. Verschärfend kommt noch hinzu: Wie es scheint, geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende. ( dazu ausführlich in Arsti Nr.193 S.9-16 ) Der Einschätzung von Boliviens Vizepräsident Álvaro García Linera vom Mai dieses Jahres ist zuzustimmen: "Allerdings, und dieser Debatte muss man sich frontal stellen, ist dieser Prozess der Ausstrahlung und der territorialen Ausdehnung der fortschrittlichen und revolutionären Regierungen zum Stillstand gekommen. In einigen äußerst wichtigen und entscheidenden Ländern des Kontinents ist es zu einer Rückkehr von rechten Sektoren gekommen, und es besteht die Gefahr, dass die Rechte die Kontrolle in weiteren Ländern wieder übernimmt." Welche Auswirkungen die Wahl des Republikaners Donald Trump auf die Lateinamerikapolitik der US-Administration haben wird, ist vorerst noch nicht zu erkennen. Die kubanische Regierung schätzt die aktuelle Lage realistisch ein und ließ im November mit dem strategischen Militärmanöver "Bastión 2016" die Verteidigungsfähigkeit des Landes überprüfen.

Stand: 26.11.16

H. E.

# Die Kommunalwahlen in Chile und das Abschneiden der Linken



*Helden der Demokratie  
1976/2016*

*Die, welche die Diktatur vor 40 Jahren  
Verschwanden ließ, sind Schöpfer  
der Einheit und des Kampfes für die  
Demokratie.*

-----  
*Einladung zu einer Gedenkfeier um  
an die Opfer der Verfolgungswelle von  
1976 zu erinnern. Damals büßte die  
Partei ihre Inlandsleitung ein.*

## Zugewinne für alternative Kandidaturen bei Verlusten für die KP

Das politische Klima Chiles ist geprägt von der Gleichzeitigkeit einer massiven Entpolitisierung und einiger weniger hoch mobilisierter Sektoren. Diese Entpolitisierung war ein Ziel der Militärdiktatur. Seit ihrem Ende wird sie von den Konzernmedien weiter betrieben. Sie haben ein leichtes Spiel da die politische Kaste aus Sicht der Bevölkerung wenig zur Lösung ihrer Probleme beiträgt.

Dazu kommt eine nicht zu überblickende Zahl von Korruptionsskandalen. Sie betreffen fast alle politischen Richtungen. Als Einzelner verliert man den Überblick ob Vorwürfe berechtigt sind oder die Massenmedien nur einer Person etwas ans Zeug flicken wollen.

## Eine Rekordwahlenthaltung

Vor diesem Hintergrund wurden ende Oktober die Wähler zu den Urnen gerufen. Unglaubliche 65,5% verzichteten auf die Teilnahme. Im Umkehrschluss haben weniger als

35% der Stimmberechtigten es unter sich ausgemacht, wie die lokalen Mandate zu vergeben sind.

Die politische Landschaft Chiles ist geprägt durch zwei große politische Lager die sich im Kampf gegen das Militärregime, bzw. zu seiner Verteidigung, herausbildeten. Das von ihm hinterlassene binominale Wahlrecht hat die Parteien dazu gezwungen sich einem dieser Blöcke anzuschließen. Andernfalls verschwanden sie aus der öffentlichen Wahrnehmung. So erging es lange Zeit den Kommunisten bis sie vor ca. acht Jahren im Mitte-Links-Block aufgenommen wurden. Das bescherte ihnen nach vielen Jahren die ersten Parlamentssitze. Seit der letzten Präsidentschaftswahl sind sie sogar Teil der Regierungskoalition.

Eine Forderung der KP war die Abschaffung des Binominalismus. Das konnte letztes Jahr erreicht werden. Seitdem sind viele neue Parteien registriert worden. An dieser Wahl haben sich 29 Organisationen, zusammengeschlossen in 19 Bündnissen und Unterbündnissen, beteiligt. Darunter befinden sich auffallend viele Regionalisten.

Während auf der Ebene der Bürgermeister die alten Allianzen noch weitgehend stehen treten auf der Ebene der Stadträte die Kandidaten der traditionellen Blöcke auch schon gegen ihre nationalen Bündnispartner an. So wird die Nueva Mayoría (NM, Mitte-Links) hier von der Nueva Mayoría Para Chile (Christdemokraten, DC und Sozialisten) und der Nueva Mayoría Por Chile (Kommunisten und PPD, Partei für die Demokratie) vertreten. Auch die Rechte ist mit mehreren Listen an den Start gegangen. Daher gilt dieser Urnengang als Stimmungstest für die nationalen Wahlen im kommenden Jahr.

## Stimmungsbarometer Kommunalwahl

Was zeigt das Barometer an? Das ist nur für die Kommunisten leicht zu beantworten, für sie ging es nach unten. Die Rechte sieht sich gestärkt da sie einige herausgehobene Bürgermeisterämter zurückerobert konnten. Das sie mit Valparaíso selber einen prominenten Ort abgeben musste unterschlägt sie. Für die NM ist die Niederlage in Santiago bitter. Carolina Tohá, die bisherige Amtsinhaberin, wird die Fähigkeit zugeschrieben einmal eine Präsidentschaftswahl gewinnen zu können. Der Weg dahin wäre mit einem Erfolg leichter gewesen.

Die linke Zeitschrift *Punto Final* meint an diesem Beispiel zeigen zu können, dass die Niederlage von Tohá die Folge der hohen Wahlenthaltung ist. Sie ist ausgeprägter bei den Schichten mit niedrigerem Einkommen wo sich die Hauptwählergruppen der NM befinden.

Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit. Schaut man sich die dortigen Zahlen genauer an, fallen einem die Werte der Sonstigen auf. In Prozenten gerechnet haben sie sich seit der letzten Wahl mehr als verdreifacht (5,4% auf 17,1%) und, wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung, in Stimmen immer noch gut verdoppelt. Die

stärkste Kraft unter den Kleinen ist mit 6,3% der Kandidat einer Ökologischen Liste. Da die weiteren Wahlvorschläge auch zur Mitte und der Linken gezählt werden können hätte sich bei einer Stichwahl vermutlich Tohá durchgesetzt. So zieht nun ein Rechter mit 46,8% ins Rathaus ein.

Wie sieht es bei den aussagekräftigeren Stadtratswahlen aus? Addiert man die lokalen Resultate zu einer Gesamtschau ergibt sich folgendes Bild. Die Parteien der Rechten haben knapp 315.000 Stimmen eingebüßt. Das hat ihnen aber zu einem plus von 0,17 Prozentpunkten auf jetzt 40,64% verholfen. Das brachte ihnen aber keine weiteren Mandaten. Im Gegenteil, ihre Zahl verringerte sich von 967 auf 936. Aus diesem Lager ist noch Berichtenswert, dass die rechtsradikale UDI ihre Position als stärkste Partei Chile an die RN abgeben musste.

Auf Seiten der Nueva Mayoría verliefen die Dinge umgekehrt. Sie hat Einbußen von knapp 495.000 Stimmen zu beklagen was ein Verlust von 2,23 Prozentpunkten bedeutet. Mit dem auf 47% abgesenkten Stimmanteil legte sie aber um 39 Mandate auf landesweit 1207 Sitze zu, ein Effekt der geringeren Wahlbeteiligung.

Die Verankerung der Christdemokraten verringerte sich um 225.224 auf jetzt 579.398 (12,75%) Votes, das macht ein Verlust von 2,32 Prozentpunkten aus. Mit diesen niedrigen Werten belegen sie aber weiterhin den 3. Platz im Ranking der Parteien, gefolgt von den Sozialisten mit 10,7%. Damit sind die Christdemokraten weiterhin die stärkste Kraft in der Regierungskoalition und sie leiten daraus Sonderrechte ab. Gleich nach der Wahl verlangten sie von der Präsidentin die weitere Einschränkung der Reformvorhaben.

### Das Abschneiden der Kommunisten

Im Gegensatz zur NM erging es den Kommunisten. Sie machten sich Hoffnungen auf Zugewinne. Schließlich sind Veränderungen wie die Abschaffung des binominalen Wahlrechts das Ergebnis ihrer jahrelangen Arbeit. Doch es sollte anders kommen.

Der Stimmanteil der KP verminderte sich um 93.750 auf jetzt 248.312

Stimmen, das bedeutet einen Verlust von 0,93 Prozentpunkten auf jetzt 5,47%. Die Zahl der Sitze verringerte sich von 105 auf 80, das ist ein Verlust von fast 1/4 der Mandate. Die bürgerliche Tageszeitung *La Tercera* bezeichnet das als Schock für die Partei. Sie ist damit auf das Niveau von 2008 zurückgefallen. Damals entfielen auf das von der KP dominierte Bündnis Juntos Podemos Más 79 Sitze. Dieser Erfolg war der Grund für die Aufnahme der KP in das Mitte-Links-Bündnis.

Bei den kommunistischen Bürgermeister ist die Lage verwirrend. Die linksalternative Zeitschrift *El Ciudadano* meldet ihr Absinken von vier auf drei. Dabei stützt sie sich auf die Zahlen der nationalen Wahlbehörde. Dagegen spricht *La Tercera* von 6 kommunistischen Amtsträgern. Sie zählt die Unabhängigen auf dem Ticket der KP dazu.

Diese Diskussion ist eigentlich überflüssig. Schließlich können Kommunisten diese Ämter nur mit Unterstützung der Anhänger der NM, also auch der Christdemokraten, besetzen. Die NM schickt für diesen Posten nur einen Bewerber ins Rennen, manchmal ist das auch ein Kommunist. Dieser muss über genügend Ansehen verfügen damit er auch vom rechten Flügel der NM gewählt wird.

Wie das im einzelnen läuft zeigt Recoleta. In diesem Stadtteil der Region Santiago konnte Daniel Jadue 1.873 Stimmen hinzu gewinnen. Das sicherte ihm die Wiederwahl mit jetzt 56,2%. Bei den Stadträten konnte die KP aber nur 31,1% einsammeln.

Im Gegensatz dazu verlief es in Pedro Aguirre Cerda, einer in der Nähe liegenden Kommune. Die kommunistische Bürgermeisterin Claudina Núñez, sie leitete zwei Wahlperioden lang das Rathaus, musste sich mit nur 31,7% dem Unabhängigen Juan Rozas (47,56%) geschlagen geben.

Das könnte ein Indiz für eine falsche Bündnispolitik sein. Wahrscheinlicher ist aber eine konzertierte Aktion um den kommunistischen Einfluss in diesem Viertel einzudämmen. Hier liegt der Stimmkreis von Guillermo Teillier, dem Präsidenten der KP. Seine Wiederwahl wird nicht einfacher wenn die Unterstützung aus dem Rathaus fehlt.

Für diese Annahme spricht die Person des neuen Bürgermeisters. Vor 4 Jahren wurde er auf der Liste der PPD in den Stadtrat gewählt. Damit gehört er eigentlich zur NM. Es ist zu Vermuten, dass er vom rechten Flügel dieser Allianz ins Rennen geschickt wurde um die rote Bastion zu Schleifen. Vor diesem Hintergrund sind die 31,7% für Núñez ein gutes Ergebnis, besonders wenn man sie mit den 18,7% für die kommunistische Stadtratsliste vergleicht.

Was sind die Gründe für das schlechte Abschneiden der KP? Zuerst darf man nicht vergessen das die letzte Kommunalwahl kurz nach dem Höhepunkt der Studentenbewegung stattgefunden hat. Damit befand sich die KP im Aufwind. Heute gibt es ebenfalls soziale Bewegungen aber sie sind weit schwächer. Kürzlich wurde zu einem Aktionstag gegen die privaten Rentenversicherungen aufgerufen. Die knapp 100.000 Menschen die sich daran beteiligten entsprechen 1/10 der Teilnehmer des größten Mobilisierungserfolgs der Studentenbewegung.

Diese Studentenbewegung existiert immer noch. Sie hat aber an Kraft verloren. Die dort aktiven sind in ihrer Mehrheit, wie die letzten Wahlen zu Studentenvertretungen zeigen, nicht mehr der KP zugetan. Die Reformvorhaben der NM gehen ihnen nicht weit genug und dafür machen sie auch die Kommunisten Verantwortlich. Die KP würde gerne mehr durchsetzen, aber dazu reicht



ihre Kraft nicht aus, und mit dem Gegenwind durch die Kommunalwahlen wird das nicht besser.

### Die KP vor einer Richtungsentscheidung?

Schon im August wurde die Analyse eines christdemokratischen Politikwissenschaftlers bekannt. Er hat auf Basis vergangener Resultate das Abschneiden der NM und der KP unter den Bedingungen des neuen Wahlgesetzes berechnet. Seine Schlussfolgerung lautet: Tritt die NM ohne die KP an verliert sie ein wenig. Zusammen mit der KP gewinnt sie aber nichts dazu. Bei einer Eigenkandidatur der KP kann diese 5 Mandate erzielen, 4 weniger als im Rahmen der NM. Daraus schließt der Politologe das die KP gezwungen ist in der NM zu bleiben. Er leitet daraus ab, dass die Kommunisten zu einem weniger reformorien-

tierten Wahlprogramm genötigt werden können.

Es sieht so aus als wenn die KP damit vor eine Richtungsentscheidung gestellt wird. Mehr Zugeständnisse machen oder alleine, mit geringeren Möglichkeiten die Öffentlichkeit zu Erreichen, weiter zu machen. Die Christdemokraten müssen aber aufpassen das sie sich nicht Verrechnen. Sollte landesweit ein neuer Spieler auftreten werden die Karten neu gemischt. Das könnte die Sensation von Valparaíso ankündigen.

### Die Sensation von Valparaíso

In dieser Hafenstadt mit seiner langen Linken Tradition hat ein Bündnis aus sozialen Bewegungen den rechten Amtsinhaber gestürzt. Zahlreiche linke Kollektive, aber ohne die KP, verabredeten einen gemeinsamen Kandidaten. Sie kürten ihn im Rahmen einer öffent-

lichen Vorwahl an der sich mehr als 5.000 Menschen beteiligten. Am Ende ging der junge Anwalt Jorge Sharp ins Rennen. Seine wichtigsten Gegner waren ein DJ und Musikproduzent von der NM und der Amtsinhaber. Am Ende ging Sharp mit unglaublichen 53,7% der Stimmen durchs Ziel.

Das interessante an diesem Ergebnis sind die beteiligten Gruppen, darunter ein Movimiento Autonomista. Auch der neue Rathauschef ist da eingeschrieben. Es sieht so aus als habe sich mit diesem Paukenschlag die linksradikale Strömung der Gesellschaft zurückgemeldet. Sie war nach 1990 so gut wie von der Bildfläche verschwunden. Diese Richtung, ihr Wiedererscheinen zeichnete sich seit ein paar Jahren ab, steht in der Tradition des linken Flügels der Sozialisten und des MIR. Diese Strömungen bereiteten der Regierung Allende massive Schwierigkeiten. Die Frage ist ob sie diesmal eine verantwortungsvollere Politik entwickeln wird.

## Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten KPO-Genossen<sup>1</sup> (Anfang 1939)



die Gründe für diese Maßnahme? Lagen ausländische Spionage, Industriesabotage oder Vergehen anderer Art vor, die im Interesse der Kriegsführung gegen den Faschismus, im Interesse der Sicherung des Hinterlandes gegen faschistische Spionage energisches Eingreifen der Polizei notwendig machten?

Die genannten Verhaftungen und der geplante Prozeß hatten andere Hintergründe. Sie waren in erster Linie diktiert von den Interessen der Politik, die die PSUC in Katalonien gegen CNT und POUM betrieb; der geplante Prozeß sollte eine Waffe gegen diese Organisationen werden. Die PSUC in Katalonien und die GPU in Valencia sind aber auch gleichzeitig Werkzeuge der Stalinschen Politik

### I. Wo sitzen die wirklichen Saboteure?

Am 22. und 23. März wurden aus der Flugzeugfabrik in Sabadell sämtliche der beschäftigten Ausländer verhaftet und noch am selben Tage nach Valencia überführt. Was waren

<sup>1</sup>– Der Bericht stammt von Waldemar Bolze. Er war zusammen mit Karl Brüuning und Kuno Brandel im März 1937 verhaftet worden. Die Anschuldigung lautete auf Sabotage. Erst Anfang 1939 konnten die drei KPO-Genossen aus der Haft entkommen, als die Republik zusammenbrach. Siehe dazu Patrik zur Mühlen: *Spanien war ihre Hoffnung*, S. 192: „Nach den Erlebnissen der Haft und der Folter waren sie innerlich gebrochen und für ihr weiteres Leben gekennzeichnet.“ Das trifft jedenfalls nicht auf Bolze zu. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1948 arbeitete er als Tischler in den Reichswerken Salzgitter und gehörte der Gruppe „Arbeiterpolitik“ an.

und sie handelten, wie noch näher auszuführen ist, als solche.

Zunächst zur formellen Seite der Sache: Der Person des ausländischen Unternehmers, der im Auftrage der Valencia-Regierung in Sabadell<sup>2</sup> Flugzeuge bauen sollte. Es handelt sich um den ehemaligen Teilhaber eines in Deutschland nicht unbedeutenden Unternehmens, der, nachdem er Deutschland verlassen hatte, eine Werkstätte in Athen unterhielt und dort Flugzeuge baute<sup>3</sup>. Dieser Unternehmer verpflichtete sich, bis Ende März 40 Maschinen zu bauen (der Vertrag wurde zu einer Zeit abgeschlossen, als die Sowjetunion noch keine Waffen lieferte). Schon kurze Zeit nach Abschluß dieses Vertrages zeigte sich, daß der Auftrag innerhalb der festgesetzten Zeit nicht erfüllt werden konnte. Erstens konnten die für den Bau nötigen Materialien nicht so schnell aus dem Auslande herangeschafft werden, zweitens fehlten sowohl den von dem ausländischen Unternehmer gestellten Arbeitskräften (Ingenieuren und Arbeitern), als auch diesem selbst die Kenntnis einer rationellen serienmäßigen Produktion, und drittens waren die vom Konstruktionsbüro dieses Unternehmers gelieferten Zeichnungen in jeder Hinsicht ungenügend und mangelhaft.

Wenn die GPU in Valencia versucht hat, daraus bewußte Sabotage zu folgern, so trifft dafür in erster Linie die Valencia-Regierung die Verantwortung. Ihre Pflicht war es, ehe sie den Auftrag an den ausländischen Unternehmer erteilte, und ihm die Verfügung über Millionen in die Hände gab, sich mit Hilfe des diplomatischen und des Auslandspolizei-Apparates, unter Hinzuziehung von spanischen Technikern über die Person des Unternehmers und dessen technische Leistungsfähigkeit zu informieren. Das Argument, daß die Regierung zu dieser Zeit keine große Auswahl darüber hatte, wem sie den Bauauftrag erteilen will, kann keine Gültigkeit haben, denn Aufträge an eine technisch nicht leistungsfähige Firma zu vergeben, sind keine Hilfe für die Kriegsführung, sie bringen

nur Zeit- und Geldverluste. Andererseits trifft, wenn von Seiten des ausländischen Unternehmers tatsächlich Sabotage vorliegen sollte, auch die GPU in Valencia unmittelbare Verantwortung, denn ihr sind aus Kreisen, auf deren Information sie hören mußte, bereits Anfang Dezember 1936 Warnungen über die Person dieses Unternehmers zugegangen. Trotzdem wurde ihm noch ein spanischer Diplomatenpaß ausgestellt.

Die Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit, mit denen die Valencia-Regierung und die GPU in einem der wichtigsten Zweige einer zu schaffenden Kriegsindustrie gearbeitet haben, werden aber direkt zur offenen Sabotage, wenn ausgerechnet in dem Moment sämtliche Angestellten dieses ausländischen Unternehmers und dieser selbst verhaftet werden, in dem das gesamte für den Bau der Flugzeuge benötigte Material vom Auslande in der Fabrik eintrifft und die Produktion aufgenommen werden konnte. War es vom Standpunkte der Interessen der Kriegsführung gegen Franco wichtiger, einem kapitalistischen Unternehmer übermäßige Spesenrechnungen nachzuweisen und diesen durch seine Festhaltung in Valencia jeder Verantwortung für den übernommenen Auftrag zu entziehen, als den Versuch zu machen, ob die Maschinen gebaut werden konnten und den gestellten Anforderungen als Jagdmaschinen entsprachen? Konnte die spanische Regierung diesem Unternehmer nicht nach Beendigung des Bauauftrages die von ihm zu hoch berechneten Spesen etc. in Abzug bringen? Konnten die ausländischen Arbeitskräfte nicht unter Aufsicht, sei es besonderes zuverlässiger Arbeiter im Betrieb, sei es besonderer Polizeibeamter gestellt werden, wenn dazu nach Meinung der GPU Veranlassung gegeben war? Solche Vorsichtsmaßnahmen hätten Garantien geboten, daß weder Sabotage-Akte, noch Spionage-Akte erfolgten, daß, nachdem das Material Mitte März in der Fabrik war, zunächst eine Probenmaschine hätte gebaut und geprüft

werden können. Das war umso leichter möglich, als Ende März auch noch der Konstrukteur der Apparate und ein besonders qualifizierter Arbeiter aus dem Auslande eintrafen. Aber für solche Maßnahmen war eben Voraussetzung, daß auf Seiten der Valencia-Regierung der Wille vorhanden war, in Katalonien überhaupt Flugzeuge bauen zu lassen und daß die GPU in Valencia – die von einem Russen namens Leo Lederbaum geleitet wird und in deren Dienst fast ausschließlich deutsche, ungarische und andere ausländische KP-Mitglieder stehen – nicht mit der Vorbereitung einer „Material“-Sammlung für POUM-Prozesse beschäftigt war. Diese beiden Voraussetzungen aber waren eben nicht erfüllt. Eine selbständige Flugzeugindustrie in den Händen der revolutionären Arbeiter Kataloniens vor den blutigen Maitagen konnte die Verwirklichung der lange vorbereiteten Pläne gegen das selbständige Katalonien und ganz besonders die Maßnahmen zur Liquidierung der revolutionären Errungenschaften, die Schläge gegen die CNT und die POUM vereiteln oder mindestens gewaltig erschweren. Und wie die Aragonfront systematisch in der Versorgung mit Waffen sabotiert wurde, solange dort die CNT- und die POUM-Kolonnen standen, so wurde auch verhindert, daß nach dort Flugzeuge kamen, daß in ihrer unmittelbaren Nähe eine Flugzeugindustrie entstand. Offen haben das auch Arbeiter aus der Fabrik ausgesprochen mit dem Hinweis darauf, daß der Chef ein Oberstleutnant, Mitglied der spanischen KP – gar kein Interesse habe, daß in Sabadell gebaut werde, daß dieser vielmehr von Valencia den Auftrag habe, das zu verhindern. Dieses Ziel wurde mit der Verhaftung sämtlicher ausländischer Arbeitskräfte erreicht.

Hinzukommt: kurze Zeit, nachdem der ausländische Unternehmer und dessen Angestellte verhaftet waren, erschienen russische Ingenieure und Spezialisten und übernahmen die technische Leitung und durch sie die faktische Leitung der Fabrik. Hier drängt sich der Schluß auf, daß auch in diesem Falle Stalins Politik durchgesetzt wurde, durch beherrschenden russischen Einfluß auf die spanische Kriegsindustrie Spanien noch mehr von Rußland abhängig und politisch

2– Sabadell liegt bei Barcelona.

3– Es handelt sich um den Flugzeugkonstrukteur Raab. Er hatte Ende der 20er Jahre zusammen mit dem Kunstflieger Fieseler in der stillgelegten Fabrik Hahn bei Kassel Flugzeuge gebaut. Raab verließ Deutschland vermutlich schon 1933. Inwieweit er politisch auf der Linken engagiert war, ist unbekannt. Die kritische Einstellung von Bolze ihm gegenüber scheint von den Anschuldigungen der GPU beeinflusst zu sein.

gefügt zu machen, als das bereits durch die an die russischen Waffenlieferungen geknüpften politischen Bedingungen der Fall ist.

Daneben bot die Tatsache, daß unter den ausländischen Arbeitern drei langjährige KPD(O)-Funktionäre verhaftet waren, den GPU-Leuten und ihren Auftraggebern im ersten Augenblick die Möglichkeit, in einen Sabotage-, Spionage- und Betrugsprozeß gegen den ausländischen Unternehmer die KPD(O) und über sie als einer mit der POUM sympathisierenden Gruppe die POUM selbst in ausländische Sabotage und Spionage für den deutschen Faschismus zu verwickeln<sup>4</sup>. Das waren die, nach den ersten Verhören der KPD(O)-Funktionäre klar und eindeutig entwickelten, Pläne der GPU in Valencia. Die im ersten Verhör gestellten Fragen, ob und in welcher Art technische Sabotage oder Spionage durch

den ausländischen Unternehmer oder dessen Angestellte erfolgt sei, verloren bereits im zweiten Verhör völlig an Bedeutung neben den Fragen über das Verhältnis der KPD(O) zur POUM. Ein drittes und viertes Verhör war ausschließlich diesem Zwecke gewidmet, trotz dem Protest der KPD(O)-Funktionäre gegen die Konstruierung einer Verbindung evtl. Sabotage oder Spionage eines kapitalistischen Unternehmers mit den politischen Auffassungen der KPD(O). Die von den Kommissaren konkret gestellten Fragen dieser Art lauteten: Wie steht die KPD(O) zur POUM? Kommen Delegierte der KPD(O) zur internationalen POUM-Konferenz? Hat vor kurzem ein führendes Mitglied der KPD(O) die POUM in Barcelona besucht? Wie steht die KPD(O) zum Trotzkismus? Wie steht die KPD(O) zur Sowjetunion? Zu welchen Mitgliedern der POUM bestehen Verbindung(en)? Wer ist König?<sup>5</sup> (ein KPD(O)-Genosse, der auch POUM-Mitglied ist. Bereits am 2. April gab es im Verhör einen „Fall König“, obwohl dieser Genosse noch längst in Freiheit war und nicht im entferntesten weder in persönlicher, noch in sachlicher Beziehung zur Person des ausländischen Unternehmers, noch zur Arbeit in der Sabadell Fabrik stand.)

Noch offener sprachen die Beauftragten des Stalinschen GPU-Apparates in Spanien gegenüber anderen Verhafteten aus der ausländischen Arbeitergruppe. „Drei KPD(O)-Leute sind Trotzlisten und Mitglieder der POUM, sie arbeiten in Spanien in direktem Auftrage der Gestapo.“ Außerdem wurde den übrigen Ausländern gesagt, daß die KPD(O) in Deutschland die KP bekämpfte und einer von den drei KPD(O)-Mitgliedern aus dem Gefängnis in Deutschland entlassen worden sei, um in Spanien für die Gestapo zu arbeiten. Der Weg gehe von der KPD(O) über Trotzki und die POUM zum Faschismus.

Ende März waren also bereits Prozesse in Vorbereitung, die die getreue Kopie ihrer Moskauer Vorbilder waren, um die POUM in Spanien und die KP(O) in Deutschland vor den Arbeitermassen zu diskreditieren.

Daß dieser saubere Plan nicht verwirklicht wurde, ist bestimmt nicht darauf zurückzuführen, daß die GPU-Strategen von sich aus darauf verzichtet hätten. Noch Ende Juni, als selbst die GPU-Kommissare mehrmals erklärt hatten, daß trotz der peinlichst geführten Untersuchung gegen die KPD(O)-Funktionäre nichts Belastendes vorliege, wurde noch immer der Versuch gemacht, die KPD(O) ähnlich wie die POUM für die PSUC-Provokation in Barcelona verantwortlich zu machen. (Auch gegen den ausländischen Unternehmer oder dessen Angestellte ist bis heute noch kein Prozeß geführt worden, obwohl die PSUC in Sabadell längst verbreitet hat, daß diese, ebenso wie die KPD(O)-Mitglieder der Spionage überführt und erschossen seien.)

Es ist noch besonders zu bemerken, daß die KPD(O)-Mitglieder auf ausdrücklichen Wunsch der Betriebsleitung und der zuständigen Regierungsvertreter in der Fabrik waren und bis zu ihrer Verhaftung mit diesen zusammengearbeitet haben. Als die Betriebsleitung Mitte Januar Mißtrauen gegenüber dem ausländischen Unternehmer äußerte und die drei KPD(O)-Funktionäre daraufhin der Betriebsleitung ihr Ausscheiden aus der Fabrik vorschlugen, um nicht in den Verdacht zu kommen, daß sie mit irgendwelchen dunklen Mächtschaften in Verbindung stehen, wurde den drei Genossen sowohl von der Betriebsleitung als auch von den Regierungsvertretern wiederholt versichert, daß sie ihnen volles Vertrauen entgegenbringen.

Am 10. August, nach fast fünfmonatiger Haft unter den unwürdigsten Bedingungen, wurden die KPD(O)-Genossen auf Verfügung des Innenministers in Valencia aus der Haft entlassen. Der Innenminister betonte ausdrücklich, daß gegen die KPD(O)-Genossen keinerlei Delikt vorliege. Die Entlassung aus der Haft erfolgte nach einem sechstägigen Protesthungerstreik. Die „Internationale“, das sogenannte theoretische Organ des ZK der KPD, ist darüber auf das Höchste empört. Sie pöbelt einen sozialdemokratischen führenden Funktionär an, daß er sich bei der Regierung in Valencia für die verhaf-

Anzeige

## Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Das Buch stellt die Geschehnisse in Spanien aus der Sicht der KPDO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe dar. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der

**Gruppe Arbeiterstimme**

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: [redaktion@arbeiterstimme.org](mailto:redaktion@arbeiterstimme.org)

4– Es handelt sich um die obengenannten Bolze, Bräuning und Brandel.

5– Kurzbiographie bei Theodor Bergmann: 50 Jahre KPO/ SoAK.

teten KPD(O)-Mitglieder verwandt und damit die spanischen Behörden „getäuscht“ habe. Aber nicht genug damit. Am 3. September wurden die Genossen Bräuning und Bolze in Barcelona erneut ohne jede Begründung verhaftet. Die PSUC-Bürokratie, in dieser Angelegenheit beraten von deutschen KP-Funktionären, die im Ausländerkomitee der PSUC sitzen, kommt damit den Befehlen der Stalinclique auf „Ausrottung“ aller oppositioneller Elemente nach.

die Untersuchungsmethoden waren, wurden unter Dshershinskis Leitung der GPU der SU, wenn von einzelnen Kommissaren geübt, mit Erschießen geahndet.

Wir schweigen davon, daß es im Gefängnis an den elementarsten hygienischen Einrichtungen fehlte und daß die Gefangenen, die in Valencia keine oder nur arme Angehörige hatten, gezwungen waren, auf dem bloßen Steinboden zu schlafen. Vieles, an welchem unter anderen Umstän-

sollten. Die proletarische Revolution vernichtet die Feinde der Arbeiterklasse, aber sie überliefert sie nicht sadistischen Folterknechten!

Die GPU in Valencia verhört generell nur während der Nacht. Ihre völlige Unfähigkeit und Ahnungslosigkeit darin, einen Angeklagten durch geschickt gestellte Fragen, durch vorherige Anstellung von Recherchen etc. zu überführen, ersetzen die dort tätigen Kommissare durch viehisches Schlagen der Verhafteten. Entweder „gestehen“ oder Prügel und wieder Prügel, während dem Gefangenen die Hände auf den Rücken gebunden sind. Die ganzen Nächte hindurch hallte es von den Schmerzensschreien der Gefolterten wider. Mit ausgeschlagenen Zähnen, Löchern im Kopf und am Körper, Rippenbrüchen, die Lungenbluten nach sich ziehen, kamen Dutzende und Aberdutzende vom „Verhör“ oder wurden von den Wachmannschaften in die Zelle getragen. Noch Ende März lag ein Ausländer – der im März so „verhört“ wurde – infolge innerer Verletzungen durch die erlittenen Mißhandlungen bis zum Skelett abgemagert in St. Ursula. Dieser Mann wurde der Spionage beschuldigt, aber trotz siebenmonatiger Haft konnte gegen ihn noch kein Prozeß geführt werden. Der Betreffende ist schwer lungenkrank und wurde infolgedessen für einige Wochen in ein Krankenhaus gebracht. Aber mitten in einer dort begonnenen Kur wurde er wieder



## II. Das „Privat-Gefängnis“ der KP in Valencia

Der Name des ehemaligen Klosters St. Ursula hat weit über die spanischen Grenzen hinaus traurige Berühmtheit erlangt. Durch die Vorgänge in St. Ursula und im Hause der GPU, Calle Hielas Salmeron, hat die spanische Republik die schwerste Schädigung erfahren. Nicht zufällig wurde St. Ursula von den Häftlingen als „Faschistenfabrik“ bezeichnet. Nur allzu viele kamen dort als Freunde der antifaschistischen Sache, als Anhänger der Republik an, um sie als deren geschworene Feinde zu verlassen. Nicht als ob wir uns gegen ein festes Zugreifen gegen Reaktionäre und konterrevolutionäre Elemente wenden. Aber die Methoden, die in St. Ursula und im Hause der GPU

den schärfste Kritik geübt werden mußte, muß unter den Bedingungen des Krieges anders beurteilt werden. Aber die mittelalterlichen Foltermethoden, die in St. Ursula tägliche Erscheinung waren, sind die Methoden des Faschismus, sind die Methoden, die die niedergehende kapitalistische Gesellschaft zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenprivilegien in Anwendung bringt. Das Interesse des antifaschistischen Kampfes verlangt ganz besonders von allen sozialistischen und revolutionären Arbeitern die entschiedenste Ablehnung der von der GPU in Valencia zur Anwendung gebrachten Methoden. Das auch dann, wenn diese sich ausschließlich gegen den Klassenfeind und nicht, wie in St. Ursula, gegen syndikalistische, sozialistische und kommunistische Arbeiter richten

zurück nach St. Ursula gebracht, weil sich dort nun eine Krankenzelle befindet. Im ganzen Hause ist aber keine Krankenzelle zu finden. Deshalb wurde der Mann einfach wieder mit einer großen Anzahl anderer Gefangenen in eine der üblich schmutzigen Zellen gesteckt. Dasselbe geschah mit einem anarchistischen Funktionär, der im Auftrage seiner Organisation gekommen war, um dort an der Fertigstellung des „Schwarz-Rot-Buches“ – in dem Material über die faschistische Tätigkeit in Spanien zusammengestellt ist – zu arbeiten.

Ein besonderes Kapitel ist die Folter in den Schränken. Es gab deren verschiedene: solche, in denen der Häftling nur stehen konnte, solche, in die er in Kauerstellung gepreßt wird und solche, die zwar etwas größer sind, in denen aber der Gefangene

weder stehen noch liegen konnte. Für die Art, wie die Schranktortur geübt wird, spricht folgender Fall: Ein junger belgischer Miliziano war nach einer erlittenen Verwundung geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden und sollte wieder zur Front fahren. Am Abend vor seiner Abreise wurde er betrunken auf der Straße verhaftet. Und in einen Schrank gesperrt. Dieser steht auf einem anderen ähnlichen Folterinstrument in zwei Meter Höhe und ist weniger als ein Meter hoch und gerade so breit, daß ein mittelgroßer Mann hineingepreßt werden kann.

diesen Raum wurden Gefangene gesperrt, ein, zwei, drei Tage lang, ohne andere Kleidung als Hose und Hemd – trotzdem es in dem Keller empfindlich kalt ist – ohne Essen, ohne Teppiche. Anderen Gefangenen wurde gesagt, daß sie in einer Stunde erschossen würden. Sie könnten jetzt noch ein Testament schreiben. Dann führte man sie auf einen Friedhof. Soldaten treten an, laden die Gewehre, legen auf den Gefangenen an, bis nun ein Kommissar dazwischen tritt, um die Erschießung abzusagen und sie angeblich auf einen anderen Tag zu verschieben. Dasselbe wiederholt

das System in den Gefängnissen der Volksfrontregierung, unter dem Faschisten und Bourgeois auch in der Gefangenschaft ihren bourgeoisen Gewohnheiten entsprechend schlemmen konnten, Betten, Tabak, Seife etc. zur Verfügung hatten, während ihrer Freiheit beraubte klassenbewußte Arbeiter jede Hygiene entbehren, auf dem Boden schlafen und hungern mußten. Gab es denn für die Volksfrontregierung keine revolutionären Mittel, hier einzugreifen?

Nun dazu: wer saß in St. Ursula? In den Monaten März und April waren es vorwiegend Ärzte, Priester,



Ein Loch in der Schranktüre von etwa 4 cm Durchmesser bildet die einzige Luftzufuhr. Drei Tage wurde der Miliziano in diesem Zustand festgehalten und dann ohne jedes Verhör nach der Front geschickt. Die meisten von denen, die einige Tage ohne Essen in einem Schrank gestanden hatten, fallen nachher buchstäblich heraus und sind unfähig, noch die Glieder zu bewegen. Auch Frauen wurden in derselben Weise behandelt.

In St. Ursula befindet sich aus der Zeit, als es noch Kloster war, ein Leichenkeller, in dem die Nonnen nach ihrem Tode beigesetzt wurden. Heute sind einige der Steinsärge aufgerissen. Verwesungsgeruch erfüllt den Raum, phosphorisierende Leichenteile liegen herum. Und in

sich in den folgenden Nächten. Daß aber Gefangenen brennendes Papier unter die Fußsohlen gehalten wird, um Aussagen zu erpressen, klingt geradezu als Phantasieprodukt bössartiger faschistischer Verleumdung. Und doch gehörte auch das zu den Verhörmethoden der GPU in Valencia!

Unter starkem Druck vom Auslande und der antifaschistischen Weltbewegung war dann die Valencia-Regierung gezwungen, Einhalt zu gebieten.

Es ist nicht unsere Absicht, hier Klage darüber zu führen, daß die Verpflegung oft mehr als ungenügend war. Die Notwendigkeit, die kämpfende Front zu versorgen, steht für uns an erster Stelle. Was aber auf das Schärfste zu kritisieren ist, ist

Rechtsanwälte, Großhändler, kurz Leute, die nach ihrer Klassenzugehörigkeit als Feinde vermutet werden mußten. Bald änderte sich jedoch das Bild vollkommen. Immer mehr dieser bürgerlichen Elemente kamen in Freiheit. Faschisten, die sich als solche bekannten und betätigt hatten, wurden entlassen. Andere vor Gericht gestellt und – in Freiheit gesetzt. Dafür kamen immer mehr Proletarier, langjährige Mitglieder der SP, Syndikalisten, POUM-Mitglieder. Der Wandel war so stark, daß er auch unter den zurückgebliebenen bürgerlichen Elementen diskutiert wurde. Und während Faschisten in Freiheit kamen, mußten revolutionäre Antifaschisten die Waffe des Hungerstreiks ergreifen (eine syndikalistische Gruppe tat

dies zweimal) zum Protest gegen ihre Freiheitsberaubung durch die GPU und die Volksfrontregierung.

Aber auch bürgerliche Antifaschisten, Flieger, Journalisten, Freiwillige von der Front füllten die Zellen von St. Ursula. So zum Beispiel ein italienischer Emigrant, der vor einigen Jahren einen Flug über Rom machte und antifaschistisches Propagandamaterial abwarf. Er war nach Spanien gekommen, um als Journalist im Auslande für die antifaschistischen Interessen Spaniens zu wirken.

Noch eine andere Kategorie von

ein Glied in der Kette einer Tätigkeit, die nicht anders als systematische Sabotage selbst gegen die Interessen der spanischen bürgerlichen Republik bezeichnet werden kann. Sind doch zum Beispiel modernste Maschinengewehre angeboten worden, die das Kriegsministerium nie zu sehen bekam, weil der betreffende Vertreter sofort nach seiner Ankunft in Spanien verhaftet und die entsprechenden Pläne nun verschwunden sind.

Die Ergänzung dazu bildet die völlig korrumpierte und demoralisierte Bewachungsmannschaft, die

nichts zu tun hätten. Zwei Beispiele, die zeigen, wie zersetzt ein erheblicher Teil des staatlichen Machtapparates ist, auf den sich die KP und die Volksfrontregierung stützen.

Das ehemalige Kloster gehört der KP Valencias. Als Gefängnis stand St. Ursula jeglicher Kontrolle entzogen außerhalb der staatlichen Gefängnisse. St. Ursula war eines jener zahlreichen Privatgefängnisse der spanischen KP und ihrer stalinschen Inspiratoren, in denen der Genosse Nin<sup>6</sup> verschwunden ist. Erst starker Druck der internationalen antifaschistischen Organisationen auf die



Häftlingen muß erwähnt werden: Waffen- und Flugzeuglieferanten, die teilweise als Vertreter wichtiger Waffenfabriken im Auslande nach Spanien lieferten. Nachdem sie ein, zwei oder mehr Flugzeuge oder andere Kriegsmaterialien geliefert hatten, verhaftete sie die GPU als „Spione“ oder sonstige „Schädlinge“. Erfinder, die aus den verschiedensten Ländern kamen und Patente anboten – teilweise ebenfalls antifaschistische Emigranten – ereilte, nachdem sie wochenlang, ohne Gehör zu finden, gewartet hatten, dasselbe Schicksal. Als „Spion“ saß auch ein Emigrant aus Norwegen, ein Syndikalist, der eine Million Peseten Sammelgelder nach Spanien gebracht hatte. Der Schlag gegen die KPD(O) ist so nur

nicht selten völlig betrunken (auch von den Faschisten betrunken gemacht) unfähig gewesen wäre, irgendwelchen Fluchtversuchen der Faschisten entgegenzutreten. Mehr als einmal wurde in den Zellen offen „Verbrüderung“ zwischen Wachmannschaften und Faschisten gefeiert. Und nachdem diese Parteigarde (vorwiegend Mitglieder der KP) abgelöst und durch die Nationalgarde (die frühere monarchistische Zivilgarde) ersetzt war, erklärten auch Mannschaften von ihr schon in den ersten Tagen Faschisten gegenüber, daß sie nur Soldaten seien und mit irgendwelchen politischen Zielen

spanische Regierung vermochte den schlimmsten Auswüchsen ein Ende zu bereiten.

Darüber hinaus muß gegen den Terror, den die Stalinclique in Rußland und Spanien ausübt, und den sie in die gesamte Arbeiterbewegung zu tragen sucht, der entschiedenste Kampf geführt werden. Wie können von den Arbeiterorganisationen geführte Protestbewegungen gegen die faschistische Barbarei die erforderlichen Echos finden, wenn aus Rußland täglich neue Blutorgien der Stalinclique gemeldet werden und diese Praxis von Stalins Beauftragten auch in Spanien geübt wird?

6– Andres Nin - Führender Funktionär der POUM, ehemaliger Funktionär der anarchistischen Gewerkschaftsorganisation CNT, Gründer der KP Spaniens.

# Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

**240 Seiten, Paperback, 12,- €**  
 ISBN 3-00-010296-5  
 Herausgegeben von der  
*Gruppe Arbeiterstimme*

Silke Makowski

## „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

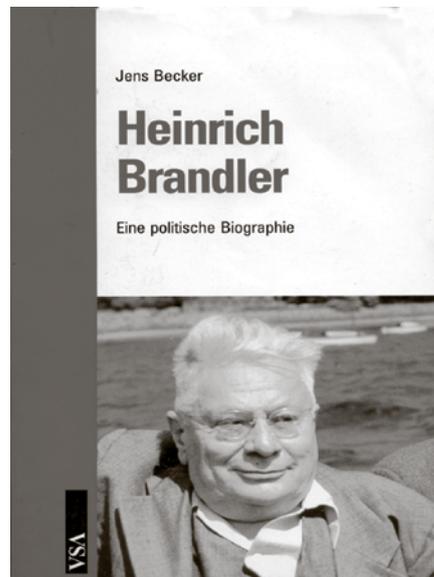


Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs  
 zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I  
 DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro  
 ISBN 3-9809970-4-9**



**510 Seiten, Paperback,  
 20,- €**  
 ISBN 3-87975-767-4



**624 Seiten, Paperback,  
 20,- €**  
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:  
 T. Gradl, Postfach 910307  
 90261 Nürnberg  
 oder:  
 redaktion@arbeiterstimme.org